

Genehmigt: 24.08.2023

Protokoll 11

Stadtratssitzung
Donnerstag, 01.06.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	625
2023.SR.0112.....	626
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	
2018.PRD.000041.....	627
2 Kooperation Ostermundigen – Bern (KOBÉ): Fusion der Gemeinden Ostermundigen und Bern; Genehmigung Fusionsvertrag mit Verpflichtungskrediten, Fusionsreglement und Gemeindeordnung (Abstimmungsbotschaft).....	
2021.PRD.000059.....	651
3 Agglomerationspolitik; Berichterstattung des Gemeinderats an den Stadtrat für das Jahr 2022.....	
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.....	654
Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.30 Uhr.....	655
2021.PRD.000059.....	656
3 Fortsetzung: Agglomerationspolitik; Berichterstattung des Gemeinderats an den Stadtrat für das Jahr 2022.....	
2007.SR.000020.....	659
4 Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht für das Jahr 2022.....	
2022.PRD.000067.....	660
5 Optimierungsmassnahmen für die Quartierorganisationen.....	
2022.FPI.000127.....	664
6 Grundstück Bern 5/1354 (Lorrainestrasse 49/49a, 3014 Bern): Entwidmung und Übertragung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen.....	
2020.SR.000140.....	667
7 Motion Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Eva Chen (AL): Vernünftige Drogenpolitik in der Stadt Bern.....	
2020.SR.000141.....	673
8 Motion Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Eva Chen (AL): Für einen wissenschaftlichen Pilotversuch für den kontrollierten Kokainverkauf.....	
2021.SR.000052.....	673
9 Motion Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Eva Chen (AL): Wissenschaftliche Pilotversuche für den Verkauf psychotroper Substanzen.....	
2020.SR.000258.....	674

10	Motion Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Kein Sponsoring von Swissmilk an Berner Schulen	
2021.SR.000064	678
11	Motion Zora Schneider (PdA), Eva Gammenthaler (AL), Simone Machado (GaP): Die Essensausgaben der Stadt Bern müssen genügen: Füllt die Kühlschränke!	
2022.SR.000160	681
12	Motion Fraktion AL/PdA (David Böhner, AL): Anmeldefristen Ferieninseln verkürzen	
	Verschobene Traktanden	681
	Eingänge	682
	Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr	683

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Claudio Righetti
Lena Allenspach	Claude Grosjean	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Sarah Rubin
Tom Berger	Erich Hess	Michael Ruefer
Diego Bigger	Thomas Hofstetter	Kurt Rüeegsegger
Lea Bill	Matthias Humbel	Vanessa Salamanca
Gabriela Blatter	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
David Böhner	Ueli Jaisli	Judith Schenk
Eva Chen	Bettina Jans-Troxler	Florence Schmid
Francesca Chukwunyere	Anna Jegher	Nicole Silvestri
Dolores Dana	Nora Joos	Chandru Somasundaram
Milena Daphinoff	Barbara Keller	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Ingrid Kissling-Näf	Irina Straubhaar
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Therese Streit-Ramseier
Alexander Feuz	Anna Leissing	Michael Sutter
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Simone Machado	Janosch Weyermann
Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Dominic Nellen	Paula Zysset
Lionel Gaudy		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Raffael Joggi	Halua Pinto de Magalhães
Ruth Altmann	Fuat Köçer	Simone Richner
Mirjam Arn	Corina Liebi	Sara Schmid
Laura Binz	Salome Mathys	Bettina Stüssi
Michael Burkard	Matteo Micieli	Lukas Wegmüller

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
--------------------------------	------------------------	-------------------------------

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Gemeinderät*innen, geschätzte Stadträt*innen, geschätzte Medienschaffende auf der Tribüne, geschätzte Besucher*innen online zugeschaltet über das Audiosignal und, im Speziellen, auch geschätzte Zuschauer*innen auf der Tribüne, im Speziellen auch unsere Ehrengäste aus Ostermündigen. Ich habe eine Riesenfreude, seid Ihr alle erschienen und unserer Einladung gefolgt, um eine der wichtigsten Stadtratssitzungen in meinem Amtsjahr mitzuverfolgen. Wir besprechen heute bekanntlich unter Traktandum 2 die Fusionsverhandlungen.

Ich habe keine Rücktritte zu vermelden entsprechend auch keine Begrüssungen von neuen Ratsmitgliedern. Aktuell sind mir auch keine Geburtstage bekannt. Wie immer: Nicht vergessen jeweils vor und nach den beiden Sitzungen – auch in der Pause – zu badgen. Auch wichtig: Das Einreichen dringlicher Vorstösse bitte bis am 21 Uhr bei Valentina Achermann, alle anderen Vorstösse bis um 21.30 Uhr. Ich möchte noch kurz in Erinnerung rufen: die gelb markierten Traktanden auf unserer Traktandenliste sind die Fortführung der reduzierten Debatte. Noch kurz als Erklärung oder Erinnerung: Eingereicht wurden 67 solche Vorstösse, die wir alle abarbeiten werden. Es ist aber unmöglich, dass wir alle gleichzeitig auf eine riesige Traktandenliste nehmen. Darum hat es natürlich auch neue darauf. Das sind aber nicht neu eingereichte Vorstösse, sondern die haben wir alle gesammelt. Neue Vorstösse für eine nächste reduzierte Debatte machen wir in einem zweiten Schritt erst wieder im Herbst. Also: Sprich, neue reduzierte Vorstösse müsst ihr nicht einreichen. Wir arbeiten jetzt aktuell einfach die 67 bestehenden ab. Darum werden jetzt in der nächsten Sitzung auch weiterhin welche traktandiert werden.

Wir kommen darum auch direkt zum **Ordnungsantrag des Büros des Stadtrats** bezüglich Traktanden 11 bis 23. Es geht um die Abstimmung darüber, dass wir die entsprechenden Traktanden in der reduzierten Debatte durchführen können. Wir stimmen ab.

Ordnungsantrag

	Büro	Die Traktanden 11-23 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:	
		BERATUNG:	
	1	Einreichende der Motion / des Postulats	3 Min.
	2	Fraktionserklärungen	3 Min.
	3	Einzelvoten	1 Min.
	4	Gemeinderat	3 Min.
		ABSTIMMUNG:	
		Über die Erheblicherklärung der Motion / des Postulats	

Abstimmung

2023.SR.0112: Ordnungsantrag

Annahme		
Ja	45	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 004

2018.PRD.000041

2 Kooperations Ostermundigen – Bern (KOB): Fusion der Gemeinden Ostermundigen und Bern; Genehmigung Fusionsvertrag mit Verpflichtungskrediten, Fusionsreglement und Gemeindeordnung (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Das sind der Fusionsvertrag und die Abstimmungsbotschaft. Ich übergebe hier das Wort den Kommissionssprecherinnen. Das Votum wird aufgeteilt. Zuerst spricht Barbara Nyffeler für die SPEZKO.KOBE.

Barbara Nyffeler (SP) für die SPEZKO.KOBE: Wir entscheiden heute Abend über ein nicht ganz alltägliches Geschäft, ein Geschäft, das der Stadtrat meines Wissens seit weit über 100 Jahren nicht mehr behandelt hat, nämlich die Fusion mit einer Nachbargemeinde. Ich werde euch die Eckdaten des Geschäfts vorstellen und Irina wird anschliessend auf Chancen und Risiken eingehen, euch die Diskussion in der Kommission darlegen und unsere Empfehlung begründen. Noch einmal vorab: Wir beschliessen heute über das Gesamtpaket Fusionsvertrag, Fusionsreglement und Gemeindeordnung plus Abstimmungsbotschaft. In diesen Dokumenten sind die Ergebnisse der intensiven Verhandlungen dokumentiert. Anträge von unserer Seite für Änderungen in diesen Dokumenten sind nicht möglich, aber die relevanten Inhalte sind für uns nicht neu. Die frühere AKO hat das Verhandlungsmandat des Gemeinderats 2021 schon intensiv beraten: Und wir Stadträtinnen und Stadträte haben am 27. Januar 2022 das Verhandlungsmandat mit diesen Eckdaten bereits zur Kenntnis genommen. Ich will auch nicht auf die Dokumente Reglement, Vertrag und Gemeindeordnung im Einzelnen eingehen, sondern erörtere die relevanten Elemente, die immer wieder kommen. Bei einem Ja am 22. Oktober 2023 in Bern und in Ostermundigen wird Ostermundigen ab Anfang 2025 zu einem Stadtteil von Bern. Der Gemeinderat hat weiterhin fünf Mitglieder und der Stadtrat 80 Mitglieder. Fast alle Aufgaben, die heute von der Gemeinde Ostermundigen wahrgenommen werden, gehen an die Stadt und die Stadtverwaltung über. Die Mitarbeitenden von Ostermundigen wechseln zur Stadt Bern. Ihnen wird eine gleichwertige Position angeboten. Das unterschiedliche Rentenalter 65 in Ostermundigen und 63 in der Stadt Bern wird ausgeglichen. Die Steueranlage wird 1,54 betragen. Für die Stadt ändert sich nichts, für Ostermundigen sinkt die Steueranlage. Ostermundigen wird zu einem eigenen Schulkreis, Schulkreis 7, und hat auch eine eigene Schulkommission. Grundlegende Projekte wie die Überprüfung der Struktur von Gemeinderat und Verwaltung, die Neukonzeption der Stadtteilpartizipation oder die Erarbeitung einer neuen Stadtstrategie werden nach der erfolgten Fusion 2025 rasch angegangen. Was ist jetzt anders für Ostermundigen und für Bern und wichtig für unsere nachfolgende Diskussion? In Ostermundigen wird für vier Jahre ein/e Fusionsbeauftragte/r direkt vom Volk gewählt. Die Person nimmt beratend an den Gemeinderatssitzungen teil zu allen Geschäften, die für Ostermundigen relevant sind. Diese Person hat auch den Vorsitz in der Ostermundiger Stadtteilkommission. Die Stadtteilkommission wird auch direkt gewählt und ist öffentlich-rechtlich. Sie hat deswegen andere Kompetenzen, eine

andere Zusammensetzung und auch ein anderes Budget als unsere doch eher loseren, aber dafür auch offeneren Quartierkommissionen.

Sonderlösungen gibt es unter anderem für die Energieversorgung – in Ostermundigen ist es die BKW, sie ist auch Eignerin des Netzes – und für die Abfallentsorgung. Ostermundigen entsorgt Richtung KEWU. In beiden Bereichen gibt es unterschiedliche Eigentumsverhältnisse, langfristige Bindungen über Gemeindeverbände und auch langfristige Verträge; Sachen, die man nicht innerhalb von zwei Jahren, wohl auch nicht innerhalb von vier Jahren, auflösen kann, bei denen man eher langfristig vielleicht andere Lösungen findet.

Speziell ist auch die Kantonspolizei. Die beiden bestehenden Ressourcenverträge mit Bern und mit Ostermundigen werden weitergeführt. Es wird also nicht ein neuer Vertrag ausgehandelt. Und noch ein wichtiger Punkt: Ostermundigen wird seine Ortsplanungsrevision O'mundo weiterführen und die fusionierte Gemeinde wird nachher direkt darüber abstimmen. Wir revidieren bekanntlich auch unsere Bauordnung und werden darüber abstimmen. Ich glaube, das ist frühestens so etwa in zwei Jahren der Fall. Und darum kann es sein, dass nachher in der gleichen Gemeinde eine bestimmte Zeit – da gibt es auch noch das Gebot der Planbeständigkeit – unterschiedliche Bauordnungen gelten werden. Dies gibt es aber auch in anderen fusionierten Gemeinden, z.B. Lyss und Busswil, unterschiedliche Bauordnungen, bis mit einem späteren grossen Wurf dann einmal alles zusammengeführt wird. Und beide Bauordnungen müssen sich nach dem engmaschigen Netz des nationalen und kantonalen Rechts richten. Noch kurz zu den Fusionskosten: Diese betragen 13,55 Millionen Franken. Acht Millionen Franken fallen auf die Personalvorsorgelösung im Zusammenhang mit dem unterschiedlichen Rentenalter und 5,55 Millionen Franken sind die direkten Fusionskosten.

Irina Straubhaar (GLP) für die SPEZKO.KOBE: Nachdem Barbara die Eckpunkte des Geschäfts vorgestellt hat, komme ich jetzt auf die Chancen und Risiken zu sprechen. Die sind je nachdem, ob man das Geschäft aus Sicht Berns oder aus Sicht Ostermundigens betrachtet, ein bisschen unterschiedlich zu gewichten. Die Fusion bietet für beide Gemeinden die Chance, die Mitbestimmung im funktionalen Raum zu verbessern. Langfristig besteht ebenfalls das Potenzial, dass eine koordinierte Entwicklung im gesamten Siedlungsgebiet stattfinden kann.

Nach einer Fusion würde Bern zur viertgrössten Stadt in der Schweiz werden. Das würde zu mehr Gewicht auf kantonaler Ebene führen – das sind nämlich drei Sitze mehr im Grossen Rat –, aber auch auf nationaler Ebene. Für Ostermundigen positiv zu werten ist, dass die Steuerpflichtigen von tieferen Steuern und besseren Leistungen profitieren können. Gleichzeitig besteht ein Risiko, dass die Fusion als Verlust von Selbstständigkeit wahrgenommen werden könnte oder dass sie für die Einwohner*innen mehr Bürokratie oder längere Wege bringt. Wir haben uns in der Diskussion in der Kommission auf die Sicht der Stadt Bern konzentriert. Die Beurteilung des Geschäfts aus Ostermundiger Sicht bleibt selbstverständlich Ostermundigen überlassen. Wir haben in der Kommission eine sehr differenzierte und konstruktive Diskussion führen können. Wir sind uns einig gewesen, dass zur Fusion eine Vision fehlt, wie das bereits in der Vernehmlassung breit angemerkt wurde. Man ist auch in der Kommission zum Schluss gekommen, dass das Feu sacré für die Fusion nicht entflammt ist. So sind auch einige Punkte des Fusionsergebnisses kritisiert worden. Als eher unglücklich aus Sicht der Stadt Bern schätzt die Kommission beispielsweise die Regelung mit den parallelen Bauordnungen oder die Stadtteilkommission von Ostermundigen ein.

In der Kommission ist die Auffassung vertreten worden, dass es keine speziell sexy Vorlage ist, dass sie aber die unbedingt notwendige Grundlage bildet, wenn man die langfristigen Synergien und die potenziellen Nutzungen realisieren will.

Die Kommission ist darum zum Schluss gekommen, dass sich für die Stadt Bern insgesamt mehr Vorteile als Nachteile aus dieser Fusion ergeben. Die Kommission sieht in dieser Fusion vor allem langfristig eine grosse Chance für die Stadt und die Region Bern und wir sind uns einig gewesen, dass sich die Chance jetzt bietet. Denn wenn die Fusion abgelehnt wird, sind Fusionsbestrebungen auf längere Zeit wohl kaum opportun. Darum empfiehlt die Kommission dem Stadtrat mit einer grossen Mehrheit, das heisst mit 10 zu 0 zu 1 die Annahme der Fusion und damit die Zustimmung zum Fusionsvertrag, zum Fusionsreglement, zur Änderung der Gemeindeordnung und zur Abstimmungsbotschaft.

Präsident: Wir wären in dem Fall jetzt bei den Fraktionsvoten.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Liebe Ostermundiger, herzlich willkommen. Ich heisse euch auch herzlich willkommen. Wenn ihr nach Bern kommt, ihr habt es gehört, gibt es weitere Grossratsmandate. Wir haben einen gewissen ländlichen Einfluss. Das wäre das Positive und jetzt kommt das grosse Aber. Ostermundigen soll diesen Fehler nicht machen, nach Bern zu kommen. Meines Erachtens ist das nicht eine Fusion, sondern eine Eingemeindung. Ich warne euch davor, unter das rot-grüne Joch zu gehen, unter dem wir Berner leben. Ich kann vielleicht ein bisschen in Erinnerung rufen, wie es den Bümplizern ergangen ist. Die haben auch einen Fusionsvertrag gehabt und dann hat man ihren Friedhof schliesslich aufheben wollen. Das zur Stadt Bern. Braut – Bräutigam. Das ist nicht irgendwie – ich mache es jetzt gendergerecht, damit man mir da keinen Vorwurf machen kann – eine strahlende Braut, ein wohlsituerter Bräutigam. Nein, die haben sich mehrfach geliftet, sind herrisch und werfen das Geld zum Fenster hinaus. Ihr habt jetzt die Hoffnung, es komme dann gut, ihr müsstet dann weniger Steuern zahlen. Ich wäre also bereit, eine gute Flasche Wein zu wetten. Wenn wir dann fusioniert sind, gibt es eine rechte Steuererhöhung, die trifft uns, die trifft euch. Ihr habt aber zusätzlich das Risiko, dass ihr eure Freiheiten, eure Selbstständigkeit aufgibt. Und mir geht es genau darum, das zu verhindern. Darum warne ich euch. Ich habe das Beispiel Bümplizer Friedhof angeführt. Man hat nachher im Vertrag schön drin gehabt – schwarz auf weiss –, es sei garantiert. Kurz daraufhin sagt man, das sei eben die Krisensituation, man müsse es doch nicht machen. Die SVP hat das jetzt abwenden können. Wir haben Unterschriften gesammelt. Aber denkt daran, wie es geht. Ihr habt vielleicht auch gesehen: In der Stadt Bern hat man immer gesagt, es sei wichtig, dass man dann ja auch in der Energiepolitik ganz zentrale Fortschritte machen könne. Plötzlich – ich weiss nicht, wie lange es geht –, heben sie in Ostermundigen Parkplätze auf. Wir hoffen zwar, dass in Bern das Projekt der Kehrichtabfallsacktrenngebühren wieder stirbt. Es soll ja zwar bei euch nicht kommen, aber es wird dann sicher mal kommen aus Gründen der Synergie. Denkt einfach daran, was ihr alles verliert. Und jetzt komme ich noch zu einem politischen Element. Ich hätte mich immer dafür eingesetzt, dass ihr einen garantierten Sitz im Gemeinderat gehabt hättet. Von Seiten der Stadt, insbesondere von Seiten des Stadtpräsidenten hat es geheissen, das sei nicht möglich. Ich rufe euch in Erinnerung, es gibt eben Gemeinden wie Willisau oder auch kleine Landgemeinden. Dort ist das problemlos gegangen. Ich bin der Meinung, ich bin selber auch Jurist und Fürsprecher, man könne kreative Lösungen finden. Das hätte man selbstverständlich gekonnt, wenn man gewollt hätte. Wir hätten einfach im Fusionsvertrag vorsehen müssen, dass die Person für Ostermundigen separat gewählt wird. Es ist mir

klar, dass man, wenn man fusioniert ist, nicht nachher zusammen wählen kann. Man hätte das vorher machen können. Ihr hättet gewisse Änderungen in der Gemeindeordnung machen müssen, aber es wäre alles gegangen. Und dann wäre der Vertreter, den man in Ostermundigen gewählt hätte, nachher auch für eine Legislaturperiode nachher in Bern auch drin gewesen. Ihr seht: Will ich nicht, dann kann ich nicht. Das wird auch in anderen Fällen wahrscheinlich so gehen. Darum wie gesagt, ich warne euch. Ich sage noch einmal: Es ist nicht eine strahlende Braut oder ein strahlender Bräutigam. Das ist eine ziemlich riskante Sache, die ihr macht. Ihr habt gesehen, wie es den Bümplizern ergangen ist. Ihr habt gesehen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind. Ich rufe euch in Erinnerung, dass wir einmal in Ostermundigen getagt haben. Ihr habt gesehen, was das für ein Cabaret war. Ich bin der Meinung: Bleibt in Ostermundigen, so wie ihr seid. Denkt auch daran, was passiert ist. Wieso haben die anderen Gemeinden nicht mitmachen wollen? Die haben den Braten gerochen und gedacht, wenn man dann aus finanziellen Gründen vielleicht mitmachen würde, so kann die Übung schief herauskommen. Verfolgt aufmerksam Budget, Jahresrechnung und was alles so herauskommt. Dann glaubt ihr mir vielleicht. Darum bleibt selbstständig, genießt eure Freiheit, begeben euch nicht unter das rot-grüne Joch von Bern, unterwerft euch nicht dem rot-grünen Ökoimperialismus. Bleibt frei, stimmt Nein. Im Sinne von Ostermundigen empfehle ich den Stadtbernern Nein zu stimmen hier im Stadtrat. Ich werde Nein stimmen. In unserer Fraktion haben wir Stimmfreigabe beschlossen, aber ein Grossteil wird hier Nein stimmen.

Diego Bigger (SP) für die Fraktion: Liebe Gäste aus Ostermundigen auf der Tribüne: Auch von mir herzlich willkommen hier im Stadtrat von Bern. Ich darf Ihnen im Namen der SP/JUSO-Fraktion aufzeigen, wieso wir hinter dieser Fusion stehen. Wir stehen heute vor einer wegweisenden Entscheidung; einer Entscheidung, die nicht nur die Zusammenarbeit und die Synergien der Hauptstadtregion verändern wird, sondern auch das Potenzial hat, unseren Bürger*innen neue Möglichkeiten und Perspektiven zu eröffnen. Wir betrachten die Fusion nicht bloss als administrative Umstrukturierung von zwei Gemeindeverwaltungen, sondern vielmehr als eine Investition in die Zukunft der Hauptstadtregion, in ihre Lebensqualität und in ihr Potenzial. Aus unserer Sicht bietet die Fusion Chancen auf vielfältigen Ebenen. Drei davon möchte ich speziell erwähnen. Eine Fusion ermöglicht eine effiziente und zielgerichtete Nutzung von Ressourcen und bietet die Möglichkeit, durch Synergien in der Verwaltung, bei der Infrastruktur und bei Dienstleistungen mittel- bis langfristig die Effektivität und die Effizienz zu steigern. Eine Fusion ermöglicht eine koordinierte städtische und regionale Planung, die sowohl auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen von Bern und Ostermundigen, als auch auf die übergeordneten regionalen Ziele und Herausforderungen eingeht. Eine Fusion bietet die Möglichkeit, unsere demokratischen Prozesse zu stärken, indem mehr Menschen einen grösseren Raum mitgestalten können. Die SP Stadt Bern und auch die SP/JUSO-Fraktion haben sich schon immer positiv geäussert gegenüber einer Fusion mit Agglomerationsgemeinden, weil wir darin wie erwähnt eine grosse Chance sehen, weil eine vereinte stärkere Gemeinde sozusagen das Beste aus zwei Welten in sich vereint. Die Dynamik einer grösseren Stadt und die gemeinschaftlichen, lokalen Strukturen einer kleineren Gemeinde kann eine kraftvolle Triebfeder sein für Innovation, Entwicklung und auch für soziale Fortschritte. Die Fusion ist eine Chance, um unsere Stärken zu bündeln und gemeinsam eine lebenswerte, nachhaltige und zukunftsfähige Hauptstadtregion zu gestalten. Sie ist eine Chance, die wir nicht ungenutzt verstreichen lassen sollten. Ich möchte jetzt gerne im Namen der SP/JUSO-Fraktion noch drei Punkte aus

der Fusionsvorlage besonders hervorheben. Die SP steht für eine Erweiterung des Gemeinderats auf sieben Mitglieder und hätte es begrüsst, wenn das im Rahmen der Fusion an die Hand genommen worden wäre. Wir können aber nachvollziehen, dass eine Umstrukturierung der Verwaltung in dieser kurzen Zeit zur Herkulesaufgabe geworden wäre. Entsprechend begrüssen wir es, dass das Fusionsreglement vorsieht, dass dem Stadtrat bis Ende 2026 eine entsprechende Vorlage unterbreitet wird, denn ein erweiterter Gemeinderat ist für eine breit abgestützte und repräsentative politische Führung unerlässlich.

Weiter ist es lobenswert, dass die fusionierte Gemeinde im ersten Jahr nach der Fusion ein Projekt starten soll, um die Bedürfnisse rund um die Partizipation der verschiedenen Stadtteile zu erfassen und zu analysieren. Das ist aus unserer Sicht ein entscheidender Schritt, um sicherzustellen, dass alle Stimmen in dieser Stadt gehört und die Interessen aller Bürger*innen berücksichtigt werden. Schliesslich sind wir auch erfreut darüber, dass das Personal der fusionierten Gemeinde die Garantien in Bezug auf ihr Arbeitsverhältnis bekommen, die die SP gefordert hat. Das stellt sicher, dass die engagierten Mitarbeiter*innen, insbesondere jene der Gemeinde Ostermundigen, die Sicherheit und den Schutz bekommen, den sie auch verdienen. Darüber hinaus sehen wir auch aus gewerkschaftlicher Sicht Vorteile. Wir freuen uns insbesondere über das niedrigere Rentenalter für die Angestellten der Gemeinde Ostermundigen und der Reduzierung der Wochenarbeitszeit.

Was wir im Gegenzug bedauern, ist, dass es im Verhandlungsergebnis keine Einigung erzielt werden konnte in Bezug auf das Klimareglement und die Harmonisierung der Bauordnungen. Immerhin besteht im Fusionsreglement die Verpflichtung, dass der Gemeinderat dem Stadtrat innerhalb von zwei Jahren nach der Fusion eine Vorlage in Bezug auf die Absenkpfade im Klimareglement unterbreiten muss. Insgesamt betrachten wir das Verhandlungsergebnis aus Sicht der Stadt Bern als positiv, zumal es in einer Verhandlung immer auch darum geht es, einen tragbaren Kompromiss zu finden. Im politischen Kontext muss ein Kompromiss nicht nur für beide Verhandlungsparteien tragbar sein, sondern auch noch mehrheitsfähig in der Bevölkerung beider Gemeinden. Vor diesem Hintergrund ist es für uns nachvollziehbar, dass der Gemeinderat bei gewissen Verhandlungspunkten, wo die SP sich teilweise auch andere Lösungen gewünscht hätte, Ostermundigen entgegengekommen ist. Es kann in dem Sinn nicht die Rede von einem einseitigen Verhandlungsergebnis sein, wie das teilweise in den letzten Wochen zu hören war.

Die Fusion bietet eine grosse Chance für die gesamte Hauptstadtregion und ermöglicht Synergien auf vielen Ebenen. Aus diesen Gründen steht die SP/JUSO-Fraktion geschlossen hinter dieser Fusionsvorlage. Wir ermutigen euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Chance zu ergreifen und für die Fusion zu stimmen. Es geht nicht nur um Bern oder Ostermundigen, es geht um die Zukunft der Hauptstadtregion im Kanton Bern und auch in der Schweiz.

Und noch kurz zu den Anträgen GB/JA!: Die werden wir hier wie auch schon in der Kommission ablehnen. Die ersten zwei Forderungen sind im Fusionsprojekt bereits berücksichtigt und bei der dritten Forderung hat der Gemeinderat bereits entsprechende Rückmeldung aus der Kommission in den Fusionsvertrag aufgenommen und sich verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren nach der Fusion dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage für die Absenkpfade zu unterbreiten.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Wir haben die Gelegenheit, ein geschichtsträchtiges Geschäft zu verabschieden und als ein solches müssen wir es auch anschauen. Wir müssen uns bewusst sein, dass, wenn wir es heute ablehnen, dann ist es durch.

Es ist nicht etwas, das wir jetzt ablehnen können, weil uns einzelne Sachen nicht ganz passen, mit dem Vorsatz: Ja, wir schauen dann noch einmal, wenn wir es noch ein bisschen besser erarbeitet haben und entscheiden dann. Wenn wir jetzt hier Nein sagen, dann wäre es vorbei und wir hätten eine grosse Chance an uns vorbeiziehen lassen. Und wer weiss, ob so eine Chance je wieder kommen würde. Es ist, wenn man so will, eine Once in a Lifetime-Chance. Mir ist wichtig, das hier noch einmal zu betonen, um einfach auch noch einmal an die Dimension des Geschäfts zu erinnern. Die GFL/EVP-Fraktion ist überzeugt, dass es eine grosse Chance ist, und zwar auf verschiedenen Ebenen für beide Gemeinden, und zwar aus den folgenden Gründen: Die ambitionierte Klimastrategie der Stadt Bern kann auf das Gebiet von Ostermundigen ausgeweitet werden, was ohne Fusion sehr wahrscheinlich nicht passieren würde. Mit der Fusion kann aber auch die nachhaltige Mobilität weiter ausgebaut werden, und die Verkehrsnetze würden auch institutionell eine Einheit bilden. Weiter bringt eine grössere Gemeinde Wettbewerbsvorteile. In Ostermundigen haben sich vermehrt grosse Firmen wie Emmi angesiedelt, das unter anderem, weil die notwendigen Verfahren schnell und unkompliziert abgewickelt werden können. Davon könnte die Stadt Bern noch einiges lernen und könnte sicher auch davon profitieren. Auch das Kleingewerbe ist in Ostermundigen gut etabliert, was zu positiven Spill-Over-Effekten auf die Stadt Bern führen kann. Weiter hat die Stadt Bern gut ausgebaute Sozialleistungen, die über den kantonalen Mindeststandard hinausgehen. Andererseits sind die Wohnungsmieten je nach Quartier in der Stadt sehr hoch, was dazu führt, dass vermehrt Menschen mit geringerem Einkommen nach unter Ostermundigen wegziehen, weil sie sich es in der Stadt schlicht nicht mehr leisten können. Dem kann man mit der Fusion entgegenwirken und dafür sorgen, dass es zu einer guten Durchmischung auf dem gesamtstädtischen Gebiet kommt. Wir finden es vor allem nicht nachvollziehbar, dass in einem schon lange zusammengewachsenen Lebensraum eine künstliche Gemeindegrenze über die Höhe von Sozialleistungen entscheiden soll. Wir finden es nur richtig, dass die Einwohner*innen beider Gemeinden künftig vom höheren Leistungsniveau profitieren können oder - wie ein bekannter Satz lautet: Das Glück ist das Einzige, was sich verdoppelt, wenn man es teilt. Bei verschiedenen Gesprächen habe ich jeweils gehört, langfristig sehe man die Vorteile schon, aber kurzfristig gebe es halt einfach noch zu viele Unsicherheiten. Aber das ist ja eben genau der Punkt bei dieser Fusion: Sie ist eben etwas extrem Langfristiges. Und dann noch zu den Unsicherheiten: Ja, es ist so. Ein paar Sachen sind noch nicht vereinheitlicht und es werden Sachen auf uns zukommen, die man jetzt noch nicht ganz voraussehen kann, und die sich dann erst noch ergeben. Man hat aber probiert, alles, was irgend möglich war, vorher abzuklären und auszuarbeiten. Und ich finde, es ist eine sehr, sehr gute Arbeit geleistet worden. Und hier will ich noch kurz auf die Fusion von Luzern und Littau verweisen, die 2019 ihr 10-jähriges Jubiläum hatte. Zu diesem Anlass wurden ein paar Beteiligte von damals befragt. Eigentlich zeichnen alle durch das Band ein positives Bild. So bezeichnet der Projektleiter der Fusion Littau-Luzern unter dem Strich als Erfolgsgeschichte. Littau und Luzern hätten beide vom Zusammenschluss profitiert und würden auch in Zukunft davon profitieren. Dann zählt er mehrere Beispiele auf, wie unter anderem den Ausbau des Dienstleistungsangebots für Littau und die Eröffnung neuer raumplanerischer Möglichkeiten für die Stadt Luzern und noch vielmehr ortsspezifische Sachen, die uns wohl nicht viel sagen. Aber auch Stefan Roth, der damals Gemeindeammann von Littau war und später Stadtpräsident von Luzern wurde, betont, dass die Stadt die Chance genutzt habe, das Entwicklungsgebiet in Littau für das Wohnen und Arbeiten zu gestalten, und das fusionierte Gemeindegewesen sei dynamischer gewachsen. Der Steuersatz von Littau ist durch die Fusion von 2,20 auf 1,75 Einheiten, also auf das Niveau der Stadt gesunken.

Und entgegen allen Befürchtungen, dass es zu einer Steuererhöhung auf dem gesamten Gebiet führen wird, ist der Steuerfuss stabil geblieben. So hält auch der damalige Stadtpräsident von Luzern fest, dass alle Versprechungen, die im Fusionsvertrag und den Abstimmungserläuterungen gestanden hätten, erfüllt wurden. Dazukommt – und das finde ich fast das Wichtigste bezüglich Unsicherheiten: Die Verantwortung bleibt ja in der fusionierten Gemeinde also auch im Stadtrat der fusionierten Gemeinde. Und ich nehme an, dass sicher ein paar von uns, also zumindest, wenn wir wiedergewählt werden, dann immer noch hier sind. Und dann liegt es eben genau an uns zu schauen, dass es in die richtige Richtung geht und so ausgestaltet wird, wie wir es uns vorstellen. Und seien wir ehrlich: Am Schluss wird es wohl mehrheitlich eine Bauchentscheidung sein und zumindest unsere Bäuche sagen ja. Die GFL/EVP-Fraktion stimmt dieser Fusion einstimmig zu, und wir hoffen, dass ihr dem Geschäft auch zustimmt, und sei es auch nur aus dem Grund, dass die Bevölkerung entscheiden soll und nicht wir hier im Parlament.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Ja, ich spreche für das GB und nachher spricht noch der Mahir für die JA!. In den zahlreichen Debatten zu dieser Fusion im Rat und auch in der Kommission haben wir vom GB ja immer wieder eine kritische Haltung eingenommen. Wir haben aber nicht die Fusion als solche, sondern den Prozess, mit dem sie aufgegleist worden ist, kritisiert. Es hätte aus unserer Sicht einen breit abgestützten partizipativen Prozess in der Bevölkerung gebraucht, um deren Anliegen und Ängste aufzunehmen. Leider ist das nicht wirklich passiert. Es heisst, das Interesse der Bevölkerung sei ja gar nicht dagewesen, weil nur wenige an diesen Anlass im Sternensaal gekommen sind. Eine schlechte Ausrede. Denn wenn man nicht weiss, dass fusioniert werden soll, wird man ja wohl auch nicht an so einen Anlass kommen. Und leider ist es auch heute noch so, wenn ich Bekannte auf ihre Haltung zur Fusion anspreche, bekomme ich immer die gleiche Antwort: Was? Welche Fusion? Davon habe ich noch nie etwas gehört. Aber jetzt geht es ja nicht um den Prozess, sondern um das Resultat der Fusionsverhandlungen und leider sind auch diese nicht berauschend. Mit den ausgehandelten Rahmenbedingungen wird es schwierig sein, dass in der neuen Gemeinde ein Wir-Gefühl entstehen wird. Vielmehr wird es immer noch das alte Bern und das neue Ostermundigen sein. Es fängt im Kleinen an, wie zum Beispiel, dass es weiterhin zwei Abfallsysteme oder zwei Parkregime geben wird. Aber daran wird die Fusion ja wohl nicht scheitern. Was uns viel mehr Sorgen macht, ist beispielsweise die mangelnde Vereinheitlichung der Bauordnungen. Es ist klar, dass man das nicht Knall auf Fall machen kann, aber es läuft ja sowohl in Bern wie auch in Ostermundigen im Moment eine Bauordnungsrevision. Anstatt das zum Anlass zu nehmen, gerade von Anfang an eine gemeinsame Lösung zu entwickeln, soll die Revision nach O'mundo so wie angedacht weitergemacht und als unabhängiges Regelwerk fertiggestellt werden und für die nächsten 15 bis 20 Jahre in Kraft sein. Bezahlbarer Wohnraum scheint da kaum ein Thema zu sein. Auf jeden Fall hat Thomas Iten bei einer Informationsveranstaltung gesagt, die Wohninitiative solle in Ostermundigen nicht angewendet werden, weil Ostermundigen andere Probleme habe. Wie bitte? Warum sollten die Bewohnenden von Ostermundigen nicht auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sein? Vielleicht gibt es dort im Moment genug günstige Wohnungen, aber es weiss ja niemand, welche Dynamik die Fusion auslöst. Darum wäre es umso wichtiger, bezahlbaren Wohnraum auch für die Zukunft zu sichern, damit verhindert werden kann, dass die aktuelle Bevölkerung nicht durch Gentrifizierungsprozesse verdrängt wird.

Ebenfalls zentral ist für uns die Erreichung der Klimaziele. Wir begrüssen es darum sehr, dass das Klimareglement auch für den Stadtteil Ostermundigen gelten soll. Die

Absenkpfade finden aber nach der Fusion noch keine Anwendung und die Energie- und Klimastrategie soll erst bis spätestens 2029 mit Massnahmen für Ostermundigen ergänzt werden. Bereits 2035 müssen aber die Klimaziele von Paris erreicht sein. Daher ist es doch ziemlich sportlich, wenn man erst 2029 anfängt. Unser Antrag 3 soll darum sicherstellen, dass die Klimaziele der Stadt nicht durch die Fusion gefährdet werden. Gelingt es nicht, in den Ostermundigen die Ziele zu erreichen, müssen Anstrengungen auf dem Rest des Stadtgebiets intensiviert werden, damit man so das nötige CO₂ einsparen kann.

Noch zu der Begründung unserer Anträge 1 und 2: Vieles ist noch offen und vieles muss noch aufgegleist werden bis zu der Fusion. Es ist nachvollziehbar, dass das erst an die Hand genommen wird, wenn das Volk definitiv Ja gesagt hat. Die Fusion darf aber nicht zu einer Überbelastung des städtischen Personals führen, da durch die FIT-Pakete schon an allen Ecken und Enden gespart wird. Darum wird die Zusammenlegung von den zwei Verwaltungen nicht ohne zusätzliche Ressourcen über die Bühne gehen können. Antrag 1 fordert, den Umbauprozess möglichst schnell mit allen Beteiligten aufzugleisen und, falls nötig, auch extern begleiten zu lassen.

Im Antrag 2 geht es um die Ressourcen. Der Umbauprozess kann nicht einfach so neben dem Courant normal auch noch gemacht werden. Dafür wird es personelle und finanzielle Ressourcen brauchen. Die sollen benannt und auch bereitgestellt werden. Wenn ihr jetzt sagt, ich habe das vorher schon gehört, es passiere sowieso, dann könnt ihr diese Anträge ja auch einfach annehmen. Es ist ein Zeichen dafür, dass wir im Stadtrat die Bedürfnisse der städtischen Angestellten wahrnehmen und ihnen auch Rechnung tragen.

Das GB sieht die Fusion aber grundsätzlich als Chance. Viele Aufgaben und Probleme machen nicht an der Gemeindegrenzen halt. Darum ist es sinnvoll, wenn Bern und Ostermundigen sie in Zukunft gemeinsam lösen können. Es kann ja nicht sein, dass beispielsweise Menschen in die Nachbargemeinde Ostermundigen verdrängt werden, wo sie weniger Zugang zu Sozialleistungen haben. Die fusionierte Gemeinde hat da eine Möglichkeit, solche Probleme gemeinsam anzugehen und gemeinsam Lösungen zu finden. In dem Zusammenhang sind wir auch sehr froh, dass die sozialen Angebote der heutigen Stadt Bern nach der Fusion allen Bewohnenden der neuen Gemeinde zur Verfügung stehen werden.

Auch die Klimakrise kann besser gelöst werden, wenn man sie zusammen angeht, anstatt dass jede Gemeinde separat versucht, die Probleme zu lösen. Es kann grösser gedacht werden, was für viele Herausforderungen zu mehr möglichen Lösungen führt. In dem Sinn werden wir vom GB der Fusion zustimmen, auch wenn es nach dem jetzt vorliegenden Vertragswerk noch ziemlich viel Arbeit und Energie brauchen wird, bis die fusionierte Gemeinde ihr ganzes Potenzial wird ausschöpfen können.

Mahir Sancar (JA!) für die Fraktion: In allen Voten vor jenem Katharinas sind ja vor allem Lobeshymnen auf die Fusion gesungen worden und darum werde ich mich ein bisschen auf die kritischen Punkte beschränken. Ich mache den zweiten Teil des Fraktionsvotums und vertrete dabei die Haltung der JA!. Sämtliche Ausführungen von Katharina gelten natürlich auch für uns. Wir kritisieren den Prozess der Fusion und finden es nicht verständlich, dass in gewissen wichtigen Punkten keine Einigung erzielt werden konnte, so die Nichtanwendung der Absenkpfade im Klimareglement, die unterschiedlichen Baubauordnungen und dabei besonders die fehlende Anwendbarkeit der Wohninitiative im Stadtteil Ostermundigen und Sonderbehandlung der Stadtteilkommision Ostermundigen. Klar sehen wir auch, dass eine Fusion längerfristig Sinn macht,

aber wieso kann man sie nicht so aufgleisen, dass sie schon kurz und mittelfristig sinnvoll ist? Was für uns aber noch viel entscheidender ist, ist der Prozess, wie die Bevölkerung im Vorfeld der Fusion einbezogen wurde. Meine Vorrednerin hat es schon klar gesagt: Ein breit abgestützter partizipativer Prozess in der Bevölkerung hat nicht stattgefunden und das stört uns ganz besonders. Es stört uns, weil man den Prozess partizipativ dargestellt hat und die Partizipation dann links hat liegen lassen. Die Fusion ist zwischen den Gemeinderäten von Bern und Ostermundigen ausgekäst worden, und die Bevölkerung und der Stadtrat haben teilweise auch wegen den starren Haltungen der Gemeinden nicht viel zu sagen gehabt. Das enttäuscht uns und wir hoffen sehr, dass es nächstes Mal besser gemacht wird.

Was uns besonders stört, ist auch, dass bei dieser ganzen Fusion dem Gemeinderat fast schon blind vertraut wurde und so zum Beispiel, wie wir gehört haben, auch keine begleitenden Massnahmen für nötig befunden werden. Es ist schön und gut, wenn man dem Gemeinderat vertraut. Das machen wir auch, aber wir sind kein Vertrauensorgan und wir sind auch nicht ein Grüppchen von Freunden, wo man einander vertraut, und damit hat es sich. Wir sind die Legislative der Gemeinde Bern. Wir sind das Kontrollorgan des Gemeinderats. Die Gemeindeordnung ist hier ziemlich klar. Der Stadtrat beaufsichtigt den Gemeinderat. Uns dünkt es, manchmal gehe das ein bisschen vergessen. Wenn die Fusion zu Stande kommt, werden wir von der JA! dabei weiterhin dem Gemeinderat genau auf die Finger schauen.

In dem Sinn werden wir von der JA! uns enthalten. Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Fusion von Ostermundigen und Bern, aber die Fusion, die uns heute vorgelegt wird, können wir nicht mit gutem Gewissen einfach durchwinken. Wie vor einem Jahr haben wir auch das Gefühl nicht abschütteln können, dass es hier auch um ein persönliches Ziel und einen persönlichen Meilenstein in der Geschichte Berns geht, wie zum Beispiel auch die neue Festhalle. Sollte darum das Stimmvolk von Bern dieser Fusion nicht zustimmen, liegt das aus unserer Sicht vor allem an der schlechten Partizipation der Bevölkerung und daran, dass die Fusion nicht nahe an der Bevölkerung vorbereitet wurde, sondern von oben nach unten durchgesetzt werden sollte. Darum empfehlen wir, dass die Verantwortlichen im Fall einer Ablehnung daraus die Lehren ziehen und nochmal überlegen, ob sie wirklich in der richtigen Position sind.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Herzlich willkommen auch Ostermundigen auf der Tribüne. Ich spreche für die Fraktion der Alternativen Linken und der Partei der Arbeit. In Ostermundigen sind unsere Parteien im Parlament nicht vertreten. Für unsere Fraktion ist die Fusion von Ostermundigen und Bern keine Herzherzensangelegenheit und hat in unseren Diskussionen in den letzten Jahren darum auch keine Priorität genossen. Wir stimmen dem Fusionsvertrag und der Abstimmungsbotschaft zu, weil für uns die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen. Wir sehen, dass starre Gemeindegrenzen zwischen Bern und Ostermundigen vieles Verkomplizieren und Planungsprozesse erschweren. Unser Eindruck ist vor allem auch, dass die Fusion für die Bevölkerung von Ostermundigen Vorteile bringt. Wir denken da nicht in erster Linie an die günstigeren Steuern, sondern vor allem an bessere Dienstleistungen im sozialen Bereich und auch an bessere Arbeitsbedingungen für die Gemeindeangestellten und nicht zuletzt erhoffen wir uns von einer grösseren fusionierten Gemeinde mehr Gewicht und Einflussmöglichkeiten im Kanton.

Mit dem Ergebnis des Fusionsvertrags sind wir aber nicht nur zufrieden. Wir stören uns vor allem daran, dass die fortschrittliche Bauordnung der Stadt nach einer Fusion in Ostermundigen dort nicht gelten soll, und auch daran, dass die Wohninitiative, die die

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus vorschreibt, nach einer Fusion in Ostermundigen nicht zur Anwendung kommt. Auch wenn die Verhandlungsdelegation von Ostermundigen da ihre rote Linie gezogen hat, zweifeln wir daran, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Ostermundigen die gleiche rote Linie gezogen hätte. Im Fall einer Fusion werden wir in dem Punkt sicher nicht lockerlassen. Betreffend der Stadtteilkommission von Ostermundigen und der Regelung des Vereinswesens möchten wir festhalten, dass wir ein gewisses Verständnis für das Bedürfnis haben, die eingespielten und bewährten Abläufe in Ostermundigen beizubehalten. Wir finden es darum ein interessantes Experiment, wenn nach der Fusion die geplante Stadtteilkommission in Ostermundigen als gewählte öffentlich-rechtliche Kommission eingesetzt wird. Den grossen Nachteil sehen wir aber darin, dass nur die stimmberechtigte Bevölkerung in die Kommission gewählt werden kann, und nur die stimmberechtigte Bevölkerung die Kommission wählen darf. In einer Gemeinde – oder vielleicht in einem Stadtteil in Zukunft – mit über 30 Prozent Ausländer*innenanteil kann es das doch nicht sein. Auch wenn noch vorgesehen ist, dass eine Person ohne Schweizerpass in dieser Kommission Einsitz nehmen soll, ist das ein massives Demokratiedefizit.

Für unsere Fraktion ist die Revision der Quartierpartizipationsstrukturen in der zukünftigen Stadt Bern ein wichtiges Anliegen, unabhängig vom Ausgang der Fusionsabstimmung. Darum begrüssen wir Artikel 21 im Fusionsvertrag, der vorsieht, dass die Stadtteilmitwirkung im Jahr eins nach einer allfälligen Fusion unter die Lupe genommen werden und auch neu organisiert werden soll. Unsere Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Quartierbevölkerung mehr Mitsprachemöglichkeiten bekommt und auch über eigene Budgets verfügen kann, und darum, ich greife jetzt vor, bei Traktandum 5 der heutigen Stadtratssitzung, also bei den vorgeschlagenen kurzfristigen Optimierungsmassnahmen für die Quartierorganisationen, werden wir zustimmen. Es ist unser grosses Anliegen, dass die Menschen in den Quartieren Möglichkeiten haben, sich einzubringen und Werkzeuge in der Hand haben, wie sie auf ihre unmittelbare Umgebung Einfluss nehmen können. Wenn die Fusion zu Stande kommt, sehen wir nicht zuletzt darin eine Chance, dass vieles neu gedacht werden kann und die alten Strukturen in der Stadt Bern hinterfragt und verändert werden können.

Das Feu sacré würde fehlen ist dem Gemeinderat in der Vernehmlassung vorgeworfen worden. Wir haben auch bei uns das Feu sacré für das Geschäft nicht gefunden. Darum würden wir bei einer Ablehnung an den Urnen auch nicht weinen. Dafür ist uns das Geschäft insgesamt zu wenig wichtig und bahnbrechend. Trotzdem, wie am Anfang gesagt, gibt es für uns mehr Punkte, die für eine Fusion sprechen als dagegen. Und darum stimmen wir zu. Auch den Anträgen der GB/JA!-Fraktion werden wir zustimmen.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Wir von der GLP/JGLP-Fraktion stehen Fusionen grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Sie bieten in fast jedem Fall die Chance, Synergien zu nutzen und gleichzeitig bessere und professionellere Leistungen für die Einwohner*innen anzubieten. Ich nehme es gerade vorweg: Wir unterstützen die Fusion von Bern und Ostermundigen. Wir sind aber mit dem Prozess und mit dem Ergebnis nicht in allen Punkten zufrieden. Bereits in der Vernehmlassung haben wir kritisiert, dass das Synergiepotenzial in der Fusion zu wenig ausgeschöpft wird. An dieser Kritik halten wir immer noch fest. Insgesamt ist es eine teure Fusion, weil alles auf das höhere Niveau angehoben wird, auch wenn das zur Verbesserung der Akzeptanz einer Fusion einen nachvollziehbaren Schritt darstellt. Gleichzeitig sehen wir in Ostermundigen einen idealen Partner für eine Fusion, weil es insgesamt bereits sehr nahe an die Stadt herangerückt ist, was gerade auch durch das neue Tram zum Ausdruck kommt. Damit passen wir beide gut zusammen. Positiv zu erwähnen ist auch aus unserer Sicht, dass

der Steuerfuss für die fusionierte Gemeinde nicht angehoben wird. Und wir werden uns stark dafür einsetzen, dass das auch langfristig Bestand haben wird.

Wir sind auch zufrieden damit, dass an einem Fünfergremium für den Gemeinderat festgehalten wurde. Insgesamt sind wir der Überzeugung, dass die Fusion langfristig mehr Chancen als Risiken bieten wird. Es wird unter anderem an der fusionierten Gemeinde liegen, die Chance zu sehen und dann noch umzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, die historisch einmalige Chancen für die Stadt und auch für die Region zu ergreifen, so dass auch die urbanen Interessen im Kanton ein höheres Gewicht bekommen. Packen wir jetzt die Möglichkeit beim Schopf. Diese Gelegenheit wird nicht so schnell wieder kommen.

Was die Anträge betrifft, so werden wir diese ablehnen, weil wir der Ansicht sind, dass die Fusion grundsätzlich gut aufgegleist ist, und wir diese jetzt nicht noch mit weiteren Aspekten beschweren wollen.

Claudio Righetti (Mitte) für die Fraktion: Jene unter euch, die mich etwas besser kennen, wissen: Wenn es einen schlagenden Grund gegeben hat, warum ich in Bern in die Politik eingetreten bin, dann ist es, Bern in seinem Bewusstsein und in seinen Potenzialen als Hauptstadt der Schweiz zu stärken. Gleichzeitig darf ich auch sagen, dass ich mich auch mit Ostermundigen doch recht stark verbunden fühle. Denn seit über 20 Jahren darf ich das Management von Ursula Andress führen, ihres Zeichens einziger Schweizer Hollywoodstar und stolze Ehrenbürgerin von Ostermundigen.

Ja, die Fusion Bern-Ostermundigen könnte eine grosse Chance in sich bergen. Doch wir müssen auch feststellen, dass die Verhandlungen wirklich nicht optimal geführt wurden, auch auf Seiten der Stadt Bern. Bezüglich Chancen beim Zustandekommen einer Fusion unter den heutigen Rahmenbedingungen und Vorzeichen hegen wir bei der Mitte-Fraktion doch erhebliche Zweifel. Dabei stehen ganz sicher nicht die Vorteile, die Ostermundigen jetzt kurzfristig bei der Fusion gewinnt, im Vordergrund, also zum Beispiel die Besitzstandsgarantien für die Gemeindeangestellten, das Rentenalter mit 63 ohne finanzielle Einbussen, das ja den Löwenanteil der unmittelbaren Kosten ausmacht. Was uns Kopfzerbrechen macht, sind fehlende Antworten auf eine ganze Reihe von zentralen Fragen, die eine Zukunftsstrategie betreffen und mit denen mittel- bis langfristige Lösungen zumindest im Ansatz angedacht sind, wie alles zusammengeführt werden kann, die Prozesse zwischen den beiden Gemeinden optimal entwickelt werden können. Man verdrängt das in die Zukunft nach dem Entscheid: Also wir gehen jetzt die Ehe ein und überspringen eigentlich die Verlobung. Unter diesen Voraussetzungen verbirgt sich auch die Gefahr, dass man mit der Fusion zumindest kurz- und mittelfristig eine Büchse der Pandora öffnet. Und die Auswirkungen sind natürlich nicht absehbar. Länger- bis langfristige Kosten: Wie viel müssen wir rechnen? Das können wir noch nicht richtig einschätzen. Der Steuersatz in Ostermundigen sinkt von 1,69 auf 1,5, wird also auf Berner Stadtniveau angepasst und – das nehme ich an und hoffe ich – garantiert ohne Steuererhöhung. Das sind immerhin 5,6 Millionen, die pro Jahr so aufgefangen werden müssen. Es ist schon etwas paradox, dass wir bei einer Fusion nicht über Optimierungen und Kostendynamisierung reden, sondern uns mit anhaltend höheren Ausgaben beschäftigen müssen: Mehraufwand für rationalisierte Prozesse, mehr Staat für den gleichbleibenden Service public. Langfristig sind Kosten von zwei bis drei Millionen pro Jahr veranschlagt. Genau weiss man es nicht. Selig, wer glaubt, dass es nicht mehr ist. Bei der prekären Finanzlage Berns sollte uns das doch auch noch ein bisschen zu denken geben. Diese Fusion sollte ökonomische Vorteile bringen und den Service public dynamisieren. Was uns auch noch etwas fehlt, das ist das Feu sacré, das bei so einer Fusion entfacht werden sollte. Viele meiner Vorredner haben festgehalten, dass

das ein wichtiger Moment ist, fast ein Jahrhundertereignis. Davon spürt man ausserhalb der Direktbetroffenen und des Parlaments noch sehr wenig. Wir machen die Fusion ja in erster Linie nicht für uns, sondern für die nächste Generation, für unsere Jugend. Ihnen sollte man natürlich aufzeigen können, was wir uns darunter vorstellen, und wir sollten Ihnen auch das gute Beispiel geben, dass die Fusion nicht für die Interessen von Ostermundigen gemacht wird und nicht für Interessen Berns, sondern für einen neuen Spirit in der Hauptstadt der Schweiz. Wenn durch die Fusion wirklich Bern zur viertgrössten Stadt der Schweiz würde – sehr gut. Was wären die Vorstellungen des Gemeinderats dazu, wie man das zum Vorteil der ganzen Region nutzen würde, was für Ideen, was für Zielsetzungen bestehen. Man muss ja schon jetzt etwas im Kopf haben. Chancen können nur verwirklicht werden, wenn man bereit ist, diesen Chancen auch eine Chance zu geben und angesichts der hier herrschenden Verhältnisse und dem Gewicht, das wir in dem Parlament haben, muss ich natürlich sagen: Da stellen sich natürlich bei uns auch Sorgen ein, ob die Erneuerungen, ob die ganzen Potenziale nicht eher doch im Keim erstickt werden, als dass sie den Schub bekommen, den sie verdienen würden. Und Ostermundigen wird vielleicht auch feststellen müssen, dass es mit der Übernahme aller Regeln und Bestimmungen der Stadt Bern auch quasi in eine Art Zwangsjacke gesteckt wird oder ob die aufblühende Dynamik der letzten Jahre, die sie erlebt haben, ausgebremst wird. Zwar sind Projekte wie das ambitionierte Ortsplanungsprojekt O'mundo im Vertrag mit der Stadt Bern durchaus geregelt. Die Stadt Bern könnte sich das sicher auch zum Vorbild nehmen. Ob das langfristig so erhalten bleiben wird, darf ganz klar auch hinterfragt werden. Wisst Ihr, wie ein zukünftiger Stadtrat konstituiert sein wird und wie er darüber befinden wird bei den Kraftverhältnissen, die hier herrschen? Merkt euch: Nichts ist bei dieser Fusion in Stein gemeisselt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Fusion in der Hauptstadt setzt hohe Ziele, Ansprüche und Ambitionen voraus. Die müssten so erarbeitet werden, dass beide Seiten das gemeinsame grosse Ziel gemeinsam langfristig tragen wollen. Und sie müssen es jetzt in den Mittelpunkt stellen, nicht in fünf Jahren, in zehn Jahren. Das scheint uns sehr wichtig, Und bei diesen Verhandlungen, die jetzt geführt wurden – und das kritisieren wir von der Mitte relativ scharf –, sind vor allem einseitig polarisierte Interessen in den Mittelpunkt gesetzt und zum Teil sehr vehement vertreten worden. Und damit ist eigentlich das oberste Ziel dieser Fusion völlig ausgeblendet worden. Das ist unser Empfinden. Die Vermutung liegt demnach schon sehr nahe an der Gewissheit, dass daraus schwer ein neugeistiges Bern entstehen wird. Vielmehr werden festgelegte Strukturen noch weiter zementiert und noch weitverbreitet. Und das ist nicht das langfristige Ziel, das wir in unserer Politik für Bern, für die Hauptstadt der Schweiz, möchten und für das wir uns einsetzen. Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, einer Fusion gegenüber sind wir grundsätzlich positiv eingestellt, doch aufgrund dieser zahlreichen Diskrepanzen und dem wirklich schlecht verhandelten Vertrag, der unseren Werten und Vorstellungen nicht vollends entsprechen kann, haben wir uns entschieden, uns heute geschlossen der Stimme zu enthalten.

Florence Schmid (JF) für die Fraktion: Zusammenschluss oder zusammen Schluss? Zusammenschlüsse gibt es in ganz unterschiedlichen Arten. Ich denke an ein Paar, das heiratet. Ich denke an ein Team, das sich zum Arbeiten zusammenschliesst, an Tiere, die Rudel bilden, und ich denke sogar an die Symbiose von Pilzen und Bäumen. Alle Zusammenschlüsse haben aber ein gemeinsames Motiv: Zusammen ist man stärker. Das eine kann oder hat etwas, das das andere nicht kann oder hat, und umgekehrt. Vorliegend ist unser Bern die schönste Stadt der Welt. Wir haben ausgezeichnete Schulen,

eine gute und niederschwellige Kinderbetreuung. Wir haben eine fantastische Infrastruktur, wunderschöne und gepflegte Naherholungsgebiete und Unzähliges mehr, das zu unserer sehr hohen Lebensqualität beiträgt. Das alles ist möglich, weil Bern im innerkantonalen Vergleich sehr hohe Steuereinnahmen hat. In der Stadt Bern kommen allen der rund 144'000 Einwohner/innen rund 3 500 Franken Steuern zu. In Ostermundigen sind es nur 2 500 Franken Steuern pro Person. Mit anderen Worten hat Ostermundigen pro Einwohnerin 1 000 Franken weniger Steuern zur Verfügung als Bern; und das, obschon die Ostermundigerinnen und Ostermundiger wegen ihres im Vergleich zu Bern höheren Steuerfusses eine höhere Steuerbelastung haben als die Stadtbernerinnen und Stadtberner. Dass Ostermundigen im Vergleich zu Bern also viel weniger Mittel hat und sehr schlank ist, nutzt es aber als Vorteil. Entscheidungen werden schnell getroffen, und Mittel, die verfügbar sind, werden sorgfältig eingesetzt. Ein schönes Beispiel für schnelle und effiziente Entscheidungswege in Ostermundigen ist der Bäreto- wer. In der gleichen Zeit, als über das wunderschöne Hochhaus entschieden und dieses gebaut wurde, hat die Stadt Bern für die Schützenmatte gefühlte 100 Projektstudien gemacht. 100 Projekte ist etwas übertrieben. Aber es sind viele gewesen. Das Resultat ist: Wir pflanzen auf der Schützenmatte ein paar Bäume.

Ist euch eigentlich bewusst, dass die Gemeinde Ostermundigen 2021 nur 21 Millionen Franken an Personalaufwänden verbucht hat? Die Stadt Bern hat 311 Millionen, also rund 300 Millionen Franken mehr Personalaufwände gehabt. Entsprechend müssten im Fall einer Fusion auch nur 85 Gemeindeangestellte von Ostermundigen zur Stadt Bern wechseln. Die Stadt Bern hat jetzt rund 4 300 Angestellte. Die Fraktion FDP/JF wünscht sich eine derart schlanke Verwaltung wie jene in Ostermundigen. Es hat eine Verwaltung, die nicht massiv aufgeblasen ist mit X Fachstellen, die nicht mal Gemeindeaufgaben wahrnehmen. Mein Lieblingsunding in dieser Hinsicht ist bekanntlich die Fachstelle für eine nachhaltige Ernährung. Solch eine Fachstelle kann und würde Ostermundigen seinen Steuerzahlenden nie zumuten. Und die Fraktion FDP/JF wünscht sich eben eine so effiziente Verwaltung wie Ostermundigen. Es hat eine Verwaltung, die eben schnell und unkompliziert entscheidet und verhältnismässige Güterabwägungen macht. Hier spreche ich beispielsweise unsere Baubewilligungsverfahren an, die viel zu lange dauern, vielleicht auch wegen unserem überbordenden und viel zu mächtigen Denkmalschutz. Ein Teil der Fraktion FDP/JF hat entsprechen das Gefühl, dass die Stadt Bern dank den Ostermundigern wieder weniger schwerfällig würde, dass die Verwaltung dank Synergien zum Beispiel in Sachen Digitalisierung schlanker würde und sich wieder mehr auf ihre Kernaufgaben konzentrieren würde, und dass die Anliegen der Bernerinnen und Bernern schneller erledigt würden, so dass in Bern wieder mehr Platz für gute Ideen und Individualität entstünde, dass kleine Läden Platz haben und nicht nur riesige Migros und Coop, dass Bern ein toller Standort wird für Forschung und Entwicklung, für Events, für kreative Bauten und Infrastruktur, die modern und out of the box sind. Sobald die Stadt Bern weniger schwerfällig wäre, wäre das auch gut für den Kanton Bern. Wird die Stadt Bern für alle und nicht nur für wenige zum Leben, Arbeiten, ein eigenes Gewerbe haben, für Entwicklungen und das Ausprobieren von Sachen viel attraktiver, dann könnte sie ähnlich wie die Stadt Zürich dem ganzen Kanton Bern als Lokomotive Schub verleihen. Ein Teil der Fraktion FDP/JF stimmt darum der Fusion Ostermundigen-Bern zu und sagt Ja zum Zusammenschluss der beiden Gemeinden. Der zweite Teil der Fraktion FDP/JF der lehnt die Fusion Ostermundigen-Bern ab. Ich habe die Zahlen erwähnt. Bern ist im Vergleich zu Ostermundigen sehr schwerfällig und viel grösser. Es besteht darum die Sorge, dass Bern Ostermundigen einfach nur schluckt, um geografisch grösser zu werden, dass also die Stadt Bern nicht mehr Ostermundigen

wagen möchte, beziehungsweise von Ostermundigen lernen will. Damit hätte Bern aus der Fusion nur hohe Kosten und bis auf den Grössengewinn keine Vorteile.

Die Sorge dieser Hälfte der Fraktion kommt auch daher, dass Ostermundigen und Bern, das haben wir vorher ein paarmal gehört, nicht festgehalten haben, was sie sich von der Fusion versprechen beziehungsweise was die konkreten Visionen und Ideen eines Zusammenschlusses sind. Ein Teil der Fraktion FDP/JF sagt also: Schluss mit zusammen und Nein zur Fusion Bern-Ostermundigen, zumindest Schluss mit zusammen für die gegenwärtige Generation. Mit anderen politischen Mehrheiten hätten sie mehr Vertrauen in die Stadt Bern.

Auf jeden Fall lehnt die Fraktion FDP/JF die Anträge GB/JA! ab. Die Details der Zusammenarbeit beider Gemeinden sollen dann definiert werden, wenn alle, also auch die Ostermundigerinnen und Ostermundiger mitreden können. Schliesslich ist die überwiegende Mehrheit der Fraktion FDP/JF dafür, dass die Fusion dem Stadtberner Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt wird. Die Stadtbernerinnen und die Stadtberner sollen entscheiden, ob sie gerne mit Ostermundigen zusammenwachsen möchten oder ob das Projekt eine Generation zu früh ist.

Präsident: Wir sind fertig mit der Fraktionsvoten. Man darf sich jetzt anmelden für die Einzelvoten.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Bern vorwärtsdenken heisst, Ja sagen zur Fusion. Ich mache das Einzelvotum – und das möchte ich auch klar deklarieren – im Namen von «Bern neu gründen» und auch als Co-Präsidentin von «Bern neu gründen». Um es noch einmal zu sagen: Bern vorwärts zu denken, heisst eben Ja sagen zur Fusion. Vier Jahre Vorbereitung am Fusionsvertrag, am Fusionsreglement und an der Gemeindeordnung kommen mit der Abstimmung vom 22. Oktober 2023 über die Fusion zu einem Ende. «Bern neu gründen» hat sich und wird sich mit grosser Überzeugung für den Zusammenschluss einsetzen. Und ich möchte in dem Zusammenhang auch mit einem gewissen Herzblut und einer gewissen Überzeugung dafür einstehen. Denn was bringt die Fusion? Die bringt uns allen sehr viel, denn wir werden zu einer grösseren Stadt. Wir werden zur viertgrössten Stadt der Schweiz. Wir werden zu einem Lebensraum mit mehr Dienstleistungen der öffentlichen Hand. Wir werden damit auch einen Entwicklungsschub machen können und ich denke, davon zu reden, dass das ein Projekt ist, das vielleicht für die übernächste Generation ist, kann ich persönlich überhaupt nicht nachvollziehen. «Bern neu gründen» geht mittelfristig von dieser Vision aus, dass die politischen Grenzen, wie wir sie heute haben, wirklich den realen Verhältnissen angepasst werden müssen. Und ich denke, wenn wir zu dem Fusionsvertrag Ja sagen, stimmt das. Wir leben oder wir passen das rechtlich an, was wir heute überhaupt schon leben und in dem Sinn macht das wirklich auch einen Sinn. Und das vorliegende Fusionsprojekt bedeutet einen grossen Schritt in die richtige Richtung und auch in eine Zukunft, die wir unserer jüngeren Generationen wirklich schuldig sind.

Mit dieser viertgrössten Stadt verbinden sich professionellere Leistungen in den Bereichen der Digitalisierung, Vorteile auf dem Arbeitsmarkt, aber auch gut abgestimmte Gebiets- und Arealentwicklungen, ohne dass die Anzahl der aktiven Gremien verdoppelt bleibt und die Aktivitäten mehrheitlich weiterhin koordiniert werden müssen. Ich denke vor allem auch an jene Zone, die zwischen den Gemeinden oder der Gemeindegrenze sind. Die haben unglaublich viele Chancen. Und dort immer mit zwei Reglementen arbeiten zu müssen, ist einfach mühsam.

Ich finde auch, und das sage ich auch im Namen von «Bern neu gründen», dass das gewählte Vorgehen pragmatisch ist. Es ist ein wohlausgewogener und austarierter

Kompromiss. Ich kann nicht verstehen, dass man nach all den Verhandlungen, die geführt wurden, und nach all diesen Kompromissen, für die man wirklich die Sensibilitäten beider Gemeinden berücksichtigt hat, noch sagt, es sei eine Übernahme. Denn konkret aufgegleiste Planungen laufen weiter. Die Ortsrevision O'mundo kann weitergeführt werden. Die unterschiedlichen Praktiken inklusive Eintritte in die Bäder bleiben bestehen. Und wir haben mit der fusionsbeauftragten Person für Ostermundigen und für die Stadtteilkommission für beide Seiten eigentlich einen akzeptablen Kompromiss für die politische Partizipation gefunden. Ich denke, mit dieser Fusion, auch wenn sie irgendwie scheinbar nicht ans Herz geht – ich glaube das selber aber nicht, weil ich glaube, die Wirkungen werden durchaus ans Herz gehen –, wurde das denkbar Mögliche und Zukünftige gemacht. Was ich aber persönlich auch nicht verstehe, ist, dass der Gemeinderat von Ostermundigen nach vier Jahren Verhandlungen sich nicht positionieren kann. Und ich erlaube mir darum, das zu formulieren: Der Verdacht liegt nahe, dass halt in den politischen Überlegungen nicht unbedingt das Gemeinwohl im Vordergrund steht, sondern vielleicht manchmal auch noch ein bisschen das persönliche Amt. Das kann man diesen Leuten zwar nicht verdenken, aber ich bin der Meinung, mit Blick auf die Zukunft, auf die zukünftigen Generationen müssten wir wirklich einen Schritt vorwärts wagen. Gelingt der Zusammenschluss. Ab dem 1.1.2025 könnten dann alle Stimmberechtigten wirklich gemeinsam über die Geschicke der viertgrössten Stadt entscheiden. Das damit verbundene Entwicklungspotenzial ist gross und hilft auch die Stadt, die weiterzuentwickeln und vor allem auch die Herausforderungen wie Klimawandel, Raumplanung und Überalterung gemeinsam anzugehen. Wie das meine Voredner schon gesagt haben: Gemeinsam ist man einfach stärker. Ich glaube, das sollten wir wirklich nutzen. Und in dem Sinn möchten wir euch ans Herz legen, dem Jahrhundertprojekt zuzustimmen, denn Bern vorwärtsdenken, heisst Ja sagen zur Fusion.

Thomas Fuchs (SVP), Einzelvotum: Ich nehme das Ganze relativ locker. Als Präsident der SVP der Stadt Bern freuen wir uns natürlich, wenn viele Ostermundiger uns nachher beitreten, unsere Sektion grösser wird. Aber es geht natürlich um viel mehr. Und ich werde sehr oft gefragt oder wurde aufgrund meiner langen Tätigkeit von Leuten aus Frauenkappelen gefragt: Warum sollen wir zu Bern? Und natürlich sind es jetzt auch viele Ostermundiger. Und ich sage eigentlich immer allen das Gleiche. Sie sind herzlich willkommen. Ich denke, für die Stadt Bern ist das gut, wenn man sich ausdehnen kann; sei es eben nach Frauenkappelen, das natürlich nachher deutlich nein gesagt hat, oder jetzt halt auf die andere Seite Richtung Ostermundigen. Man muss sich aber bewusst sein, wo man da hinkommt: in ein linkes Biotop, in eine Stadt, in der Parlamentarier finden, Sprayereien seien nicht illegal, die das hoch loben und sagen, das sind halt Junge, die experimentieren, die sich ausleben wollen, in eine Stadt, die gegenüber Bürgerlichen wenig bis keinen Respekt hat.

Ich kann es von Bümpliz sagen. Der grösste Wahlkreis wird laufend überstimmt von den anderen Quartieren, weil man sagt, es interessiert uns nicht, was die in Bümpliz machen. Alles, was man an anderen Orten nicht will, schiebt man nach Bümpliz. Man macht eine Fussgängerzone neu, die eigentlich keinem gefällt, der die braucht. Man hat Fahrende nach Bümpliz gebracht, hat eine Zone für experimentelles Wohnen eingerichtet. Entsorgungshöfe befinden sich hier. Es wird einfach alles bestimmt und man sagt, das ist Bümpliz, das muss so sein. Man hat sogar versucht, unseren Friedhof zu schliessen. Und daher muss ich einfach sagen: Habt ihr in Ostermundigen am Schluss noch das Gefühl, ihr könntet nachher etwas ausrichten, wenn ihr ein spezielles Anliegen habt? Also, je linker ihr seid, je eher müsst ihr zur Stadt Bern. Das ist selbstverständlich so. Wenn ihr aber das Gefühl habt, die Parkplätze gingen dann weg ... und die ganzen

linken Ideen, die hier wirklich nicht nur grosszügig sind, sondern übermässig eigentlich für die ganze Schweiz – man kennt das sonst nirgends als hier in diesem Parlament, wo vor allem die Klimasekte relativ viel zu sagen hat –, die werden natürlich dann in Ostermundigen auch umgesetzt. Es ist dann nicht so, dass man sagen kann, man hätte das bis jetzt nicht gehabt, sondern das gilt dann eben für Sie alle. Also, Parkplätze weg, Schikanen und so weiter. Das muss man sich einfach bewusst sein, wenn man entscheiden muss, ob man zur Stadt Bern will. Es gibt nämlich nachher kein Zurück mehr. Und darum ist eigentlich für mich klar: Den Ostermundigern, die mich fragen, sage ich, wenn ich in Ostermundigen wohnen würde: Never. Nie. Vergesst es, haltet euch von dieser Stadt fern, haltet euch von diesen rot-grünen Ideologen fern, denn ihr könnt nachher nicht mehr raus. Denen, die links sind, sage ich: Macht es. Ihr könnt nichts verlieren. Die Preise der Liegenschaften gehen wahrscheinlich eher rauf. Der Leerwohnungsbestand wird sicher auch abnehmen, weil es ja dann eben nachher in der Stadt Bern ist, aber auch als Stadtberner werde ich Ja stimmen und sage: Ausdehnung ist für mich okay. Letztendlich muss es wirklich Ostermundigen entscheiden. Ich würde eigentlich hoffen, dass sie wie Frauenkappelen sagen: Vergesst es, wir kommen nicht zu euch.

Barbara Nyffeler (SP), Einzelvotum: Ich habe mich als Kommissionsmitglied wirklich sehr intensiv mit dem Geschäft befasst. Ich will Alex Feuz eine kurze Replik geben. Du kommst mit dem Friedhof Bümpliz. Ostermundigen hat schon vor Jahrzehnten auf seinen eigenen Friedhof verzichtet. Ostermundiger*innen und Berner*innen liegen seither gemeinsam auf dem Schosshalden-Friedhof, Grab an Grab, Urne an Urne. Es gibt keine Gräberfelder Ostermundigen und keine Gräberfelder Bern, sondern nur den Zeitablauf. Wer stirbt, wird einfach eingefädelt. Nur so viel zu dem. Und ich möchte auch noch Claudio Righetti eine kurze Replik geben. Wir haben in diesem Saal Verlobung gefeiert. Du hast gesagt, man habe keine richtige Verlobung gehabt. Ich habe das in meinem Kommissionsvotum gesagt. Wir haben im Stadtrat die Verlobungsbedingungen zur Kenntnis genommen im Januar 2022. Persönlich beelendet mich der Verlauf der Diskussion. Und ich denke manchmal: Was geben wir für ein Bild ab gegenüber den Ostermundiger*innen? Wenn ich die Diskussion von links bis rechts anschau, ist sie für mich von Kleinkrämertum, Kleinmut, Kurzfristigkeit geprägt: Es bringe keine ökonomischen Vorteile. Die Ostermundiger*innen zahlten nicht so viele Steuern. Ich denke immer: Welches Signal strahlen wir hier aus? Dann kritisiert man wieder den Gemeinderat, es sei keine Herzensangelegenheit. Ich bitte euch, doch auch ein bisschen den Blick zu weiten und sich vorzustellen, was es in 20, 30 Jahren bringt. Es muss zusammenwachsen. Was können wir auch respektvoll von den Ostermundigerinnen und Ostermundigern lernen? Was übernehmen sie von uns? Das alles im Wissen darum, das es ein Projekt ist, dessen Umsetzung 10, 20, 30 Jahre brauchen wird.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Ein klares Nein zur Fusion von Bern und Ostermundigen. Die Mitwirkung zu dieser Fusion hat denn auch gezeigt, dass das Projekt keine enthusiastische Unterstützung erfährt. Ursprünglich als Zusammenschluss von Bern mit den angrenzenden Gemeinden gedacht, ist es im Stil einer Restpostenverwertung auf eine Minifusion von Bern und Ostermundigen reduziert worden, weil alle anderen angefragten Gemeinden dankend abgelehnt haben. Tatsächlich ist nicht auszumachen, warum Bern überhaupt mit Ostermundigen fusionieren soll. Eine Vision, eben das Feu sacré, gibt es nicht für die zu schaffende grössere Gemeinde. Und ein konkreter Nutzer für die Bevölkerung von Bern und Ostermundigen ist nicht ersichtlich. Gründe, warum man auf eine Fusion verzichten sollte, gibt es dagegen sehr wohl. Zum

Beispiel die Gefahr, dass die Promotoren der Fusion vor allem die übertriebene Bautätigkeit auf Ostermundigen ausweiten wollen und damit unseren Lebensraum zubetonieren und die Verstädterung weiter vorantreiben. Den vom Stadtpräsidenten geäusserte Wunsch, Bern würde durch die Fusion zur viertgrössten Stadt der Schweiz werden, die Bernerinnen und Berner kaum als politisch relevant betrachten.

Je grösser eine Gemeinde, desto mehr Verwaltung ist nötig, denn was in einer kleinen Gemeinde mit einem Telefon erledigt werden kann, muss schon jetzt in Bern in einem zeitaufwändigen Instanzenzug durchlaufen werden. Wir wollen den Verwaltungsapparat nicht vergrössern. Ein grösserer Verwaltungsapparat ist auch teurer. Das Anliegen der Stärkung der Quartierkommissionen ist ebenfalls ein Kritikpunkt, nämlich dass Ostermundigen dort ein anderes Vorgehen hat, eine andere Kommission mit anderen Bedingungen und gleichzeitig unsere Stadtteilkommissionen nicht entsprechend gestärkt werden. Inzwischen ist das aufgenommen worden, aber wann das umgesetzt wird, ist heute unklar. GaP stimmt entschieden gegen die Fusion. Sie führt zu längeren Wegen für die Ostermundigerinnen und Ostermundiger zur Verwaltung und zur Verbauung der Landschaft in Ostermundigen.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Eigentlich wollte ich gar nichts sagen, aber als gebürtiger Bümplizer fühle ich mich genötigt, etwas zu sagen. Ich gebe zu, das Fusionspaket weckt bei mir gemischte Gefühle, denn es ist unter seinen Möglichkeiten geblieben. Es hätte mehr sein können. Es ist schon vieles erwähnt worden und ich unterstütze eigentlich das, was die Vertretenden der Freien Fraktion und der Jungen Alternative gesagt haben. Aber ungeachtet dessen sollte man die Chance packen und der Fusion zustimmen. Ich kann euch Ostermundiger*innen beruhigen: Das Ende der Gemeinde Bümpliz ist über 100 Jahre her. Und es ist komisch, denn vielen im Westen von Bern geht es gleich wie mir. Wir sind lange Zeit nach dieser Fusion geboren. Viele sind auch aus anderen Ländern migriert. Meine Eltern kommen aus der Türkei und ich sehe mich in erster Linie als Stadtberner und Bümplizer, nicht nur als Berner.

Der Stadtteil 6 Bümpliz/Oberbottigen mit Bethlehem und Stöckacker hat seine kulturelle und gesellschaftliche Identität bewahren können. Das werdet auch ihr tun. Denn das ist in Bümpliz geglückt, weil wir ein stark organisiertes Vereinsleben haben. Dazu müssen wir einfach Sorge tragen und es auch pflegen. Und was ich euch sagen kann, ich würde mich sehr freuen, wenn in der neuen Legislatur hier drin auch Ostermundiger wären. Denn auf uns Bümplizer sind sie manchmal eifersüchtig, auf das Vereinsleben und die Organisation, die wir haben. Es wäre schön, wenn wir das teilen könnten. Die Stadt Bern ist nicht so böse, wie hier dargestellt wurde. Es ist schon mehrmals der Friedhof erwähnt worden. Ich gebe zu, der Gemeinderat hat jetzt einen Vorschlag gemacht, den Friedhof umzuwandeln in einen Park. Man hätte ja darüber reden können, ob man nicht Hochhäuser bauen möchte, um die Wohnungsnot zu lindern. Aber er hat keine Denkverbote. Aber man kann auch mit dem Gemeinderat sprechen und er ist auch vernünftig und hat es auch zurückgezogen.

Es ist auch eine Fussgängerzone angesprochen worden, die nicht beliebt ist. Ich sehe das ein bisschen anders. Die Fussgängerzone ist jetzt entsiegelt worden, ist kein Klimahotspot mehr und lädt ein zum Verweilen. Dass man nicht mehr mit dem Auto dort durchfahren kann wie vor 20 Jahren, ist der Zeitgeist und auch richtig so. Die Bümplizer wollten dazumal das Tram im Westen nicht. Fragt die Bümplizer und Bethlehemmer jetzt, was sie von ihrem Tram halten? Fragt sie einmal, ob sie dafür wären, auf einen Bus umstellen. Ihr würdet gelyncht, wenn ihr den Vorschlag bringen würdet. Es stimmt, es gibt gewisse Sachen, an denen wir keine Freude haben, aber es gibt auch viele Sachen, an denen wir grosse Freude haben. Ohne die Stadt Bern hätten wir kein kulturelles

Zentrum wie im Bienzgut und noch etliche andere solche Sachen. Darum nehmt die Chance wahr, denn so schlimm ist es nicht. Das kann ich euch garantieren als Bümplizer.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Liebe Ostermundigerinnen und Ostermundiger, da mich die Argumente des Gemeinderats für die Fusion nicht überzeugen, habe ich halt noch geschaut, warum nicht, und was bei anderen Fusionen passiert ist. Gesamtschweizerische Untersuchungen zu Fusionen haben evidenzbasiert aufgezeigt, dass Gemeindefusionen zu Demokratieverlusten führen und dazu zählt beispielsweise eine abnehmende demokratische Kontrolle durch den Verlust von Bürgernähe. Diese Untersuchungen haben ergeben, dass das politische Engagement und die Bürgernähe in der Mehrheit der fusionierten Gemeinden abgenommen hat. Die Menschen interessieren sich also weniger für die Politik und klinken sich aus den milizbasierten gesellschaftlichen Strukturen aus. Wollen wir das wirklich? Je kleiner eine Gemeinde ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Ich zeige zwei Beispiele auf: Berken, die zweitkleinste Gemeinde, 40 Stimmberechtigte, hat bei der Abstimmung über die Massentierhaltungsinitiative auf eidgenössischer Ebene 73 Prozent Stimmbeteiligung gehabt, Bern 57. Berken hatte bei der Änderung der Kantonsverfassung, also einer kantonalen Abstimmung, 59 Prozent Stimmbeteiligung, die Stadt Bern 36. Das sind extreme Unterschiede und können mit Bürgernähe oder eben fehlender Bürgernähe erklärt werden. Auswertungen aus Gemeindefusionen haben ergeben, dass die Stimmbeteiligung bei allen lokalen und kommunalen Abstimmungen signifikant abgenommen hat. So hat zum Beispiel die Stimmbeteiligung im Kanton Glarus nach der Gemeindefusion um vier Prozent abgenommen, während sie in dieser Zeit im Schweizer Durchschnitt um 1,9 Prozent zugenommen haben, also ein Minus von fast sechs Prozent. Die Glarner würden heute gemäss einer Umfrage nach zehn Jahren der Fusion nicht mehr zustimmen. Darum bin ich persönlich auch dagegen, trotz meiner liberalen Haltung, dass das Volk nicht über die Gemeindefusion abstimmen sollte, denn man sie nicht mehr rückgängig machen, und ich möchte, die Erfahrungen, die die Glarnerinnen und Glarner gemacht haben, den Ostermundigern und Bernern, aber vor allem den Ostermundigern, ersparen.

Noch etwas zum Generationenprojekt. Man sagt ja, das sei für die nächste Generation. Mein Vater und sogar meine Grossmutter haben mir immer gesagt, was ich machen muss, dann hat man mir gesagt, was ich lernen und wo ich dann arbeiten soll, und sogar, welche Frau noch interessant wäre für mich. Ich habe das gehasst. Ich habe das nicht gerne gehabt. Ich will selber gestalten und die nächste Generation soll auch ihre Gemeinde selber gestalten und finde ich das nicht gut, dass wir jetzt hier etwas für andere Generationen machen wollen. Grösser ist nicht immer besser.

Meine linken Kolleginnen und Kollegen haben Microsoft auch nicht gerne, das einfach auch immer grösser und grösser wurde und plötzlich alles bestimmt. Und das ist das Gleiche und wir wollen einfach grösser werden und mehr Macht.

Ist das wirklich das, was wir wollen? Wir wollen nicht grösser werden, wir wollen mehr Qualität. Somit sind die Gemeindefusionen nicht der Königsweg respektive Königinnenweg, um die Herausforderung der Zukunft zu meistern. Im Gegenteil, es gilt das Milizsystem und die Gemeindeautonomie zu stärken, damit die Qualität der Demokratie nicht noch mehr leidet und die Menschen sich aus dem öffentlichen am Gemeinwohl orientierten Leben verabschieden. Darum, und weil mir Bürger*innen viel näher sind als die Verwaltung, bin ich gegen die Fusion.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Nur ganz kurz: Ich möchte nicht verlängern, aber etwas kann ich nicht im Raum stehen lassen, und das ist die Restpostenverwertung. Also ich finde, das geht ein bisschen zu weit. Ich möchte mein Votum auch den Kollegen und Kolleginnen auf der Tribüne widmen. Ich möchte einfach klar zum Ausdruck bringen, dass ein Grossteil, und vor allem auch ich, und meine Kollegen und Kolleginnen in Bern die Zukunft von Bern gerne mit euch gestalten möchten.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich habe vorhin den Vorwurf bekommen, ich hätte mich an die Tribüne gewendet, und habe gerade festgestellt, dass Frau Kissling-Näf das auch gemacht hat. Mir geht es darum, euch zu helfen, wenn ihr eben selbstständig bleiben wollt und euch nicht unter das rot-grüne Joch oder die Zwangsjacke, wie es der Claudio Righetti von der Mitte gesagt hat, wenn ihr euch dort nicht darunter begeben wollt. Da geht es mir darum, noch ein paar Punkte einzusetzen. Mir ist vorhin vorgeworfen worden: Friedhof. Ich bin selber Referent gewesen für den Friedhof. Mir ist es darum gegangen, ein Beispiel aufzuzeigen, wie die Stadt mit Bümpliz umgegangen ist nach der Eingemeindung. Ihr habt ja auch eine Eingemeindung. Ich kann euch jetzt gewisse Beispiele zeigen, was in Bümpliz ist. Wohin hat man die Zone für alternative Nutzungen getan? Die hat man nach Bümpliz getan. Wohin hat man die Recyclinganlage getan? Die hat man dort hingetan. Die Fahrenden? Die hat man dort hingetan. Sie sehen, was einem nicht passt, kommt dann dorthin, wo es weit weg ist. Ihr habt ja auch ein Areal dort beim Milchgässlein. Ich befürchte, dann kommt dann die Sache dorthin, die die Berner vielleicht nicht wollen. Passt einfach auf. Ich habe zu Beginn meines Referats vom rot-grünen Joch geredet. Ich habe jetzt aufmerksam zugehört und komme jetzt als einer der letzten nochmal als Einzelsprecher. Sie haben gehört, was man machen soll bei der Bauordnung, im Klimaschutz. Man hat ja jetzt einen Fusionsvertrag. Aber man will eben dann weitergehen als, was man euch im Fusionsvertrag gesagt hat. Man hat auch gesagt, Ausländer gehörten auch in die Kommissionen hinein, die ihr habt und eben nicht nur ein Vertreter. Ihr seht, wie das läuft. Ihr seht, ihr seid nachher unter dem rot-grünen Joch, in der Zwangsjacke. Und darum sage ich als Berner: Sagt ihr Nein. Und die Leute, die meinen, es gäbe dann grosse wirtschaftliche Vorteile sollen beim Rausgehen – ich kann es euch sonst noch geben, – die Agglomerationspolitik, den Bericht des Gemeinderats. Ich sage seit vier oder fünf Jahren, sie sollten etwas von der Wirtschaftspolitik sagen. Sie finden hier gar nichts. Das fängt dann irgendwie an «Projekte von grosser Tragweite». Da ist richtigerweise die Kooperation mit Ostermundigen drin. Sie haben die Alterspolitik, dann kommt das Asyl- und Flüchtlingspolitik, auch die Plätze für Jenische, Sinti und Roma, Tram, Velohaupttrouten. Von Wirtschaft ist da gar nichts drin. Also wenn ihr glaubt, wenn ihr dann bei Bern eingemeindet seid und nichts mehr zu sagen habt, dann breche der grosse Manna aus, dann habe ich daran meine Zweifel. Ich habe das Gefühl, ihr seid auf dem richtigen Weg mit euren Projekten, die ihr habt. Ihr habt auch Baulandreserven, habt gute Projekte, bleibt selbstständig, geht nicht unters rote Joch von Bern. Feuz hat euch gewarnt. Ich helfe euch. Darum stimme ich heute Abend auch Nein. Und sagt den Leuten in Ostermundigen, was in Bern passiert.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Als Vertreter des rot-grünen Jochs würde ich euch gerne dazu einladen, gut zu bedenken, was die Vor- und was die Nachteile einer Fusion sind. Was jetzt auf dem Tisch liegt, ist ein Kompromiss, der nicht alle glücklich macht, nicht bei euch und nicht bei uns. Aber es ist eine Ausgangslage, um weiter zu gehen und in den nächsten 10 bis 20 bis 30 Jahren aus der Stadt Bern und der Gemeinde Ostermundigen ein neues Gemeindewesen zu bilden, das mehr ist als

nur Bern und Ostermundigen. Ich glaube, das ist eine Chance. Wir stellen heute die Weichen für morgen und wir würden, wenn wir sie in 30 Jahren stellen würden, wieder die gleiche Diskussion führen. Irgendwann muss man einfach anfangen zu entscheiden. Ich möchte euch daran erinnern, dass die Wirtschaftsregion Bern die drittgrösste, die drittstärkste Wirtschaftsregion der Schweiz ist. Man kann nicht davon reden, dass ihr euch hier in einer Situation befindet, wo es schwierig sein könnte. Und der Friedhof von Bümpliz – Mann, was ist das für eine Geschichte. Uns wollten sie auch das Lorrainebad nehmen. Das hat doch nichts mit Bümpliz zu tun. Es hat einfach verschiedene Projekte gegeben, bei denen der Gemeinderat die Idee hatte, man könnte sie streichen. Dann wehrt man sich und nachher ist es wieder gut. Das ist nichts, das einfach Bümpliz spezifisch ist. Und schliesslich noch an meinen Kollegen Hofstetter: Die Stimmbeteiligung, die du geschildert hast von grossen und kleinen Gemeinden, finde ich relativ fragwürdig. Im Gryphenhübeli ist die Stimmbeteiligung bei 70 Prozent und in Bethlehem 30 Prozent. Stimmbeteiligung hat sehr oft auch etwas damit zu tun, was die Leute haben und nicht damit, wo sie wohnen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten und übergebe das Wort dem Stadtpräsidenten Alec von Graffenried. Er teilt sich das Votum mit Michael Aebersold, Direktor FPI.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Die Verbindungen Ostermundigen-Bern sind extrem alt. Ostermundigen und Bern grenzen seit Millionen und Milliarden Jahren aneinander. Und wir sind ja hier im Rathaus. 1405 war in Bern der grosse Stadtbrand und die erste Konsequenz aus dem Stadtbrand war, dass man gesagt hat: Von jetzt an muss man alle Häuser aus Stein bauen und Stein hat es in der Stadt Bern nicht gegeben. Der Stein hier im Rathaus, das über sechshundertjährig ist, ist Ostermundiger Sandstein. Die ganze Altstadt ist aus Ostermundiger Sandstein gebaut. Also: Wir leben schon in Ostermundigen und wir sind extrem verbunden. Ich trage Ostermundigen seit langer Zeit im Herzen. Heute trage ich es auch auf dem Herzen und ich habe Ostermundigen nicht nur im Herzen, sondern ich habe es an den «Scheichen». Ich habe heute Schuhe von Friedrich Sport an und in denen laufe ich butterweich und ganz federleicht. Sie haben gesagt, es gebe kein Feu sacré. Ich stehe hin. Ich bin das Feu sacré. Ich übernehme das Feu sacré für Sie. Aber ich bin das nicht alleine, sondern wir haben das mit Ostermundigen zusammen gemacht und wenn es kein Feu sacré gibt, dann weil es vielleicht ein bisschen im Schweiss erstickt ist, dieses Feu sacré. Wir haben «gebügelt» wie die Gepickten. Wir haben extrem viel gemacht für die Fusion und die Fusion ist gut so wie sie Ihnen jetzt hier präsentiert wird. Gott sei Dank sind wir nicht alleine. Wir sind gut begleitet worden von der Agglomerationskommission, jetzt eine Spezialkommission. Wir hatten ein Verhandlungsmandat. Sagen Sie nicht, wir hätten das im Elfenbeinturm gemacht. Wir haben das mit Ihnen zusammen gemacht. Die Agglomerationskommission, jetzt die Spezialkommission, hat das Projekt extrem eng begleitet. Sie haben partizipieren können, wie Sie wollten, und wenn halt die Begeisterung am Partizipieren ein bisschen geringer war, dann hängt das daran, dass Sie halt nicht gekommen sind. Es gibt keine Pflicht zur Partizipation, sondern das ist ein Recht, das Sie haben. Ich danke darum der AKO vor allem, der Spezialkommission, ich danke den Referentinnen heute, die alles gesagt haben und ich danke auch meinem Kollegen Michael Aebersold, der mich in dem Projekt begleitet hat. Wir haben das alles zusammen gemacht und eben auch zusammen mit Ostermundigen. Es ist ein intensiver Prozess gewesen. Wir hatten auch eine Projektleitung, die heute teilweise da ist, die uns extrem

gut unterstützt hat. Wir haben haarklein wirklich jedes Detail geregelt. Ich werde dann die Details anschliessend noch in einem Einzelvotum ausführen.

Ostermundigen hat gerade am Anfang einfach seine wichtigsten Punkte definiert. Das sind nicht rote Linien gewesen, sondern sie haben einfach gesagt, was ihnen besonders wichtig ist. Das ist auch gut gewesen. Wir hatten unser Verhandlungsmandat, sie hatten ihre wichtigsten Punkte. Das ist die Ortsplanung, der Besitzstand für das Personal – zu Personal und Finanzen redet anschliessend noch der Finanzdirektor – und später ist dann die Stadtteilkommission dazugekommen, die sie selbst entwickelt haben. Also, mehr Partizipation ist nicht möglich. Die Stadtteilkommission ist wirklich aus Ostermundigen heraus, aus dem GGR zusammen mit der Begleitgruppe und dem Gemeinderat entwickelt worden. Und dann haben sie gesagt: Das ist das, was wir wollen. Also das ist wirklich sehr von unten herauf gewachsen. Die Ansprüche haben wir respektiert. Das ist so, wenn man auf Augenhöhe miteinander verhandelt. Und ich glaube, es ist auch gerechtfertigt, dass es so herausgekommen ist. Jetzt einfach noch zu den Fragen, die hier vor allem kritisiert wurden: Das Klimareglement – einfach damit das klar ist – gilt auch in Ostermundigen, aber wir haben in Bern den Absenkpfad. Den haben sie natürlich nicht, weil sie für einen Absenkpfad logischerweise eine Ausgangslage haben müssen. Das kannst du nicht einfach aus dem Hut zaubern, sondern die Ausgangslage muss man erarbeiten. Das wird nachher gemacht. Und nachher kommt dann auch der Absenkpfad für Ostermundigen. Und ihr müsst in Ostermundigen keine Angst vor dem rot-grünen Joch und vor dem Absenkpfad haben, denn das sind vor allem Investitionen, die für den Energieumbau nach Ostermundigen fliessen, damit man eben den Energiepark erneuerbar umbauen kann. Das sind vor allem Investitionen, die kommen. Also, das ist nicht etwas, das einem Angst machen muss, der Klimawandel respektive die Umsetzung unseres Klimareglements. Und dann zu O'mundo. Es gibt keine Differenz zu O'mundo. Wir haben keine Differenz. Wir haben das miteinander abgemacht und das ist richtig. Ich habe in meinem Leben etwa 50 Ortsplanungsrevisionen gemacht. Es kann jeder vortreten, der mehr gemacht hat, und das mit mir diskutieren. Das können Sie auch nicht aus dem Hut zaubern. Wir können wohl kaum die Bauordnung der Stadt Bern auf Ostermundigen anwenden. Wir haben eine Bauordnung mit Bauklassenplan und Nutzungszonenplan in Ostermundigen. Die Bauordnung ist komplett anders aufgesetzt in Ostermundigen. Die muss man von Grund auf umbauen, wenn man die mit der Stadtberner Bauordnung in Übereinstimmung bringen will. Hingegen ist O'mundo ein Superprojekt. Das haben sie in Ostermundigen gesagt, sehr zu Recht, denn das ist auch ein Projekt, das partizipativ erarbeitet wird und es entspricht zu 100 Prozent den Zielen, die wir unserem Stadtentwicklungskonzept und unseren weiteren Konzepten, die wir auch haben zugrunde gelegt haben. O'mundo wird auch vom Stadtplanungsamt begleitet. Bei jeder Sitzung kommen sie zurück und sagen: Es läuft super. Es ist genau das, was wir in Bern auch würden umsetzen wollen und es ist gut, dass Ostermundigen das umsetzt, denn die Ortsplanung von Ostermundigen hat eine Revision nötig und das machen sie. Bei O'mundo gibt es keine Differenz zwischen dem Gemeinderat von Ostermundigen und dem Gemeinderat von Bern. Wir wollen O'mundo, wir finden das gut und das gibt eine Supersache. Schauen Sie es sich einfach mal genau an, bevor Sie sagen: Uuh, die haben noch nicht einmal unsere Bauordnung. Und schauen Sie auch einmal unsere Bauordnung genau an. Da gibt es dann auch das eine oder andere, die eine oder andere Idee, die ich dazu hätte. Gut. Teilweise heisst es, wir hätten Ostermundigen den Teppich ausgerollt. Selbstverständlich! Gehen Sie doch einmal fragen, wer mit dieser Stadt fusionieren will – die SVP sicher nicht, das haben sie hier gesagt. Aber es gibt schon solche, die wollen. Aber man muss eben auch die Türe aufmachen. Man muss auch das Herz aufmachen und das haben wir

selbstverständlich gemacht und wir haben ihnen auch den Teppich ausgerollt. Ich glaube, für Ostermundigen gibt es viel bessere Perspektiven. Ostermundigen ist in einem guten guten «Move» drin im Moment Also, in Ostermundigen läuft es im Moment gut, aber wenn sie alles realisieren wollen, das sie sich vorgenommen haben, dann können sie das viel besser mit der Fusion mit der Stadt Bern. Also für die Umsetzung dieser Ziele, die Ostermundigen hat, wird ihnen die Fusion sehr viel helfen und das ist glaube ich insgesamt auch positiv. Ostermundigen und Bern haben grosse Herausforderungen in der Digitalisierung, im Fachkräftemangel. Ich kann Ihnen sagen, dass es an der Personalfront, immer schwieriger ist. Es wird in Ostermundigen immer schwieriger, in Bern immer schwieriger. Es ist klar, dass wir das gemeinsam viel besser bewältigen können, als wenn wir das separat machen würden. Wir haben auch nachgebessert nach der Vernehmlassung. Das habe ich in der Kommission ausführlich ausgeführt. Das wird im zweiten Einzelvotum nachher auch noch nachgetragen. Wir haben eine Effizienzvorlage in Aussicht gestellt. Wir haben zu zeigen, wie wir strategisch weitergehen, weil wir vor allem dazu Kritik bekommen haben und die Antworten, die wir auf die Kritik gegeben haben gegeben, ist auch angekommen und vor allem aus Wirtschaftskreisen hat man gesagt: Doch wir haben gesehen, sie haben die Message verstanden. Einfach folgendes: Wenn Sie gegen Bürokratie sind – die grösste Bürokratiemaschine im Kanton Bern sind die Gemeindegrenzen. Wenn Sie etwas gegen Bürokratie machen wollen, dann schaffen Sie die Gemeindegrenzen ab und das ist genau das. Zur Fusion von Berken irgendwie mit Nebdran – also, nur weil du dort eine Kiesgrube hast, musst du nicht irgendwie von Berken erzählen. Also das hat einfach überhaupt nichts zu tun mit dem Projekt, das wir hier haben. Wir hier reden wir über die Fusion innerhalb einer bereits sehr homogenen Stadtregion und das macht extrem viel Sinn. Das sieht auch der Kanton so, das könnt ihr auch in der Vorlage von Regierungsrätin Evi Allemann nachlesen. Die Fusion ist ein Jahrhundertprojekt. Vor 100 Jahren hat man es verpasst. Leider habe ich keine 100 Jahre Redezeit mehr. Vor 100 Jahren hat man es verpasst. Einen Fehler kann man einmal machen, wenn man einen Fehler ein zweites Mal macht – das sollte man nicht. Wir wollen uns doch nicht in 100 Jahren vorwerfen lassen: Potz Millionen, sie hätten zwar alles gewusst, der Stadtpräsident hat ihnen alles gesagt, aber nachher haben sie trotzdem Nein gestimmt. Das wäre, glaube ich, ein grober Fehler.

Ich komme zum Schluss: Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dieser Fusion zuzustimmen, der Stimmbevölkerung die Zustimmung zu empfehlen und dann am Schluss an der Urne auch Ja zu sagen für eine bessere Perspektive für Ostermundigen und Bern und jetzt gebe ich Ihnen noch das Zuckerchen am Schluss, weswegen auch Righetti zustimmen muss. Es ist nämlich so: Vor 10 Tagen hat die Gedenkfeier für den letzten Ehrenbürger in der Stadt Bern stattgefunden. Der letzte Ehrenbürger in der Stadt Bern ist ein Ostermundiger, das war Ebi Kornfeld. Ebi Kornfeld ist fast hundertjährig gestorben. Er war in Ostermundigen und in Bern eine hoch geachtete Persönlichkeit. Jetzt hat die Stadt Bern keinen Ehrenbürger mehr. Wenn wir fusionieren, dann haben wir wieder eine Ehrenbürgerin, und ich würde mich sehr freuen darauf, dass wir wieder eine Ehrenbürgerin in der Stadt Bern hätten, denn die Ursula Andress würde nachher Ehrenbürgerin der fusionierten Gemeinde, also der Stadt Bern.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Wir bekommen eine leichte Overtime. Es ist ja ein wichtiges Geschäft, und ihr wisst, dass ich kein Lang- und Vielredner bin. Ich wollte auch über eine Hochzeit sprechen. Das hat mir der Stadtpräsident verboten. Darum merci vielmals, Florence, dass du das gemacht hast. Und Barbara hat auch noch die Verlobung ins Spiel gebracht. Ich würde aber gerne bei Claudio Righetti ansetzen. Du

hast von Chancen geredet, die man hat oder, dass man die Chance nachher packen sollte. Ich sage immer den Lernenden, wenn sie in der Stadt Bern anfangen: Wenn ihr die Chance bekommt, nehmt sie. Jetzt haben wir die Chance, im Oktober die Fusion anzunehmen. Und wenn wir sie nicht nehmen, ist es vorbei, ist es für lange vorbei und welche Chancen nachher kommen, das sehen wir dann. Also packen wir die Chance. Ganz cool fand ich natürlich die Ausführungen von Timur zur Identität von Bümpliz. Ich glaube, ich bin einer der wenigen, die nicht nur im Wahljahr an die Bümplizer Chilbi gehen. Ich schlage vor, Sorge doch dafür, dass der Gemeinderat von Ostermundigen dieses Jahr eingeladen wird. Das ist einer der coolen Events. Und Thomas sorgt ja dann vielleicht dafür, dass wir wieder einmal auf den Fussballplatz zu einem Hamburger eingeladen werden. Es sind die besten, die es gibt in der Stadt und Agglomeration Bern. Und privat haben wir übrigens die Fusion schon lange voll gezogen. Das habe ich dem Stadtpräsidenten auch nicht gesagt. Meine Eltern sind im Altersheim in Ostermundigen, das weiss er, aber er weiss nicht, dass der Gemeindepräsident von Ostermundigen meinem Vater an seinem 90. gratuliert hat. Ich hätte das somit auch noch gesagt. Bei den Finanzen gehe ich nicht ins Detail, denn das ist wirklich ein bisschen Rappenspalterei. Bei einem Haushalt von 1,4 Milliarden Franken zu fragen, ob man sich die 3 Millionen Franken jährlich leisten kann oder nicht ... Und dann bin ich überzeugt, dass es Synergien gibt, die einfach nicht gerechnet wurden. Das hat man an vielen Orten gemacht. Wir sind ehrlich und sagen, es gibt null Synergien. Aber ich glaube daran, dass es Synergien gibt. Die Herausforderungen sind riesig – das ist etwas, das ich immer wieder betone – für Bern, für Ostermundigen, alleine oder zusammen. Wir haben ein Wachstum, das gibt mehr Steuereinnahmen. Wir haben aber auch mehr Schüler*innen, wir brauchen neue Infrastruktur. Wir haben Klimamassnahmen. Das wurde schon gesagt. Dort müssen wir investieren. Und ich bin wirklich überzeugt, dass die Fusion-Schub gibt, dass das eine Chance ist, weil man einfach gemeinsam grösser, schlauer, stärker ist, und dass die Fusion etwas bringt. Noch zum Personal, ganz am Schluss, weil das auch extrem wichtig ist. Das spielt eine zentrale Rolle in dieser Fusion. Ich muss sagen, dass wir sehr intensiv Gespräche geführt haben. Wir haben bereits die rund 70 Personen, die dann einmal in Bern arbeiten, wenn die Fusion zustande kommt, eingeladen nach Bern. Es gab supergute Rückmeldungen. Wir gehen jetzt dann auch mit unseren Abteilungsleitenden nach Ostermundigen, denn der grosse Teil bleibt dort, der Arbeitsplatz ändert nicht. So kann man sich ein bisschen kennen lernen. Büroische können wir noch gerade nicht zuteilen. Dazu sollte man schon noch auf das Ja warten. Klar ist auch, dass die Anstellungsbedingungen für das Personal von Ostermundigen einfach besser werden. Es ist gesagt worden: Sie haben eine Anstellungsgarantie. Wir zahlen ab 50 die Renteneinbussen, wenn sie mit 63 gehen. Das sind rund 7,6 Millionen Franken. Ich bin überzeugt, das ist richtig. Den jüngeren wollen wir es nicht zahlen, die werden wahrscheinlich nicht bei der Stadt bleiben. Deshalb wäre das Geld ein bisschen verbrannt. Das ist aus unserer Sicht sehr fair. Die über 60-Jährigen können, wenn sie wollen, länger arbeiten, bis 65. Das ist ebenfalls zugesichert, und sie haben auch die Vierzigstundenwoche. Sie haben unsere Beiträge in die Pensionskasse, den Mutterschafts-/Vaterschaftsurlaub. Die Ferienbedingungen sind in der Stadt besser als in Ostermundigen. Also es gibt auch aus dieser Sicht null Gründe gegen die Fusion zu sein. Mich würde es extrem freuen, wenn es heute ein sehr ein deutliches Resultat gäbe, und dass es euch, liebe Ostermundigerinnen, Ostermundiger motiviert, bei eurer Debatte und Abstimmung, ein ähnliches Verhältnis zu erzielen.

Präsident: Die Debatte ist durch. Wir schreiten zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Antrag des Gemeinderates ab, nein, Entschuldigung, zuerst über die Anträge GB/JA!. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 1 GB/JA!.

Anträge

1.	GB/JA	Um die Verwaltung von Ostermundigen in die Verwaltung der Stadt Bern zu integrieren, wird ein grosser Umbauprozess nötig sein. Er bedingt unter anderem Strukturüberprüfung der einzelnen Verwaltungseinheiten (z.B. Teamgrössen). Dieser Prozess soll sofort nach dem Fusionsentscheid mit allen beteiligten aufgegleist und falls nötig auch extern begleitet werden.
2.	GB/JA	Es sei ab Fusionsbeschluss in allen Verwaltungseinheiten der Stadt Bern zu prüfen, zu welchen Veränderungen es kommen wird (Zuständigkeit, Personal, Finanzen, etc.) und was diese für Auswirkungen haben. Insbesondere sollen die personellen und finanziellen Auswirkungen eruiert und Massnahmen zu deren Abfederung getroffen werden.
3.	GB/JA	Es seien die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, dass die Klimaziele der Stadt Bern (insbesondere auch in zeitlicher Hinsicht) auch nach der Fusion erreicht werden.

Abstimmung

2018.PRD.000041: Antrag 1 GB/JA!

Ablehnung

Ja 21
Nein 40
Enthalten 0

[Namensliste](#) 005

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 2 GB/JA!.

Abstimmung

2018.PRD.000041: Antrag 2 GB/JA!

Ablehnung

Ja 17
Nein 44
Enthalten 0

[Namensliste](#) 006

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 3 GB/JA!.

Abstimmung

2018.PRD.000041: Antrag 3 GB/JA!

Ablehnung

Ja 17
Nein 42
Enthalten 2

[Namensliste](#) 007

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen in dem Fall ab über den originalen Antrag des Gemeinderats zur Fusion mit Ostermundigen.

Abstimmung

2018.PRD.000041: Antrag des Gemeinderats unverändert	
Annahme	
Ja	45
Nein	7
Enthalten	9
Namensliste 008	

Präsident: Der Antrag ist angenommen worden. Wir stimmen noch gerade ab über die entsprechende Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung

2018.PRD.000041: Abstimmungsbotschaft	
Annahme	
Ja	57
Nein	2
Enthalten	2
Namensliste 009	

Präsident: Auch die ist angenommen worden. Ich danke vielmals für die angeregte Diskussion und selbstverständlich auch unseren Ehrengästen aus Ostermundigen. Ich masse mir an, dass wir die letzten 10 Minuten noch nutzen für das nächste Traktandum. Dann können wir nämlich noch das Kommissionsvotum reinpacken.

2021.PRD.000059

3 Agglomerationspolitik; Berichterstattung des Gemeinderats an den Stadtrat für das Jahr 2022

Präsident: Es geht um Traktandum 3 Agglomerationspolitik. Ich übergebe das Wort der Sprecherin der SPEZKO.KOBE, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die SPEZKO.KOBE: Kommissionssprecherin noch der AKO, nicht der KOBE. Mindestens zweimal jährlich hat der Gemeinderat die Agglomerationskommission über den aktuellen Stand der Agglomerationspolitik informiert. Das ist also in erster Linie als Projekt-Reporting und nicht als Strategiebericht zu verstehen. Die Agglomerationspolitik im Jahr 2022 war einerseits natürlich stark von KOBE geprägt. Da wir vorher aber ausführlich über KOBE diskutiert haben, gehe ich hier nicht weiter darauf ein. Andererseits war schon der Krieg in der Ukraine prägend oder ist es immer noch. Im Rahmen der Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern, kurz NA-BE, nimmt die Stadt Bern 2020 als regionale Partnerin verschiedenste Aufgaben für sich und 6 weitere Gemeinden wahr. Der Asylsozialdienst ist vor grosse Herausforderungen gestellt, die ohne die Neuerungen durch NA-BE noch grösser gewesen wären.

Präsident: Bitte ein bisschen mehr Ruhe. Ich verstehe Mirjam ja nicht mehr. Merci.

Mirjam Roder (GFL) führt ihr Votum fort: Auch die Energiekrise verdeutlicht die Bedeutung von regionalen Massnahmen. Die Initiative Dekarbonisierung der Region Bern strebt den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energiequellen an, womit gleichzeitig die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten reduziert werden soll. Die genannten Beispiele verdeutlichen, wie wichtig eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit ist, und auch, dass die Agglomerationspolitik in der Stadt Bern einen hohen Stellenwert hat. Der Gemeinderat stellt in dem Bericht 13 Projekte grosser Tragweite vor. Ich werde nicht im Detail darauf eingehen und nur das erzählen, was in diesem Jahr neu war. KOBE wird als erstes aufgeführt. Aber wie schon gesagt, gehe ich nicht noch weiter darauf ein. Als nächstes wird das Projekt für Regionale Altersplanung und Fokus Alterspolitik vorgestellt. Es wurde nach Wegen gesucht, wie der Kanton eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Gemeinden oder Regionalkonferenzen schaffen kann. Wegen der Reorganisation der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) hat aber bis jetzt noch kein Treffen stattfinden können und die weiteren Schritte sind noch nicht bekannt. Die GSI hat aber in Aussicht gestellt, dem Thema Alter wieder ein Gewicht zu geben. Nochmals zu NA-BE: NA-BE ist vor 2 Jahren gestartet, und mittlerweile sind die Prozesse des Tagesgeschäfts geklärt und eingeführt worden. Die Ausgangslage hat sich aber im Februar 2022 grundsätzlich geändert. Zwischen Mitte März und Ende Mai haben die Asyl-Sozialdienste rund 900 Unterstützungsdossiers eröffnet, was sie personell und organisatorisch stark gefordert hat. Das Ziel wird sein, die Asyl-Sozialdienste personell und strukturell auf die aktuellen Herausforderungen auszurichten. Ein weiterer Meilenstein war die Einführung der neuen kantonalen Fallführungssoftware für den Asyl- und Flüchtlingsbereich NFAM im Herbst 2022. Zu den Halteplätzen für Sinti, Jenische und Roma: Seit Jahren ist es ein Problem, dass es zu wenig Platz für Fahrende im Kanton Bern gibt. Deswegen braucht es Massnahmen auf kantonaler oder allenfalls auf Bundesebene. Per 1. Juni 2022 ist die neue Koordinationsstelle auf kantonaler Ebene geschaffen worden. Es sind weitere kantonale Stand- und Durchgangsplätze geplant. Beim Platz Muri ist aufgrund von Einsprachen aber mit einer mehrjährigen Verzögerung zu rechnen, was indirekt auch Folgen für die Stadt Bern hat, weil der Platz in Muri den provisorischen Durchgangsplatz an der Wölflistrasse hätte ersetzen sollen. Zum Tram Bern-Ostermundigen: Aus der öffentlichen Auflage vom Frühling 2021 hat es diverse Einsprachen gegeben und es sind daraufhin Anpassungen gemacht worden. Im November ist dann die öffentliche Auflage mit den noch fehlenden 200 Metern beim Bahnhof Ostermundigen gestartet worden. Mit dem Bauentscheid des Bundesamts für Verkehr (BAV) ist 2023 zu rechnen, und wenn er nicht angefochten wird, können die Bauarbeiten 2024 starten. Zu den Velohaupttrouten und der Veloparkierung: Die Planungen der Velohaupttrouten Bern-Bethlehem-Brünnen haben weiter vorangetrieben werden können. Zusätzlich sind auf anderen Velohaupttrouten Neumarkierungen sowie die Verbreiterung der Velostreifen umgesetzt worden. Und nach dem Ja bei der Volksabstimmung wird voraussichtlich 2023 die Velostation Welle 7 in Betrieb genommen werden.

Zukunft Bahnhof Bern ist ein weiteres grosses Projekt. Mit dem Vorprüfungsbericht vom Februar 2022 sind weitere Gutachten zum Hirschengraben verlangt worden, die jetzt vorliegen. Laut Medienmitteilung hat der Gemeinderat daraufhin eine Überarbeitung der städtischen Massnahmen am Hirschengraben beschlossen. Die Baumreihen sollen möglichst erhalten bleiben, weil der Aufgang der neuen Personenpassage verschmälert und zentriert werden soll. Mit der Anpassung wird dem neuen Gutachten bestmöglich Rechnung getragen.

Zum Anschluss Wankdorf: Im Rahmen der öffentlichen Auflage Anfang 2022 hat die Stadt Bern beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zwecks Sicherung ihrer Interessen vorsorglich eine Einsprache eingereicht. Darin wurde unter anderem deponiert, dass auf die Fällung der Baumreihe bei der Bolligenstrasse Süd verzichtet werden soll und die Verbreiterung der Fuss- und Velo-Brücke zumindest noch einmal geprüft und so weit wie möglich umgesetzt werden soll. Darauf haben mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) Lösungsansätze gefunden werden können. Eng verbunden mit dem Anschluss Wankdorf ist auch der Bypass Bern-Ost. Mit dem Projekt wird der Autobahnverkehr zwischen Bern-Schosshalde und dem Autobahnanschluss Muri in einen Umfahrungstunnel verlegt. 3 Planerteams haben 2021 gesamtheitliche Visionen für den Siedlungsverkehr und Freiraum entwickelt, und die Ergebnisse sind im März 2022 präsentiert worden. Die Hauptkenntnisse werden in einem Leitbild Fokus Raum Bern-Ost festhalten, wo verbindliche Grundsätze für die weiteren Planungsschritte definiert werden. Zur neuen BLS-Werkstätte: Aufgrund der Risiken bei juristischen Verfahren und jahrelangen Verzögerungen hat die BLS Anfang 2022 beschlossen, das Projekt Chlyforst Nord zu stoppen. Sie überprüft im Moment die Umsetzbarkeit am Standort Burgdorf/Oberburg, die bis Ende 2023 ausgearbeitet sein soll.

Noch zur Fachhochschule: Das Ziel der Stadt Bern ist es, dass die Standortkonzentration der BFH im Raum Weyermannshaus-Ost umgesetzt wird. Anfang 2022 hat die Stadt das Planungsdossier aufgrund einer ersten Vorprüfung bereinigt und im Juni für eine zweite Vorprüfung beim Kanton eingereicht. Der Baukredit ist im Grossen Rat im September einstimmig beschlossen worden. Der Start des Ausbildungsbetriebs auf dem neuen Campus wird frühestens 2028 möglich sein.

Wie schon angetönt, ist die Initiative Dekarbonisierung Region Bern initiiert worden. Das maximale Ziel ist die gemeinsame Strategie im Bereich Dekarbonisierung/CO₂ - Absenkpfad. Die Stadt Bern sieht grosses Potenzial in der Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, vor allem im Bereich Fernwärmeausbau, Gebäudesanierungen und bei Fragen zur nachhaltigen Mobilität. 2022 haben mehrere Erfahrungsaustausche zwischen Politik und Verwaltung stattgefunden. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) überlegt im Moment, wie weit sie sich dem Thema Dekarbonisierung annehmen wird, und je nachdem verändert sich dann die Initiative in der Region Bern. Und noch als letztes zur Feuerwehr: Alle Milizfeuerwehren haben mehr Probleme, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Das Ziel der Stadt ist es, frühzeitig erste Ideen und Modelle zu entwickeln, die den Einsatz der Feuerwehr im Grossraum Bern effizienter gestalten. Es hat bereits eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen verschiedener Feuerwehren gebildet werden können. Der Auftrag dieser Gruppe besteht darin, eine feuerwehübergreifende Einsatzplanung zu erstellen und mögliche Investitionen zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Ostermundigen soll in den nächsten Jahren ausgebaut werden, bis hin zu einer Fusion, die analog zum Modell zwischen der Feuerwehr Bolligen mit der Feuerwehr Bern umgesetzt wird.

Präsident: Bevor wir in die Pause gehen, frage ich darum noch: Ist das Geschäft bestritten? Besteht Diskussionsbedarf?

Zwischenbemerkung von Alexander Feuz.

Präsident: Dann machen wir es nach der Pause. Gut, wenn du anfängst. Dann fangen wir jetzt gar nicht an.

Zwischenbemerkung von Alexander Feuz.

Präsident: Eine Minute? Ja, eine Minute ist sowieso kein Problem.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe schon mehrmals zum Bericht über die Agglomerationspolitik gesprochen. Sie haben nie etwas daraus gelernt. Ich habe immer gesagt, man sollte auch die Wirtschaft drin haben. Sie haben kein Wort zur Wirtschaft drin, mit konstanter Boshaftigkeit. Man kann mal einen Fehler machen, man kann es mal vergessen, aber hier geht es eben darum, worum es in der Stadt geht. Die Wirtschaft hat keinen Stellenwert. Es geht um alles andere. Und bei BLS und Riedbach muss ich auch sagen, hätten wir damals mit den Anwohnern nicht geredet, insbesondere die SVP, aber auch die Grünen und die SP, dann wäre die BLS nach Riedbach gekommen. Der Gemeinderat hat das nämlich zuerst begrüsst und unterstützt. Darum wie gesagt, wir lehnen den Agglomerationsbericht ganz grossmehrheitlich ab. Wenn man nicht lernen will, dann muss man auch Konsequenz tragen. Es ist schade für das Papier.

Präsident: Zack, schnell, pünktlich fertig geworden. Wir unterbrechen hier, treffen uns pünktlich wieder zurück für die zweite Sitzung. Ich wünsche allen einen Guten und nochmals merci für die erste Sitzung und die angeregte Diskussion.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.12.2023

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

24.11.2023

X 

Signiert von: Anita Flessenkämper (Qualified Signature)

Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Präsident Michael Hoekstra

Valentina Achermann	Thomas Glauser	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Claude Grosjean	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Mirjam Roder
Tom Berger	Erich Hess	Sarah Rubin
Diego Bigger	Thomas Hofstetter	Michael Ruefer
Lea Bill	Matthias Humbel	Kurt Rügsegger
Gabriela Blatter	Seraphine Iseli	Vanessa Salamanca
David Böhner	Ueli Jaisli	Mahir Sancar
Michael Burkard	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Eva Chen	Anna Jegher	Florence Schmid
Francesca Chukwunyere	Nora Joos	Nicole Silvestri
Dolores Dana	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Fuat Köçer	Irina Straubhaar
Vivianne Esseiva	Nora Krummen	Therese Streit-Ramseier
Alexander Feuz	Anna Leissing	Bettina Stüssi
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Sofia Fisch	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Dominic Nellen	Paula Zysset
Franziska Geiser		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Laura Binz	Matteo Micieli
Janina Aeberhard	Raffael Joggi	Simone Richner
Ruth Altmann	Corina Liebi	Sara Schmid
Mirjam Arn	Salome Mathys	Lukas Wegmüller

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
Reto Nause SUE		

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibelin	Cornelia Stücker, Sekretariat
--------------------------------	--------------------------	-------------------------------

2021.PRD.000059

3 Fortsetzung: Agglomerationspolitik; Berichterstattung des Gemeinderats an den Stadtrat für das Jahr 2022

Präsident: Ich begrüsse Sie zur zweiten Sitzung. Vor der Pause sind wir bei Traktandum 3 stehengeblieben. Geredet hat bereits Mirjam Roder für die Spezialkommission Kobe und es gab ein kurzes Votum der Fraktion SVP. Weitere Fraktionsvoten können Sie jetzt anmelden.

Mahir Sancar (JA!), für die Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für den Bericht. Ich äussere mich nur zum Anschluss Wankdorf: Wir finden es stossend, wie unkritisch der Gemeinderat die Haltung des Bundesamts für Strassen (ASTRA) inklusive Framing und Wording übernimmt, und die kritische Haltung des Stadtrats gegenüber dem Projekt ignoriert. Der Ausbau des Anschlusses entspricht sehr wohl einer Kapazitätserweiterung nach allgemeinem Verständnis, insbesondere durch mehrere Spuren, auch wenn das durch das ASTRA mit einer fragwürdigen Definition des Begriffes negiert wird. Klar ist auch, dass das Projekt mit dem Design-Brückchen keine echte Verbesserung für den alltäglichen Veloverkehr darstellt. Spätestens seit Bekanntwerden der ASTRA-eigenen Kostennutzenanalyse ist zudem glasklar, dass der Neuanschluss zu deutlich mehr Verkehr auf dem städtischen Netz führen wird, was im Bericht nicht erwähnt wird. Auch steht in der Kostennutzenanalyse schwarz auf weiss, dass der Neuanschluss nicht zu mehr Verkehrssicherheit führt, wie das im Bericht zumindest impliziert wird. Unter dem Strich wird es demnach durch den induzierten Mehrverkehr sogar noch zu mehr Unfällen führen. Bezüglich der erwähnten Dosierungsmassnahmen gilt es, festzuhalten, dass die explizit nicht dazu gedacht sind, Mehrverkehr zu verhindern, sondern lediglich den Verkehr geordnet auf das städtische Netz abfliessen zu lassen. Die Vorstellung, dass dadurch das städtische Netz entlastet und die Quartiere vom generierten Mehrverkehr geschützt werden können, ist komplett blauäugig. Vier von fünf Fahrzeugen auf dem Abschnitt Wankdorf haben den Start- oder Zielort in der Stadt oder in der unmittelbaren Region Bern. Ein Ausbau der Kapazitäten des Anschlusses wird somit unweigerlich zu einer Mehrbelastung des städtischen Strassennetzes führen, während die vorgeschobene Reduktion des Ausweichverkehrs kaum ins Gewicht fallen wird. Die grosse Allmend wäre von Anfang an massiv betroffen, weil der Allmendwald als natürliche Schutzbarriere zu grossen Teilen der neuen Event-Strasse weichen müsste. Schlussbemerkung zum Einbezug der Interessen des Quartiers: Betroffen ist schliesslich die Wohnbevölkerung, die vom ASTRA über das Projekt und seine Folgen weitestgehend im Dunkeln gelassen wird. Die letzte Informationsveranstaltung dazu war 2017. Vom Einbezug in die Projektgestaltung kann keine Rede sein und eine solche ist auch nicht absehbar. Die GB-JA!-Fraktion fordert den Gemeinderat erneut auf, den kompletten Widerspruch des Projektes zur städtischen Klima- und Verkehrsstrategie endlich zu anerkennen und sich entsprechend zum Projekt zu positionieren. Insgesamt hinterlässt der Agglomerationsbericht 2022 ein Gefühl, dass alles rund läuft, und dass es eigentlich keine Probleme gibt, die man nicht irgendwie lösen würde, und ganz grundsätzlich habe man alles gutgemacht. Wenn das so wäre, dann würde ich jetzt nicht hier vorne stehen und das Votum zu dem Bericht halten. Unsere Fraktion fände schön, wenn im nächsten Bericht auch ein bisschen Eigenkritik geübt und nicht alles schöngeschrieben würde. Aufgrund von diesen Punkten und besonders wegen den eklatanten Fehlstellungen zum Sachverhalt beim Anschluss Wankdorf weist die GB-JA!-Fraktion den Bericht des Gemeinderats ab.

Diego Bigger (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion hat den Bericht des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik 2022 positiv zur Kenntnis genommen.

Die Kommissionssprecherin ist schon auf vieles eingegangen, was im Bericht steht. Ich möchte eigentlich nur noch ganz kurz auf ein paar Punkte eingehen. Klar ist, dass die Agglomerationspolitik im Jahr 2022 durch das Fusionsprojekt geprägt war. Aber es gab weitere wichtige Themen und Projekte und daraus wird ersichtlich, wie wichtig die regionale und überregionale Zusammenarbeit für die Stadt und für die Region Bern ist, so beispielsweise im Asylbereich, wo 2022 aufgrund des Ukraine-Kriegs eine besondere Herausforderung entstand, auch für die Stadt Bern. Darum begrüßen wir es, dass mit NA-BE die Stadt Bern als regionale Partnerin zusätzliche Aufgaben im Asylbereich übernommen hat und so den Bereich auch massgeblich mitgestalten kann; in ihrem Kompetenzbereich und auch in weiteren überregional wichtigen Projekten im Raum Bern. An diesen sieht man, wie wichtig die Agglomerationspolitik der Stadt ist. Grundsätzlich sind wir mit der Arbeit des Gemeinderats einverstanden.

So beispielsweise beim Projekt Tram Bern-Ostermundigen, wo es jetzt endlich vorwärtsgeht, bei dem die meisten Einsprachen bereinigt werden konnten. Es wurden ein paar Kompromisse eingegangen bei den Velo-Haupttrouten, bei denen die Stadt immer noch gut vorwärts macht, was auch wichtig ist, für die ganzen Pendlerströme und in Bezug auf den Anschluss Wankdorf und den Bypass Ost. Dort haben wir noch ein bisschen eine kritischere Haltung als mein Vorredner, aber dazu möchte Michael Sutter noch ein paar Ausführungen machen. Insgesamt würdigen wir den Bericht aber positiv.

Präsident: Es folgen keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten?

Michael Sutter (SP), Einzelvotum: Wie jedes Jahr behandelt der Bericht zur Agglomerationspolitik des Gemeinderats den grossflächigen Autobahnausbau, der in der Region Bern geplant ist. Und wie jedes Jahr fehlt dabei jeglicher Hinweis auf die klare und sehr deutliche Meinungsäusserung des Stadtrats gegen den massiven Ausbau der Autobahn im Wankdorf. «Zurück an den Absender», so lautet das unmissverständliche Verdikt des Stadtrats. Das wird geflissentlich ignoriert. Stattdessen soll noch ein bisschen am Projekt herumgebastelt und herumgeschrieben werden. Hier noch ein paar Bäume, da ein Gefälle, als schmales und steiles «Brüggli» über drei Autobahnebenen hinweg, so dass man dann behaupten kann, es sei ja gar nicht so ein grosser Eingriff und es profitiere schliesslich auch der Fuss- und Veloverkehr ein bisschen. Dabei ist das Ziel des ASTRA mit dem Projekt, massiv mehr Autos über den Anschluss und damit auch in die Stadt zu schleusen. Es brauche leistungsfähige Einfallsachsen in die Städte hinein, hat der Direktor des Autobahn-Bundesamts wörtlich gesagt, und damit hat er unter anderem auch den in Wankdorf gemeint. Spätestens die Kostennutzanalyse lässt da keinen Zweifel mehr offen. 4'000 Autos mehr pro Tag, welche die Ausfahrt nutzen. Viel zusätzlicher Verkehr und auch mehr Unfälle. Sogar mit einem Umstieg vom ÖV auf den MIV aufgrund des Projekts wird gerechnet. Das alles widerspricht der verkehrs- und klimapolitischen Zielsetzung der Stadt Bern und des Gemeinderats fundamental.

Das Projekt ist einfach völlig aus der Zeit gefallen und auch wider jegliche Vernunft. Die Allmend von Parkplätzen zu befreien ist richtig, aber gleichzeitig einen Grossteil des Walds zu opfern und die Allmend grossflächig mit neuen Strassen zuzupflastern, das ist einfach nur absurd. Wer B sagt, muss vorher auch A sagen. Konkret: Wer glaubwürdig Nein zum Ausbau der Grauholz-Autobahn zu einer durchgehend mindestens sechsspurigen A1 sagen will, der muss auch zum Ausbau des Anschlusses Wankdorf

Nein sagen, weil dieser nämlich die Voraussetzung für die erste durchgehend achtspurige Autobahn ist, die im Grauholz geplant wird. Es ist noch nicht zu spät, um endlich die Notbremse zu ziehen, aber langsam eilt es sich.

Präsident: Merci vielmals, das Wort hat der Gemeinderat.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Dass wir die Debatte über den Anschluss Wankdorf bei dieser Berichterstattung führen, ist ein bisschen unglücklich. Es ist ja nichts Neues, wovon Sie hier lesen. Es ist alles das, was wir immer schon offengelegt haben. Es ist ein bisschen schade, dass wir diese Diskussion führen, wenn die Verkehrsdirektorin nicht da ist, und ohne, dass wir das vorher in der Verkehrskommission besprechen konnten.

Was wir im Bericht wiedergegeben, kennen Sie bestens. Das ist die Argumentation des Gemeinderats. Ich habe ein bisschen Hemmungen, ohne Gemeinderätin Marieke Kruit dazu Auskunft zu geben. Ich kann aus meiner Sicht einfach sagen, dass der Anschluss Wankdorf ein Kind der Sechzigerjahre ist. Heute werden Verkehrsinfrastrukturen anders gebaut, nämlich so, dass auch der Langsam- und Veloverkehr seinen Platz hat. Ich habe es auch schon erwähnt: An ihrem alten Arbeitsort musste meine Frau 20 Jahre lang mit dem Velo über die Bolligenstrasse nach Zollikofen fahren. Das ist eine «Sau-Strasse» für mit dem Velo. Über den Schermenweg fahre nicht einmal ich mit dem Velo. Ich würde nie im Leben über den Schermenweg fahren mit dem Velo. Das ist «Sau-Strasse». Das ist einfach gefährlich «wie ne Moore». Diese Strecken müssen saniert werden. Und sie werden saniert mit dem Anschluss Wankdorf: Mit dem neuen Anschluss werden die Staustrecken auf die Autobahn verlagert, anstatt dass wir sie auf dem städtischen Netz haben. Darum befürworten wir den Ausbau. Mit dem Anschluss Wankdorf wird der ganze Verkehr von der Papiermühlestrasse verlagert in Richtung Bolligenstrasse. Er wird dadurch vom Quartier weggenommen. Dass der Verkehr ins Quartier ins Breitenrainquartier diffundiert, kann dadurch wirksam unterbunden werden. Darum hat der Gemeinderat zwar Einsprache gemacht zum Anschluss Wankdorf, hält aber an der Sanierung dieser untragbaren Zustände fest. Andernfalls haben wir nichts davon, sondern wir haben weiterhin eine mörderische Bolligenstrasse und einen mörderischen Schermenweg, und das wollen wir nicht. Das ist meine Antwort, aber bitte reichen Sie doch entsprechende Vorstösse ein und sorgen Sie dafür, dass sie auch irgendwann im Stadtrat diskutiert werden. Dann können Sie mit den zuständigen Leuten die Diskussion führen.

Zu der Bemerkung, die Wirtschaft sei im Bericht nicht enthalten. Offenbar herrscht bei Herrn Feuz ein sowjetisches Wirtschaftsverständnis. Er möchte wohl gerne, dass wir die Wirtschaft steuern und Pläne machen für die Wirtschaft. Im Bericht ist zu lesen, dass wir die Verkehrsinfrastrukturen regeln. Wir regeln die Autobahninfrastrukturen, die Veloinfrastrukturen und die Traminfrastrukturen, mit dem Projekt Tram Bern-Ostermündigen, das glücklicherweise einen Sprung in die Zukunft macht. Wir fassen die Bildungsinfrastrukturen zusammen an einem Fachhochschulstandort. Es ist auch extrem wichtig für die Wirtschaft, dass es mit dieser Fachhochschule vorwärtsgeht. Das ist die Wirtschaftspolitik, die wir machen. Wir unterstützen die Wirtschaft, indem wir gute Rahmenbedingungen schaffen; durch gute Verkehrsinfrastrukturen, durch gute Bildungsinfrastrukturen und durch eine Alterspolitik, die dem Namen gerecht wird, sowie durch alle anderen Politiken, die selbstverständlich immer auch einen guten Rahmen setzen für die Wirtschaft. Das ist die Wirtschaftspolitik, die wir vertreten, gegenüber jener sowjetischen Wirtschaftspolitik, wie sie offenbar Herrn Feuz im Kopf herumschwirrt. Dagegen

grenzen wir uns ab. Das wollen wir nicht. Merci für die zustimmende Kenntnisnahme des Berichts.

Präsident: Wie zu erwarten war, wünscht Alexander Feuz das Wort. Er wurde angesprochen.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Also sowjetische Wirtschaftspolitik kann ich mir nicht vorwerfen lassen, das will ich klar festhalten. Man könnte einen Absatz machen. – Ich verlange kein Geld für die Belehrung und Rechtsberatung, die ich mache. – Darin könnte man im nächsten Jahr beispielsweise sagen, die Stadt Bern sei an einer prosperierenden Wirtschaft interessiert und setze sich dafür ein, mit der Region und mit anderen erfolgreich zusammenzuarbeiten. Auch schaffe sie eine gute Wirtschaftsinfrastruktur, beispielsweise durch gute Verkehrswege. – Dass man auf der Monbijou-Brücke Fahrspuren aufheben wird, muss man nicht unbedingt hineinschreiben. – Man könnte zumindest sagen, man sei interessiert. Aber nicht einmal ein solches Lippenbekenntnis macht man. Ich habe immer gesagt: Es geht darum, im Sinne des Ökoimperialismus von RGM, die nötigen Sachen aufzuzeigen. Das ist das Gegenteil des sowjetischen Systems. Ich biete der Stadt gratis und franko meine Hilfe an. Vielleicht können wir eine Flasche Wein dazu trinken, dann mache ich Ihnen einen Vorschlag, wie man ein Absätzchen für die Wirtschaft schreiben könnte.

Präsident: Gut, wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

2021.PRD.000059: Kenntnisnahme

Annahme

Ja	33
Nein	17
Enthalten	6

[Namensliste](#) 010

Präsident: Der Bericht ist zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir kommen zu Traktandum 4, dem Tätigkeitsbericht der Agglomerationskommission AKO. Ich übergebe Janosch Weyermann das Wort.

2007.SR.000020

4 Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht für das Jahr 2022

Janosch Weyermann (SVP) für die AKO: Ich stelle kurz und knapp den Tätigkeitsbericht der AKO vor, die es ja mittlerweile nicht mehr gibt. Ich weiss nicht, vielleicht kommt das schon fast einer Störung der Totenruhe gleich, aber wir machen das jetzt trotzdem schnell. Ich führe aus, was wir im letzten Jahr gemacht haben: 2022 trafen wir uns zu sieben ordentlichen Kommissionssitzungen. Dazu kamen zwei Treffen mit der Begleitgruppe Ostermundigen. Der jährliche Vernetzungsanlass mit den umliegenden Gemeinden fand im Progr statt. Die jährliche Tagung zur Agglomerationspolitik fand letztes Jahr im Businesspark in der Ey in Ittingen statt. Der Stadtpräsident und Regula Buchmüller, Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik, nahmen regelmässig

an den Sitzungen der AKO teil und informierten über die Aktivitäten des Gemeinderats und die Traktanden der Regionalversammlung. Ein Schwergewicht legten wir 2022, wie schon in den letzten zwei Jahren, auf die Begleitung des Projekts Kobe (Kooperation Ostermundigen-Bern), das Ihr bestens kennt. Es wurde in jeder Sitzung als stehendes Traktandum behandelt.

Zur regionalen Vernetzung der AKO: Es war immer ein Schwergewicht der AKO, dass man sich vernetzt, dass man Kontakte mit umliegenden Gemeinden pflegt. Das war immer unser thematischer Schwerpunkt. Die Beziehungspflege und der Informationsaustausch sollen das gegenseitige Verständnis in der Region fördern und zur Vertrauensbildung beitragen. Darum führten wir jedes Jahr einen Vernetzungsanlass durch, letztmals am 21. September 2022 mit rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den angrenzenden Gemeinden und den Parlamentsgemeinden im Perimeter der Regionalkonferenz Bern Mittelland. Das Thema hiess «Fokus Ukraine, Chancen und Herausforderungen für die Gemeinden». Alexander Roth, Co-Leiter des Polizeiinspektorats und Leiter der städtischen Taskforce, sowie Claudia Hänzi, Leiterin des Sozialamts der Stadt Bern, berichteten von ihren Erfahrungen und informierten über die aktuelle Situation. Die Jahrestagung in Ittigen stand unter dem Titel «Klima und Energiepolitik: Was läuft in der Stadt und in der Region?». Es nahmen rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil. Es war ein super Anlass und wir hoffen natürlich, dass solche Anlässe auch in Zukunft noch möglich sind, obwohl es die AKO nicht mehr gibt.

Ich komme zum Fazit: Die AKO kann auf ein abwechslungsreiches und aufgrund des Projekts Kobe sehr aktives Jahr zurückblicken. Mit ihren Aktivitäten setzte sich die AKO noch ein letztes Mal für den Austausch und die Zusammenarbeit unter den Agglomerationsgemeinden ein. Zukünftig werden andere Gremien wie zum Beispiel die Regionalkonferenz Bern Mittelland diese Aufgabe übernehmen. Die Kommission hat den regelmässigen Austausch mit dem Gemeinderat geschätzt und dankt dem Stadtpräsidenten und der Abteilung unter der Leitung von Regula Buchmüller für die Zusammenarbeit. Die zuständige Kommission empfiehlt einstimmig, den Bericht positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Anscheinend besteht kein Diskussionsbedarf. Wir nehmen den Bericht ohne Abstimmung zur Kenntnis. Ich danke der AKO für ihre Arbeit.

Stillschweigende Kenntnisnahme.

2022.PRD.000067

5 Optimierungsmassnahmen für die Quartierorganisationen

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die RWSU: Ich stelle das Geschäft Optimierungsmassnahmen für die Quartierorganisationen vor. Meine Äusserungen zu diesem Geschäft sind nicht übermässig lange, einerseits weil das Geschäft nicht sehr umstritten gewesen ist in der Kommission und andererseits, weil das Dossier nicht sehr ausführlich ist und nicht sehr viel hergibt.

Beim vorliegenden Geschäft geht es hauptsächlich um zwei Verbesserungen für die Quartierorganisationen: Einerseits um die Aufstockung der Subventionen um 70'000 Franken, andererseits um die Aufhebung der Vermögenslimite. Ein weiterer Punkt ist die neue Strukturregelung für die Treffen mit den Quartierkommissionen, das heisst, es gibt ein jährliches Treffen als jährlichen Austausch zwischen dem Gemeinderat und den Quartierkommissionen. Wir als Stadtrat entscheiden heute Abend aber nur über die

Aufstockung der 70'000 Franken auf insgesamt 400'000 Franken ab dem Finanzplan 2024. Das bedeutet, dass der Grundbetrag für jede einzelne Quartierkommission verdoppelt wird von 14'000 auf 28'000 Franken. Für alles andere in dem Geschäft ist eigentlich der Gemeinderat direkt zuständig. Das liegt in seiner Kompetenz und er kann das unabhängig vom Stadtrat beschliessen. Das betrifft auch die Aufhebung der sogenannten Vermögenslimite. Das ist anscheinend ein sehr ein grosses Anliegen der Quartierkommissionen. Es war in unserer Kommission unbestritten, dass den Quartierorganisationen erlaubt sein soll, ein Vermögen aufzubauen, so dass sie Vermögen zur Verfügung haben, um ein grösseres Vorhaben finanzieren zu können, was heute nicht möglich ist.

Ein bisschen kritischer ist die Aufstockung des Grundbetrags diskutiert worden. Die Frage wurde gestellt, ob die Aufstockung wirklich noch vor der Abstimmung zur Fusion mit Ostermundigen erfolgen müsse, die im Oktober 2023 vors Volk kommt, und wieso man die Aufstockung nicht ins Gesamtreformpaket der Quartierorganisationen packe. Man sieht ja in der Fusionsvorlage, dass eine Reform der Quartierkommissionen ansteht, dass man dort sicher auch noch mal über die Finanzen reden muss. Darum: Wieso jetzt so eilig mit den 70'000 Franken? Es ist ein grosses Anliegen der Quartierorganisationen mehr Geld zu bekommen, das ist klar. Es gibt eine immer grösser werdende Geschäftslast, unter anderem weil die Mitwirkung oder der Mitwirkungsbedarf in der Bevölkerung immer grösser werden, darum haben sie Freude an ein bisschen mehr Geld. Es ist ja nicht übermässig viel. Insgesamt liegt das Kostendach bei 400'000 Franken. Wenn man sie auf die Fusion mit Ostermundigen vertröstet, weil man dann natürlich mit Ostermundigen an einen Tisch sitzen und mit ihnen das Reformpaket diskutieren muss, müssten die Quartierorganisationen weitere drei Jahre auf das zusätzliche Geld warten. Das will man verhindern. Kurzum, die Kommission hat das Geschäft mit 8 Ja- und 2 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen angenommen. Wir empfehlen die Annahme der Aufstockung der Subventionen.

Präsident: Das Geschäft ist bestritten. Dann wäre es jetzt Zeit für die Fraktionsvoten.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die Quartierkommissionen haben die Aufgabe, die politische Mitwirkung auf der Stadtteilebene sicherzustellen und den Zusammenhalt in den Quartieren zu fördern. Sie informieren über Prozesse und Projekte der Stadt, die das Quartier besonders betreffen. Sie erarbeiten Stellungnahmen und nehmen an Mitwirkungen teil. Sie unterstützen konkrete Projekte, Initiativen und Dienstleistungen im Quartier, in Kooperation mit verschiedenen Akteuren*innen wie zum Beispiel Quartierzentren oder Vereinen. Für lebendige, vielfältige und inklusive Quartiere und damit die Stimmen der Quartierbevölkerung gehört werden, ist diese Arbeit von zentraler Bedeutung. Sie braucht darum geeignete Rahmenbedingungenstrukturen und Ressourcen wie auch politische Anerkennung und Einbindung in die Entscheidungsprozesse. All das wird im Reglement und in der Verordnung über die politischen Rechte geregelt. Aber die Quartierkommissionen stehen vor Herausforderungen, welche genau mit diesen Rahmenbedingungen und Ressourcenstrukturen zu tun haben. Wie der Gemeinderat im Vortrag schreibt, ist die Geschäftslast stark angestiegen. Der Aufwand für Stellungnahmen ist gewachsen, der Bedarf an Koordination hat zugenommen. Die Ansprüche an die Kommunikation sind gestiegen und es ist aufwändiger geworden, Mitglieder zu finden. Das betrifft vor allem auch die Geschäftsstellen der Quartierorganisationen, die mit den aktuellen Mitteln einfach zu wenig Kapazitäten haben, um ihren zahlreichen Aufgaben nachzukommen. Dafür braucht es Lösungen. Dafür braucht es eine Reform der Stadtteilpartizipation.

Weil die Reform aber durch das Fusionsprojekt hintan geschoben worden ist, und weil Quartierorganisationen aus den obigen Gründen jetzt schon stark am Limit sind, macht es aus Sicht der GB/JA!-Fraktion Sinn, pragmatisch und einfach umsetzbare Massnahmen vorzuziehen, die im Rahmen des bestehenden Reglements möglich sind. Dazu gehört eben die Aufstockung des Gesamtbeitrags auf 400'000 Franken pro Jahr und damit eine Verdoppelung des Grundbeitrags pro Quartierorganisation, was vor allem auch den kleinen Quartieren mit weniger Wohnbevölkerung zugutekommt. Dazu gehört auch die Aufhebung der Vermögenslimite, was die nötigen Mittel und die längerfristige Planung dieser Mittel im Hinblick auf grössere Projekte ermöglicht. Und dazu gehört auch die Neugestaltung des Austauschs mit der Stadt Bern, namentlich der jährliche Austausch zwischen Quartierorganisationen und Gemeinderat.

In diesem Sinn stimmt die GB/JA!-Fraktion dem vorliegenden Geschäft zu. Es ist uns wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, dass der Reformbedarf mit diesen minimalen Verbesserungen noch lange nicht abgedeckt ist. Wie der Gemeinderat im Vortrag schreibt, sind mehrere Vorstösse hängig, die eine Reform der Stadtteilpartizipation verlangen, und es ist geplant, dieses Projekt nach einer allfälligen Fusion anzugehen. Dabei ist es aus Sicht der GB/JA!-Fraktion wichtig, dass Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche die Teilhabe in den Quartieren stärker fördern und ermöglichen, die Quartierorganisationen zugänglicher und inklusiver machen und vor allem auch erlauben, den Berner*innen ohne Schweizerpass die Mitsprache zu ermöglichen. Schliesslich müssen die Quartierorganisationen mit deutlich mehr Ressourcen ausgestattet werden. Auch wenn das Geschäft heute angenommen wird, ist der Betrag von 400'000 Franken für fünf Quartierorganisationen und für die Arbeit, die sie leisten, einfach viel zu tief. Wenn unsere Fraktion heute den minimalen und pragmatischen Optimierungsmassnahmen zustimmt, dann mit Blick auf eine substanzielle Reform, welche zum Ziel haben muss, die Teilhabe in der Stadt Bern niederschwelliger, inklusiver und repräsentativer zu gestalten und mit genügend Ressourcen zur Verfügung.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP/JF ist klar gegen die Erhöhung des Beitrages für die Quartierkommissionen. Wir sind nicht gegen Quartierkommissionen, aber gegen diese Erhöhung. Man hat den Beitrag erst vor kurzer Zeit erhöht und jetzt will man ihn schon wieder erhöhen.

Warum gibt es überhaupt Quartierkommissionen? In jedem Quartier gab es früher Leiste. Die hat man irgendeinmal kaltgestellt und durch die Quartierkommissionen ersetzt. Gut, die machen ihre Arbeit dort und es ist niederschwellig und es können alle teilnehmen, die Sitzungen sind öffentlich. Nicht alle können abstimmen, aber alle können reinsitzen und zuschauen. Es sei wegen der zusätzlichen Last, wurde genannt, und sie hätten so viel zu tun. Natürlich haben sie viel zu tun, aber sie machen sich auch viel zu tun. Natürlich haben die Mitwirkungen zugenommen, aber: Man kann mitwirken und mitwirken. Was in den Quartierkommissionen zum Teil für ein Aufwand und Arbeit getrieben wird und – excusez den Ausdruck – manchmal auch etwas gesucht wird. Das ist also schon enorm. Darum kommt nachher die Aussage, die Quartierkommissionen brauchen mehr Geld. So gemäss dem parkinsonschen Gesetz, dass Arbeit sich genau in dem Masse ausdehnt, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht. Man kann auch sagen, wie Geld zur Verfügung steht.

Es ist genug Geld vorhanden in den heutigen Quartierkommissionen, definitiv. Man hat es damals gesehen, als man die aufgehäuften Reserven abbauen musste. Eine Quartierkommission ist keine Bank, die Reserven anhäufen muss. Eine Quartierkommission wird überhäuft mit Anfragen für Sponsoring aus dem Quartier. Aber die Quartierkommission ist keine Bank für das Quartier, die ein Geld hier und da verteilt. Das ist nicht

der Zweck der Quartierkommission. Wie ich schon gesagt habe, die Beträge sind erst vor kurzem erhöht worden und jetzt soll das Ganze sogar noch einmal auf 400'000 Franken erhöht werden. Das finden wir völlig unverhältnismässig. Es geht auch anders. Die Altstadt zum Beispiel bekommt keine Subventionen und macht ausgezeichnete Arbeit in den Leisten. Sie ist aber zum Glück unabhängig und Quartierkommissions-frei. Die FDP/JF-Fraktion ist der Meinung, dass mit solchen Aktionen definitiv bis nach der Fusion gewartet werden muss. Es hat nämlich keinen Einfluss auf die Quartierkommission und auf ihre Arbeit. Man sollte nicht vor der Fusion mit der Giesskanne Geld verteilen. Die FDP JF-Fraktion lehnt diesen Vorstoss vehement ab.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion wird dieser Kreditaufstockung für die Quartierkommissionen zustimmen. Quartierkommissionen machen effektiv sehr gute Arbeit, aber in gewissen Punkten muss ich meiner Vorrednerin zustimmen: Die fünf Quartierorganisationen sind mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten unterwegs. Wir haben vor zehn Jahren dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, die Arbeit der Quartierkommissionen zu professionalisieren und die Durchmischung in den Quartierkommissionen zu erhöhen. Je nach Quartierkommission, ist da leider noch nicht viel passiert. Aus unserer Sicht kann es auch stossend sein, dass man jetzt die Vermögenslimite aufhebt. Es hat effektiv mindestens eine Quartierkommission gegeben, die das Geld über Jahre gehortet hat. Man muss sich wirklich schon fragen, wieso man jetzt die Mittel aufstockt, wenn es einzelne Quartierkommissionen gibt, die das Geld einfach horten.

Es ist wichtig, dass der Gemeinderat jetzt genau hinschaut und schaut, dass man die Arbeit der Quartierkommissionen ein bisschen homogener machen kann, dass sie gemeinsame Benchmarks erfüllen müssen, und dass sie nicht einfach wie ein Jekami unterwegs sind, wo jede macht, was sie will. – Und jetzt tut man die Eigenmittel-Limite noch aufweichen! Also es ist sehr wichtig, dass man da vorwärts macht. Es ist innerhalb von vier Jahren zum zweiten Mal, dass wir den Kredit aufstocken. Bei einzelnen Kommissionen, muss man einfach sagen, die machen weiterhin, was sie wollen. Da muss der Gemeinderat genauer hinschauen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich bin seit vielen Jahren Mitglied der Quartiervertretung 4. Das ist eine glatte Kommission. Es geht manchmal auch politisch ziemlich heftig hin und her. Wir haben auch eine lange Diskussion gehabt, was wir mit dem Geld machen. Wir haben jetzt nämlich etwas gemacht, das ich anderen Quartierkommissionen auch empfehle: Statt das Sekretariat aufzustocken, haben wir gefragt, ob es nicht Leute im Vorstand oder Delegierte gibt, die gewisse Aufgaben übernehmen können; beispielsweise Einsprachen bei Bauprojekten machen. Jetzt haben wir eine Gruppe, für die ich mich zur Verfügung gestellt habe. Es gibt noch andere Fachleute – Fürsprecher, Architekten – die so etwas übernehmen können. Es gibt andere Gruppen, bei denen es darum geht, in eine Begleitgruppe zu gehen. Man kann natürlich eine Sekretärin schicken und die teuer bezahlen, oder eine Geschäftsführerin. Man kann aber auch ein Mitglied schicken, das sich für ein Projekt besonders interessiert. Schlussendlich kann man die Leistungen, die eigentlich die Geschäftsführung machen muss, ziemlich reduzieren, indem dieselbe mehr zu einer Triage-Stelle wird, die nachher die Leute anfragt, wer aus der Arbeitsgruppe konkret hingehet. Zusätzlich haben wir Ressorts geschaffen. Wir haben ein Ressort, das sich der Verkehrsfragen annimmt. Wir haben ein Ressort, das sich der Baufragen annimmt. So hat man nachher verschiedene Kreise und man kann die geeigneten Leute schicken.

Es ist eigentlich der Sinn und Zweck einer Quartierorganisation, dass die Mitglieder arbeiten. Dann müssen wir nicht eine Geschäftsführerin einsetzen, die in x Bauwettbewerbskommissionen gehen muss. So kann man die ganze Sachetage back to the roots machen und delegieren. Das ist völlig unproblematisch. Ich bin in einer Arbeitsgruppe mit jemandem von den Grünen und von der SP. Gerade erst am Dienstag hatten wir eine Sitzung, an der Karl Vogel dabei war. Ihr könnt ihn fragen: Es war ein gemütliches Zusammensein mit Leuten aus allen politischen Lagern und da haben wir durchaus konkrete Sachen beredet. Das ist Quartierarbeit! Das müsst Ihr nicht professionalisieren. Am Schluss braucht Ihr noch den juristischen Berater oder den architektonischen Berater für die Geschäftsführerin, obschon das Knowhow in der Kommission vorhanden ist. Darum lehnen wir diesen Antrag ganz klar ab.

Präsident: Ich sehe keine Einzelvoten. Der Gemeinderat verzichtet. Dann sind wir bereits beschlussfähig. Wir stimmen ab über den Antrag des Gemeinderats zu diesem Kredit in dieser Form.

Abstimmung

2022.PRD.000067

Annahme

Ja	47
Nein	14
Enthalten	0

[Namensliste 011](#)

Präsident: Der Antrag des Gemeinderats ist angenommen.

2022.FPI.000127

6 Grundstück Bern 5/1354 (Lorrainestrasse 49/49a, 3014 Bern): Entwicklung und Übertragung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen

Thomas Fuchs (SVP) für die RWSU: Es geht um Liegenschaft Lorrainestrasse 49 und 49a in Bern. Die Übertragung der Liegenschaft ins Finanzvermögen ist ein sehr unerfreuliches Geschäft. 2015 wurde die Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen übertragen, weil man sie als Schulhaus nutzen wollte. Ihr müsst euch vorstellen, das ist eine Parzelle mit über 1000 m². Wenn Ihr Zeit habt, kann ich sehr empfehlen, dass Ihr dort an einem Wochenende mal vorbeigeht, um diese Liegenschaft zu «geniessen» – in Anführungszeichen. Sie wird heute zu etwa 300 m² genutzt und zwar durch zwei Vierzimmerwohnungen und eine Zweizimmerwohnung. Der Zustand des Objekts ist zerrütet, freundlich gesagt. Der Brandschutz ist kaum erfüllt, das Mauerwerk ist brüchig, die Nordfassade kippt und es besteht die Gefahr eines Einsturzes. Das Mauerwerk in den Kellern hat Risse. Die Gebäudehülle ist undicht. Der Gesamtzustand wird als sehr schlecht bezeichnet. Es ist ein Gebäude, das man auch mit Blick auf die Klimadiskussion eigentlich abreißen und neu bauen müsste. Man hat auch berechnet, was ein Neubau kosten würde: Mit einer Erweiterung von 300 auf 500 m² würde das 4,3 Millionen Franken kosten. Wenn man es saniert, kostet es 4,8 Millionen, also 500'000 mehr. Aus diesem Missverhältnis der Kosten wird ersichtlich, dass eine Sanierung keinen Sinn macht. Der Grund der Kosten ist der Denkmalschutz bzw. die Denkmalpflege, die sich querstellt gegen sämtliche Erweiterungen des Gebäudes. Wenn man das Gebäude

anschaut, ist es fraglich, warum man es erhalten sollte. Und weil man keine Lösung findet und eigentlich auch keine Nutzung, die irgendwie sinnvoll ist, will man das Objekt wieder in das Finanzvermögen zurücknehmen, mit dem Ziel, es später wieder zu verkaufen, im Baurecht abzugeben oder anders zu entwickeln, so dass man es vermieten kann. Das würde über den Fonds laufen, dort würde man auch die Kosten entnehmen, so dass man dies nicht über die Stadtfinanzen finanzieren muss. In diesem Sinn macht das Geschäft durchaus Sinn und einer Rückübertragung sollte man oder kann man zustimmen. Das empfehlen wir so. Schon 2015 war nicht nachvollziehbar, wieso man sich nicht mehr gegen die Denkmalpflege wehrte. Letztendlich ist Politik: Diejenigen, welche das letzte Wort haben. Die Kommission hat das Geschäft einstimmig überwiesen.

Man kann vielleicht noch sagen, das Ziel der Stadt ist, dass man es vermietet oder eben im Baurecht abgibt. Es ist ein Antrag vorliegend, dass man die Baurechtsabgabe vorzieht. Wir haben den Antrag in der Kommission nicht behandelt, aber aufgrund der Diskussion, die wir hatten, würde ich eher den Antrag ablehnen, weil es keinen Sinn macht, wenn man es jetzt schon wieder einschränkt. Das Objekt ist eh schon verplant und man sollte es jetzt möglichst der Stadt überlassen, was sie dort am besten machen will. Derzeit werden verschiedene Ideen und Planungen abgeklärt, das sollte man nicht vorzeitig schon wieder einschränken. Ich kann noch anfügen, dass die SVP das Geschäft unterstützt. Wenn man es im Baurecht abgibt, müsste man es eigentlich dem Denkmalpfleger verkaufen, damit er sieht, was er uns für einen – ich darf das Wort nicht sagen – eingebrockt hat und dann möchte ich sehen, was mit dem Objekt am Schluss passiert.

Präsident: Wir sind bei den Fraktionsvoten.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Dieses Geschäft macht Sinn. Die Bausubstanz ist vermutlich genauso schlecht, wie mein Vorredner gesagt hat. Leider liegt die Liegenschaft in der Zone E, erhaltenswert. Wenn man dort mehr bauen möchte, müsste man auszonen und neu einzonen. Ein riesiger Aufwand, am Schluss bekommt man nur 200 bis 300 m² mehr. Genügend Platz hätte es, muss man fairerweise sagen. Aber wir haben dort eine starre Bauordnung und einen Zonenplan, der uns halt nicht erlaubt, manchmal ein bisschen effizient ein bisschen vernünftige Lösungen zu suchen. Es ist tatsächlich so, dass das Haus von der Denkmalpflege unter deren persönliche Verantwortung genommen worden ist. Das heisst, es gibt fast kein Entrinnen.

Eigentlich hätten wir es in der Hand, dass der Stadtrat einen schärferen Kurs fährt, um die Ansprüche der Denkmalpflege in ein realistisches Verhältnis zu stellen. Aber ich habe mich nicht mit den institutionellen Details beschäftigt, so dass ich dazu konkret eine Antwort geben könnte. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es sinnvoll, das Haus aus dem Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu übertragen. Es ist tatsächlich so, wenn man konventionell rechnet: Das wird eine wahnsinnig teure Sanierung. Ich möchte daran erinnern, dass die Stadt unten an der Jurastrasse Häuser, die vielleicht nicht genau so geschützt sind, aber eine relativ eine alte Substanz haben, zu relativ günstigen Bedingungen sanieren konnte. Es braucht dazu auch die entsprechenden Planer und Architekten, die mit einer solchen Substanz behutsam und rücksichtsvoll umgehen können. Ich würde für die SP/JUSO dafür plädieren, dass die Stadt ein Projekt entwickeln soll, weil dieses Baurecht eine teure Sache würde, für die, die es übernehmen. Ich weiss nicht, ob es jemand übernehmen will, der sich gerne im Luxus des Schattens einer Eisenbahnbrücke bewegt.

Wir stimmen dem Geschäft zu. Ich bitte zur Kenntnis nehmen, dass es durchaus Interessenten und Interessentinnen aus dem Quartier gäbe, die möchten, dass dieses Haus in der einen oder anderen Form saniert, erhalten und weiterentwickelt werden kann.

Präsident: Es folgen keine weiteren Fraktionsvoten, dann wären wir bei den Einzelvoten.

Lukas Gutzwiller (GFL), Einzelvotum: Ja, ich kann meinem Vorredner vollumfänglich zustimmen. Wir haben eine starre Bauordnung und die Ansprüche der Denkmalpflege müsste man in ein sinnvolles Verhältnis stellen. Wenn man den Gemeinderatsvortrag liest, bekommt man den Eindruck, der Denkmalpfleger stehe über dem Gemeinderat. Das kann es ja eigentlich nicht sein. Man bekommt den Eindruck, der Gemeinderat sei ein bisschen hilflos, als ob man dem Denkmalpfleger ausgeliefert wäre. Aber es werden ein bisschen die Optionen aufgezeigt, wie eben die Abgabe im Baurecht. Darum habe ich den Antrag gestellt, der Gemeinderat solle vorwärtsmachen. Das Gebäude ist schwierig zu sanieren. Es braucht eine sorgfältige Sanierung, insofern bin ich mit dem Vorredner einverstanden. Aber: Es gibt sicher private Investoren, möglicherweise sogar aus dem Quartier, die es sanieren würden. Klar, die Wohnungen sind nachher nicht sehr günstig. Es entsteht kein günstiger Wohnraum. Darum habe ich den entsprechenden Antrag gestellt.

Präsident: Danke. Der Gemeinderat hat das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Danke Thomas Fuchs für die Vorstellung. Wir sind uns ja sehr oft einig, wenn es nicht gerade um Spielplätze geht. Bitte stimmen Sie dem Geschäft zu. Ich habe schon der Kommission gesagt, alle guten Dinge sind drei. 2015 nahm man die Liegenschaft aus dem Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen, weil man günstigen Wohnraum schaffen wollte. Dann wurde geprüft, es als Tagesstätte zu nutzen. 2018 kam es wieder ins Verwaltungsvermögen zurück. Das kostet eine Steuer und ist aufwendig, geschah aber, weil für die Tagesstätte kein Bedarf gegeben war. Das ist der Hauptgrund. Jetzt ist es klar: Zurück ins Finanzvermögen, um dort Wohnraum schaffen zu können.

Folgendes zuhanden der GFL: Wir haben die Kommissionssitzungen. Es wäre schlau, solche Anträge dann einzureichen. Dann hätte man darüber diskutieren können, warum man ein Baurecht vergeben, oder warum man es gescheiter selber entwickeln oder vermieten sollte. Das wissen wir im Moment noch nicht. Es macht absolut keinen Sinn, ohne die Fakten zu kennen, jetzt schon die Richtung vorzugeben. Dementsprechend bitte ich Sie, den Antrag GFL abzulehnen und dem Geschäft so zuzustimmen.

Präsident: Wir stimmen zuerst über den Antrag GFL ab, dann über die Übertragung ins Finanzvermögen.

Antrag

1.	Lukas Gutzwiller, GFL	Die Abgabe im Baurecht ist prioritär an die Hand zu nehmen.
----	-----------------------	---

Abstimmungen

2022.FPI.000127: Antrag 1 Gutzwiller (GFL)
Ablehnung

Ja	5	
Nein	51	
Enthalten	5	Namensliste 012

2022.FPI.000127		
Annahme		
Ja	63	
Nein	0	
Enthalten	0	Namensliste 013

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Es bleibt beim Gemeinderatsantrag ohne Bereinigung. Nun kommen wir zu einem Traktandenblock, über den der Stadtrat am 11. Mai 2023 schon beraten hat. Damals hielt Eva Chen das Votum für die Einreichenden. Fraktionsvoten hielten bereits Eva Chen, Alexander Feuz, Lukas Wegmüller und Dominik Nellen. Gibt es weitere Fraktionsvoten zu den Traktanden 7,8 und 9?

2020.SR.000140

7 Motion Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Eva Chen (AL): Vernünftige Drogenpolitik in der Stadt Bern

Gemeinsame Beratung der Traktanden 7 bis 9.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Traditionellerweise ist der Freisinn in der Drogenpolitik gespalten. Das trifft auch auf die Themen zu, die in diesen Vorstössen besprochen werden. Wir haben Leute in der Fraktion, die klar der Meinung sind, dass die bisherige Drogenpolitik mit Verboten und Repression nicht der richtige Weg ist, die sich einen neuen Weg wünschen. Wir haben aber auch einen genauso starken Flügel in der Partei und in der Fraktion, der der Überzeugung ist, dass dies der richtige Weg ist, und dass er manchmal sogar zu wenig streng umgesetzt wird. In einem Punkt ist sich unsere Fraktion einig: Diese Vorstösse sind alle zusammen im falschen Parlament eingereicht worden. Es sind alles Forderungen, bei denen es nicht sinnvoll ist, wenn wir als Stadt Bern, als Gemeinde da irgendetwas selbst kühlen. Wenn schon, müsste man beim übergeordneten Recht ansetzen. Im Wissen darum, dass man bei den Pilotversuchen jetzt den Experimentierartikel hat. Im Wissen darum, dass man jetzt ein ähnliches Projekt mit Cannabis durchführt. Es ist in unseren Augen nicht sinnvoll, wenn man eigens in der Stadt Bern immer wieder probiert, die nationale Drogenpolitik auf die kommunale Ebene herunterzuziehen, nur weil man da vielleicht andere Mehrheiten hat als im nationalen Parlament. Darum: Wenn Ihr mitbestimmen wollt, dann wünscht allen Kandidierenden viel Glück am 22. Oktober. Dann habt Ihr relativ direkt Einfluss darauf.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Drogenkonsum ist eine gesellschaftliche Realität. Wir Grünliberalen setzen uns konsequent für eine liberale Drogenpolitik ein. Repression und Illegalität sind nicht die Lösung. Es ist leider so, dass die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen, süchtig machenden Substanzen historisch geprägt und somit eher willkürlich ist. Wir würden uns auch wünschen, dass die Substanzen mehr aufgrund ihres Schaden-Nutzen-Potenzials beurteilt und dementsprechend reguliert würden. Schon nur das wäre eine eigene Debatte wert, allerdings muss diese Debatte

nicht auf Stufe Stadtrat, sondern auf nationaler Ebene geführt werden; darin kann ich mich meinem Vorredner anschliessen. Die Stadt ist nicht zuständig für die Regelung von Betäubungsmitteln. Das ist der Grund, wieso wir dem Traktandum 7 ablehnend gegenüberstehen. Das Einrichten von Dealer Cornern ist mit übergeordnetem Recht nicht vereinbar. Auch wenn man eine Liberalisierung anstrebt, so wie wir die Grünliberale, ist das nicht sinnvoll, zumal wir jetzt schon wissen, dass wir gegen übergeordnetes Recht verstossen würden.

Wir sind der Meinung, dass durch Repression die mit dem Drogenkonsum verbundenen Probleme nicht gelöst werden und finden auch, dass die Kriminalisierung des Drogenkonsums nicht zielführend ist. Eine vernünftige Drogenpolitik basiert vor allem auf einer evidenzbasierten Unterscheidung der verschiedenen Substanzen und trägt dazu bei, dass der Einstieg in die Sucht möglichst verhindert wird, und dass der Konsum, wenn schon, denn schon möglichst sicher ist. Wir sehen ein, dass ein regulierter Verkauf von psychotropen Substanzen eine Chance bietet, die Prävention zu verbessern und den Konsum sicherer zu machen. Wir haben daher Sympathien für Pilotversuche mit dem Verkauf von solchen Substanzen, so wie es von den Motionärinnen mit den Traktanden 8 und 9 gefordert wird. Wir sind aber der Meinung, dass die Priorität auf den laufenden Cannabis-Studien liegen sollte, welche wir nicht mit weitergehenden Forderungen politisch gefährden sollten. Wir müssen unbedingt zuerst die Unterstützung der Bevölkerung für die Legalisierung von Cannabis gewinnen, bevor wir mit weitergehenden Forderungen kommen. Wir wollen auch nicht, dass die Ressourcen der Stadt verzettelt werden. In finanziell knappen Zeiten müssen wir priorisieren. Aus unserer Sicht haben die laufenden Piloten gegenüber neuen Versuchen aus finanzieller Sicht Priorität. Abschliessend finden wir, dass es wichtig ist, zuerst die Auswirkungen eines liberalisierten Cannabiskonsum wissenschaftlich breiter abzustützen, um daraus zu lernen, bevor mit härteren Drogen pilotiert wird.

Wir sind also nicht grundsätzlich gegen die unter Traktanden 8 und 9 beantragten Pilotversuche und könnten solchen zu einem späteren Zeitpunkt auch zustimmen. Aber jetzt sollten wir unsere Ressourcen priorisieren und die Bevölkerung zuerst von der Liberalisierung von Cannabis überzeugen. Darum lehnen wir auch die Traktanden 8 und 9 ab.

Francesca Chukwunyeré (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion könnte es sich einfach machen, indem wir einfach die Nein-Parole beschlossen hätten. Dieses Nein hätte aber dermassen verschiedene Gründe gehabt, dass es einer unheiligen Allianz gleichgekommen wäre.

Zum einen ist dieser Vorstoss, wie meine Vorredner zu Recht gesagt haben, als Motion wieder einmal einer von denen, deren Umsetzung gar nicht in der Handlungsmacht der Stadt Bern liegt. Die Gesetzgebung in diesem Bereich erfolgt auf anderen Ebenen. Darum war zuerst die gesamte Fraktion der Meinung, man solle diese Motion ablehnen, weil nicht kompetenzgerecht, aber dann haben wir gemerkt, dass wir inhaltlich unterschiedlicher Meinung sind. Wir haben zwei Flügel ähnlich wie die FDP. Die einen haben grosse Sympathien für diese Vorstösse. Die Prohibition in den USA während der Dreissigerjahre des letzten Jahrhunderts hat uns gelehrt, dass Verbote von Genussmitteln lediglich den Schwarzmarkt fördern und damit zum Treiber für die Mafia werden. Eine Legalisierung bietet die Möglichkeit der besseren Kontrollen über die Qualität und zum Unterbinden des Schwarzmarkts. Wir machen das im Moment gerade in Form des Pilotversuchs in Sachen Cannabis: übersteuern. Analog den heute anders gestellten Genussmitteln wie Tabak und Alkohol könnten auch sozial und gesundheitlich negative Konsequenzen besser abgedeckt werden. Die Stadt Bern hat bereits in den späten

Achtzigerjahren eine Vorreiterrolle übernommen, im Zuge der Eindämmung des dazumal explodierenden Heroinkonsums. Hier ist eine der ersten Fixer-Stuben eröffnet worden. Hier hat man auf Substitution gesetzt und auf den Primat vom Überleben der Süchtigen, anstatt irgendwelcher moralischer Ideen.

Darum wurde das damals begonnene Viersäulenprinzip der Drogenpolitik – das unter anderem in der Stadt Bern seinen Ursprung hatte – zum Exportschlager über die Landesgrenze hinaus. Die damaligen Junkies sind mittlerweile in die Jahre gekommen. Heroin ist nicht mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit. Corona sei Dank haben wir im Zuge der Untersuchung der Abwässer festgestellt, dass in Bern viel Kokain konsumiert wird. Die Stiftung Contact bietet seit einiger Zeit einen Service an, der es Konsumentinnen erlaubt, ihre Pillen und anderen psychotropen Substanzen auf ihre Qualität zu überprüfen, um so gesundheitliche Schäden zu verhindern. Heute geht es um einen Pilotversuch in Bezug auf die genannten Substanzen. Cannabis ist heute gar nicht mehr in erster Linie wichtig. Wenn wir immer warten, bis eine Stufe der Leiter genommen ist, dann sind wir noch zehn weitere Jahre weit vom ersten Pilotversuch zu den psychotropen Substanzen entfernt. Inhaltlich besteht in dem Teil unserer Fraktion, der nicht an die Vision einer drogenfreien Gesellschaft glaubt, grosse Sympathie für das Anliegen. Würde man es zum Postulat wandeln, würde dieser Teil der Fraktion es annehmen. Der kleinere Teil der Fraktion möchte die allenfalls von der Stadt in dem Bereich eingesetzten Eigenmittel lieber im Präventionsbereich einsetzen, um auf das Ziel einer drogenfreien Gesellschaft hinzuwirken. Es gibt also Haltungsdifferenzen, die nicht einfach zu überwinden sind. Darum wird ein Teil der Fraktion so oder so ablehnen. Ein grösserer Teil würde zustimmen, falls die Motion zum Postulat gewandelt wird.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich nehme Referenz zum 11. Mai, als wir zu diskutieren angefangen haben. Damals ist schon sehr viel gesagt worden. Eva Chen hat schon sehr vieles gesagt, das ich vermutlich nochmal wiederholen werde. Aber seither sind schon einige Wochen vergangen. Wir wissen, dass es gerade in der Drogenpolitik nicht schadet, die Fakten ein paarmal zu wiederholen, vielleicht bleiben sie dann ein bisschen haften.

Obschon meine Vorredner*innen meistens gegen die Vorstösse geredet haben, zeichnet sich ab, wenn man den 11. Mai anschaut, dass die Vorstösse eine Mehrheit im Rat haben. Darüber sind wir sehr froh, auch wenn die GB/JA! zum Beispiel nicht wirklich einverstanden ist mit der SP, die am 11. Mai gesagt hat, dass die Viersäulenpolitik eine grossartige Sache sei. Denn – ganz ehrlich: Die Repression versagt in dem Bereich seit Jahrzehnten und ist zu genau gar nichts zu gebrauchen. Also man kann auch sagen, die Viersäulenpolitik ist so etwas von 1990er-Jahre, man könnte da echt weiter sein. – Apropos weiter sein: Das Pilotprojekt für Cannabis war vielleicht 2010, als ich den ersten Vorstoss dazu eingereicht habe, noch revolutionär, aber in der Zwischenzeit sind einige Jahre vergangen. Der Konsum von Substanzen hat sich verändert. Zuerst haben wir die Salonfähigkeit von Kokain beobachten können, seit einigen Jahren werden auch wieder vermehrt Opioide konsumiert. Expert*innen reden davon, dass es einen Wandel gibt von Leistungssteigerung zu Leistungsverweigerung, gerade bei jungen Leuten. Fakt bleibt, dass die Illegalisierung, egal welcher Substanz, nicht dazu führt, dass die Menschen keine Substanzen mehr konsumieren, sondern zur Kriminalisierung der Konsument*innen und zur Begünstigung des Schwarzmarkts. Somit verunmöglicht sie es eben auch, Prävention und Information zu betreiben, denn über etwas, das nicht sein darf, darüber darf man ja nicht offen reden; dementsprechend kann man auch keine Prävention betreiben. Darum muss ich ganz ehrlich sagen: 2023 ist es zwar toll, dass es mit dem Cannabis-Projekt endlich vorwärtsgeht. Aber ehrlich, wenn ein bürgerliches

nationales Parlament dazu den Grundstein legt, kann man ja wirklich keine Rede davon sein, dass wir damit wahnsinnig weit sind.

Grundsätzlich kann es nicht wirklich so sein, dass man hier stehenbleibt. Wir können uns nicht auf der Freude am Pilotprojekt Cannabis ausruhen. Vor allem nicht, wenn man jetzt, obschon man eigentlich nicht muss, damit rechnen muss, dass es eine Vorlaufzeit von 15 Jahren braucht, bis man dann mal wirklich etwas umsetzen kann. In diesem Rahmen finden unsere Fraktion es sehr verständlich und okay, wenn man Vorstösse mehrmals einreicht; darum finden wir die diesbezügliche Bemerkung des Gemeinderats in seiner Antwort eher überflüssig.

Zu den Kompetenzen des Stadtrats: Die Drogenpolitik ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass die politischen Zuständigkeiten das eine sind, Projekte mit Pioniercharakter aber das andere. Es war immer so, dass Städte mit solchen Projekten den rechtlichen Rahmen ausloten konnten, die übergeordneten Ebenen zogen später nach. Das war bei den Anlaufstellen, bei der Heroinabgabe und beim Cannabis-Pilot so. Dementsprechend sind die Belehrungen meiner Vorredner*innen verfehlt. Es ist durchaus so, dass wir die Kompetenzen kennen, aber wir können auch zurückschauen und wissen, wie die Drogenpolitik in der Schweiz funktioniert. Dementsprechend macht es Sinn, solche Vorstösse im Stadtrat zu überweisen, um Pilotprojekte mit Pioniercharakter in die Wege zu leiten. Die GB/JA!-Fraktion unterstützt in dem Sinn alle drei Motionen der AL. Wir sehen darin auch den Auftrag an den Gemeinderat, wieder vermehrt und in unterschiedlichen Bereichen über das legal Mögliche hinauszudenken und parallel zu arbeiten. Cannabis-Pilot in Ehren, aber der kann wirklich nicht das Ende der Stadtberner Drogenpolitik sein.

Präsident: Es sind keine weiteren Fraktionsvoten angemeldet. Wir kommen zu den Einzelvoten.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Wir wissen, das ist mehrfach betont worden, dass Prohibition kein probates Mittel ist. Selbstverständlich bin ich auch für die Entkriminalisierung des Konsums wie wahrscheinlich fast alle hier drin, nur werden wir das im realen Leben nicht auf der städtischen Ebene erreichen. Die in den Vorstössen aufgestellten Behauptungen, dass alle Genuss- und Suchtmittel das gleiche Schadenspotenzial hätten, muss unter dem Blickwinkel der wissenschaftlichen Evidenz zumindest als abenteuerlich bezeichnet werden. Gerade weil nicht alle Menschen gleich auf entsprechende Substanzen reagieren, finde ich eine Verharmlosung in vielerlei Hinsicht gefährlich. Ich gehöre einer Generation an, die Freunde auf dem Platzspitz in Zürich verloren hat und gesehen hat, wie Menschen im Kocherpark an den Folgeerkrankungen ihrer Sucht gestorben sind. Drogen werden unabhängig von der Liberalisierung konsumiert, aber Menschen, die am Konsum von Suchtmitteln sterben, sind für mich nicht Kollateralschäden.

Wegen dem ist für mich die von Ruth Dreifuss initiierte Viersäulenpolitik nicht einfach eine Worthülse, die man nicht schnell in ein paar Sätzen abhacken oder als antiquiert bezeichnen kann.

Die Politik und die Arbeit unzähliger Institutionen sind zentral gewesen, so dass wir heute nicht mehr das erleben, was ich in meiner Jugend noch gesehen habe. Aber diese Arbeit ist keine Selbstverständlichkeit und sie braucht wieder vermehrt den Support der kommunalen Politik, sonst könnte die alltägliche Realität ganz schnell vom Life Style-Element wieder zur existenziellen Frage werden. Am 25. September 2020 hat das eidgenössische Parlament einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zugestimmt,

die eben jetzt eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung wissenschaftlicher Pilotversuche mit Cannabis legt. Das Projekt konnte am 10. Mai unter anderem in Bern gestartet werden. Die Situation ist also sowohl auf eidgenössischer wie auf städtischer Ebene deblockiert. Jetzt so zu tun, als ob wir einfach von uns aus ein Pilotprojekt lancieren könnten. – Ich weiss nicht, wieso man das macht. Offensichtlich geht der eidgenössische Gesetzgeber, der für diese Fragen zuständig ist, davon aus, dass solche Pilotversuche nicht nur wissenschaftlich begleitet, sondern auch unter klaren Restriktionen und mit einem stark regulierten Jugend- und Gesundheitsschutz durchgeführt werden müssen. Dass auch die Ethikkommission bei der Ausgestaltung solcher Pilotversuche zwingend beigezogen muss werden, macht klar, dass die Fragestellungen deutlich komplexer sind als es die drei Vorstösse vermuten lassen. Es handelt sich bei diesen Projekten nämlich um Humanforschung, welche völlig zu Recht strengen Auflagen genügen muss. Das ist nicht bieder und das ist auch nicht scheinheilig. Es bedeutet verantwortungsvolle Politik. Die Vorstösse, über die wir heute diskutieren, wollen die Ergebnisse der Cannabis-Studie vorwegnehmen, bevor sie angefangen hat, das ist unwissenschaftlich. Mir ist nicht klar, was man mit dem bezwecken will.

Ich könnte dazu einfach schweigen, weil die Vorstösse gar nichts erreichen werden. Aber mir ist es wichtig, dass wir auf städtischer Ebene ganz konkret zu einer vernünftigen Drogenpolitik beitragen und das ist möglich. Es muss wieder vermehrt in die Bereiche Prävention, Jugendschutz, Gesundheitsversorgung von Süchtigen und in die Schadensminderung investiert werden. Dazu hätten wir auf kommunaler Ebene ganz viele reale Möglichkeiten. Mir ist klar, dass solche Themen viel komplexer und wegen dem weniger hip sind, als gänzlich unrealistische Dealer Corner in den Quartieren zu fordern. Wir werden nie eine suchtfreie Gesellschaft erreichen; das will ich persönlich auch nicht. Wichtig ist aber, dass wir einen einigermaßen gesunden Umgang mit Suchtmitteln lernen und diejenigen schützen, welche Mühe damit haben. Da denke ich vor allem, aber nicht nur, an Kinder und Jugendliche. Darin sehe ich unsere Verantwortung und da sehe ich die realen Handlungsspielräume.

Eva Chen (AL), Einzelvotum: Geschätzte Anwesende, ich habe vor drei Wochen bereits ausführlich zu allen drei Vorstössen geredet und auch das Fraktionsvotum gehalten. Und Lea Bill hat auch nochmal sehr klar ausgeführt, wieso es eben gerade sehr sinnvoll ist, die Vorstösse heute anzunehmen. Ich mache dasselbe noch einmal, ganz kurz. Also es geht uns nicht um eine Verharmlosung oder um eine Verherrlichung. Das habe ich auch in meinem Votum für die Einreichenden sehr deutlich ausgeführt. Es geht um kontrollierte Pilotversuche. Es geht um eine Interessensbekundung, um eine Bekennung dazu, dass sich etwas ändern muss, was laut den heutigen Voten die meisten genau so sehen. Wir haben heute die Gelegenheit, uns zu einer vernünftigen Drogenpolitik zu bekennen. Eine, die auf Liberalisierung und Entkriminalisierung setzt. Nur mit solchen, momentan vielleicht noch mutigen Versuchen, kann man die Grundlage für eine effiziente Sensibilisierung, griffige Präventionsmassnahmen und für Schutz durch Kontrolle und Qualität von verkauften Substanzen schaffen. In der Hoffnung, dass sich so vielleicht doch noch die eine oder andere Person zu einem Ja überwinden kann, **wandeln** wir alle drei Vorstösse **in Postulate**.

Präsident: Ich habe es registriert, alle drei Vorstösse sind gewandelt. Es folgen keine weiteren Voten, dann hätte das Wort Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich sage einleitend gerne etwas zur Drogenpolitik der Städte insgesamt, bevor ich kurz auf die drei Vorstösse eingehe. Also die Städte in

der Schweiz arbeiten in der Drogenpolitik sehr gut zusammen. Es gibt einen Austausch zwischen den Städten, damit man auch in der Drogen- und Suchtpolitik in diesem Sinne vorwärtskommt; dies hat sich in der Vergangenheit schon gezeigt und es hat sich insbesondere auch im jetzt gestarteten Pilotprojekt im Bereich Cannabis gezeigt. Aber es ist zu sagen, die Drogenpolitik ist mit einer recht restriktiven eidgenössischen Gesetzesregelung nicht so auszugestalten, wie wahrscheinlich viele Menschen in den Städten das möchten. Darum ist sie eine herausfordernde Aufgabe, die man nur miteinander angehen kann. Beim Cannabis-Projekt hat die Stadt Bern sicher eine federführende Rolle eingenommen, indem wir nämlich aufgrund unserer Gesetzesanalyse zum Schluss kamen, dass man ein Pilotprojekt ohne gesetzliche Änderung auf eidgenössischer Ebene durchführen kann. Das BAG hat das Pilotprojekt erst einmal nicht bewilligt. Wir konnten die gesetzliche Argumentation des BAG nicht nachvollziehen, mussten sie aber zur Kenntnis nehmen. Darum hat sich nachher die Stadt Bern mit den anderen Städten dafür eingesetzt, dass man die gesetzliche Grundlage auf Bundesebene festlegt und beschliesst. Das ist auch gelungen, was ich sehr gut finde. 2021 ist das Betäubungsmittelgesetz revidiert worden. Aber ich muss Ihnen sagen, der Aufwand für die Stadt Bern, die hier federführend war, um die Arbeiten auf Bundesebene zu koordinieren, damit es schnell vorwärts ging, war riesig. Die damalige Debatte hat gezeigt, dass es Versuche gab, den Experimentierartikel nicht an eine Substanz zu binden, sondern offen zu formulieren, so dass man mit verschiedenen Substanzen Pilotprojekte machen könnte. Dies war auf eidgenössischer Ebene aber nicht mehrheitsfähig. Darum mussten wir uns bei den Pilotprojekten auf Cannabis beschränken. Ich bin sehr froh, dass das BAG schliesslich auch unserem Pilotprojekt zugestimmt hat. Ich denke, mit dem können wir sehr viele wissenschaftliche Erkenntnisse gewinnen, um nachher auch eine regulierte Drogenpolitik einzuführen.

Ich muss sagen, die Argumentation von denen, die sagen, das sei wieder so ein Vorstoss, der auf der falschen Ebene eingereicht worden sei, verstehe ich. Ich verstehe, dass Sie das kritisch sehen. Andererseits verstehe ich auch die, die sagen, man könne ja auf der eidgenössischen Ebene etwas ändern. Wenn man nicht von den Städten aus gehandelt hätte, gehe ich nicht davon aus, dass auf nationaler Ebene Pilotprojekte für Cannabis eingeführt worden wären. Das zeigt ein bisschen die Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Sichtweisen der Staatsebenen.

Trotzdem muss ich im Namen des Gemeinderats sagen: Wir lehnen die Vorstösse ab, unsere Gründe haben wir schriftlich ausgeführt. Ich kann nicht im Namen des Gemeinderats antworten, da die Motionen in Postulate umgewandelt sind. Aber ich denke, wir können sie als Postulat übernehmen. Sie können aber nicht damit rechnen, dass die Stadt Bern bei diesen drei Vorstössen federführend sein wird. Wir sind federführend beim Cannabis-Projekt, bei allem, was da läuft. Aber auch ich muss manchmal an die Finanzen appellieren. Im Moment diskutieren wir im Gemeinderat wieder sehr intensiv über die Finanzen. Bis 2019 hatten wir 140 Stellenprozent für die Koordinationsstelle Sucht. Im Rahmen der FIT-Sparmassnahmen mussten wir um 60 Prozent kürzen. Ich kann von meiner Mitarbeiterin nicht immer mehr verlangen. Sie macht, was sie kann. Wir haben Prioritäten. Wir sind im Moment eher daran, Projekte abzubauen als auszubauen. Aber wenn sie überwiesen werden, können wir die Anliegen dieser Postulate in die Arbeitsgruppen der Städte tragen, damit wir untereinander ausmachen können, wer was vorantreiben will.

Die Stadt Zürich hat bereits 2022 zu einem Austausch über den regulierten Kokainkonsum eingeladen. Ich denke, in dem Bereich wird die Stadt Zürich die Federführung übernehmen.

Präsident: Wir sind bei der Abstimmungsreihe zu den drei Postulaten.

Abstimmung

2020.SR.000140: als Postulat

Annahme

Ja	37
Nein	24
Enthalten	2

[Namensliste](#) 014

Präsident: Das Postulat ist angenommen.

2020.SR.000141

8 Motion Tabea Rai, Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Eva Chen (AL): Für einen wissenschaftlichen Pilotversuch für den kontrollierten Kokainverkauf

Gemeinsame Beratung der Traktanden 7 bis 9: siehe Traktandum 7.

Abstimmung

2020.SR.000141: als Postulat

Annahme

Ja	43
Nein	18
Enthalten	2

[Namensliste](#) 015

Präsident: Das Postulat ist überwiesen.

2021.SR.000052

9 Motion Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Eva Chen (AL): Wissenschaftliche Pilotversuche für den Verkauf psychotroper Substanzen

Gemeinsame Beratung der Traktanden 7 bis 9: siehe Traktandum 7.

Abstimmung

2021.SR.000052: als Postulat

Annahme

Ja	46
Nein	19
Enthalten	1

[Namensliste](#) 016

Präsident: Das Postulat ist angenommen.

2020.SR.000258

10 Motion Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Kein Sponsoring von Swissmilk an Berner Schulen

Präsident: Diese Motion von Eva Gammenthaler hat David Böhner übernommen. Ich gebe das Wort den Einreichenden.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Die Motion «Kein Sponsoring von Swissmilk» an Berner Schulen reichte Eva Gammenthaler im August 2020 ein, nachdem sie wegen eines Zeitungsartikels auf das Thema aufmerksam wurde. Die Milchlobby gab bis vor Kurzem Znüiboxen an alle Kindergärtler*innen und Erstklässler*innen ab, zusammen mit einer Werbebroschüre, welche die Wichtigkeit von Milch für eine gesunde Ernährung propagiert. Das ist aus unserer Sicht aus verschiedenen Gründen problematisch: Erstens ist es grundsätzlich heikel, wenn die öffentliche Schule Firmenspenden zu Werbezwecken anbietet. Zweitens sollte die Schule über eine gesunde und ausgewogene Ernährung informieren und dieselbe auch anbieten, anstatt Broschüren zu verteilen, die behaupten, dass Milchprodukte für eine gesunde Ernährung notwendig seien. Drittens sollte an den Berner Schulen der Zusammenhang von Ernährung, Lebensmittelproduktion und Klimawandel thematisiert werden. Werbung für Milchprodukte steht dazu im Widerspruch. Wir freuen uns, dass die Motion offenbar Wirkung gezeigt hat: Nachdem Swissmilk über zehn Jahre lang ihre Propaganda in den Schulen verbreiten durfte, hat das Schulamt nach der Einreichung dieser Motion den Sponsoringvertrag auf das Schuljahr 2021/22 gekündigt. Seither verteilt das Schulamt ein selberproduziertes Znüiböxli mit eigenen Informationen zu ausgewogener Ernährung, anstelle der Propaganda von Swissmilk. Somit ist diese Motion mehrheitlich umgesetzt.

Darum verlangen wir die **punktweise Abstimmung**. Wir **ziehen die Punkte 2 und 3 zurück**, weil die ja umgesetzt sind, und lassen nur noch über Punkt 1 abstimmen. Ich bitte Sie, den anzunehmen. In dem Punkt geht es darum, dass auf jegliches Sponsoring von Dritten an den obligatorischen Schulen in Bern zu verzichten ist.

Präsident: Ich halte fest: Die Punkte 2 und 3 sind zurückgezogen. Es wird nur noch zu Punkt 1 abgestimmt. Wir kommen zu den Fraktionsvoten.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! nimmt den ersten Punkt der Motion an, der zum Verzicht auf Sponsoring aufruft. Zum Glück hat sich das Thema Swissmilk erledigt. Es ist wirklich schräg, dass Swissmilk flächendeckend an den Schulen Werbung für Milchprodukte machen kann. Swissmilk ist aber nur ein Beispiel für ein grösseres Problem. Es ist krass, wie viele Firmen, Verbände, Parteien zum Beispiel ganze Lehrmittel nicht nur sponsern, sondern sogar selber verfassen. Wenn es euch interessiert, müsst Ihr auf die Website kiknet.ch gehen. Dort könnt Ihr nämlich schauen, wie es läuft: Banken klären zum Thema Geld auf. Mit Unilever lernen die Kinder alles über Lebensmittel und mit Rimuss immerhin noch alles über Trauben. Flik Flak bringt den Kindern bei, wie sie die Uhr lesen müssen und die FDP vermittelt politisches Grundwissen. Es ist verblüffend, wie aktiv Firmen, Parteien, Verbände ihre Werbung in Form von Lehrmitteln in die Schulzimmer tragen. Hier muss der Gemeinderat aktiv werden und sich schützend vor die Schulen stellen.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Sponsoring im Schulbereich ist ein sehr sensibles Thema. Es erscheint durchaus willkommen im richtigen Rahmen, gerade dort,

wo Schulen und Schulkinder aktiv nach finanzieller Unterstützung für einzelne Projekte fragen. Aber es ist durchaus zu hinterfragen, ob Lobby-Organisationen wie Swissmilk, beziehungsweise Wirtschaftsvertreter, an Schulen Werbung für sich und – wie in diesem Fall – für eine ausgesprochen fragwürdige Landwirtschaftspolitik machen sollen. Ebenso fragwürdig ist es, den Lebensmittelherstellern eine Bühne zu bereiten. Wer kommt als nächstes? Schweizer Fleisch, Coca-Cola oder Haribo? – Die Ernährung ist bei Schulkindern ein entscheidender Faktor für ihre gesunde Entwicklung. Wir sollten nicht wirtschaftliche Interessen als Vorwand zulassen, um ihnen gratis das falsche, ungesunde Essen zur Verfügung zu stellen. Die in der Antwort des Gemeinderats beschriebene neue Znünibox, zu der die Stadt das Konzept und das Angebot mit Swissmilk gemeinsam ausarbeitete, statt ihr allein die Bühne zu überlassen, ist eine weitaus bessere Lösung. Sponsoring als Werbevehikel lehnen wir hingegen ab. Unsere Fraktion empfiehlt Punkt 1 zur Annahme.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Milch gibt es bereits seit 10'000 Jahren. Die Milch ist nach den Jägern und Sammlern, die Ackerbau und Viehzucht betrieben, entstanden. Die Schweiz ist ein Land, in dem die Landwirtschaft so gestaltet kann werden, dass man eben Milch produzieren kann. Denken wir ans Oberland, aber auch die vielen Wiesen im Mittelland, dort sind viele Landwirtschaftsbetriebe. Rund 17'900 Betriebe produzieren in der Schweiz Milch. Die Milchproduzenten sind eigentlich auch der Verband, der die Werbung oder Kampagnen macht. Ich rede von Kampagnen, welche die Milch und die Landwirtschaft in die Städte bringen. Es gibt viele Kinder, die das Gefühl haben, dass die Milch aus der Migros kommt. Das kann nicht sein. Es gibt viele Lehrer und Lehrerinnen, die gerne eine Kampagne durchführen möchten, welche die Natur und eben das natürliche Produkt Milch den Kindern näherbringt. Man ist auf dem falschen Weg, wenn man immer alles verbietet. Weiter ist es so, dass Ernährungsfachleute genau das Gegenteil sagen, indem sie eben sagen, die Milch sei das natürlichste und beste Produkt für ältere Leute, aber auch für Kinder. Was ist eigentlich drin in einem Liter Milch? Es ist Wasser drin. Und es sind Kohlenhydrate, Eiweiss, Fett, Kalzium, Phosphat, Magnesium, Zink und Jod drin, wie auch ABC- und D-Vitamine. Früher hatte man die teuren Ergänzungsmittel, die man in der Apotheke kaufen kann, noch nicht. Darum hat man den Kindern eher ein Glas Milch gegeben. Ich respektiere, dass jemand keine Milch trinken will; dafür habe ich volles Verständnis. Aber bin klar dagegen, dass man – gerade im Bildungswesen – keine Kampagne darüber macht, was gesunde Nährwerte für die Kinder, für die Menschen überhaupt sind, und dass man das immer verbieten will. Das ist wieder einmal so eine Verbotskultur der linken und grünen Stadt Bern, die trotzdem das Grün und die Natur gern hat. Hier geht es um ein Naturprodukt, welches nicht irgendwie aus einem anderen Land kommt, das wir von inländischen Milchproduzenten haben, denen Ihr das jetzt verbieten wollt. Das finde ich absolut absurd.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Ich kann offenlegen, dass ich daran mitbeteiligt war, dass der Zeitungsartikel damals erschien, welcher wahrscheinlich mehr Wirkung hatte als der Vorstoss, über den wir heute diskutieren. Ich habe das nicht getan, weil ich grundsätzlich irgendetwas gegen Milch habe, sondern einfach, weil ich es als stossend empfand, dass Znüniböxchen mit Werbung darauf verteilt wurden. Woran ich mich besonders gestossen habe, ist die Tatsache, dass die Qualität der Boxen so schlecht war, dass sie nach zwei bis drei Wochen alle kaputt auf dem Pausenplatz herumlagen. Also die haben nicht gehalten. Ich glaube, die jetzigen Boxen sind qualitativ ein bisschen besser, was ich super finde. Grundsätzlich ist mir wichtig, dass wir

die Kinder nicht dazu missbrauchen, dass Firmen an den Schulen Werbung machen können. Wenn wir den Punkt 1 annehmen, stellt sich die Frage, welchen Einfluss das zum Beispiel auf den Snow Day hat. Der Snow Day wird nämlich von einer Telekommunikationsfirma organisiert. Sie verteilen auch Kappen an alle Kinder, die mitgehen. Vielleicht kann Franziska Teuscher etwas dazu sagen?

Präsident: Es sind keine weiteren Fraktionsvoten angemeldet. Gibt es Einzelvoten?

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich verstehe das nicht. Sie reden die ganze Zeit von Propaganda, gegen die sich die armen Kinder nicht wehren können. Aber wenn nachher die Klimajugend auffährt und die Schulen besetzen geht, stört es Sie nicht. Eine marxistische Jugend oder eine irgendwie marxistische Lehre an der Schule stört Sie nicht. Dann reden Sie nicht von Propaganda, dann ist Ihnen das egal. Aber wenn ein Unternehmen gratis etwas zur Verfügung stellt, ein natürliches Produkt wie eben die Milch, dann stört Sie das. Wir diskutieren immer wieder über günstige Menus, und dass alles gratis sein soll. Aber wenn dann jemand etwas gratis anbietet, haben Sie etwas dagegen, weil eine Marke draufsteht. Swissmilk ist ja so schlimm. Ich glaube, es bringt durchaus etwas, wenn Swissmilk in die Schulen geht. Das tut sie jetzt leider in Bern nicht mehr. Wenn ich auf Tiktok sehe, was die Kinder heute so alles glauben, wo das Zeug herkommt: die Milch aus der Fabrik, die Salami vom Salamibaum und die Früchte von weiss der Teufel woher, dann bin ich froh, dass, als ich noch in die Schule ging, Swissmilk vorbeikam und mir sagte, wo die Milch herkommt. Ich habe deswegen keine «dumme Schnurre» gehalten.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Also ich muss auch noch etwas sagen. Wir sind halt ein bisschen die Milchfraktion. Das muss ich hochhalten, das finde ich sehr gut. Ich persönlich trinke ungefähr einen halben Liter Milch pro Tag. Ich habe Milch sehr gerne. Sie ist sehr wichtig, weil sie Kalzium und Magnesium enthält, also sehr gute Nährstoffe. Es ist für uns und für unsere Landwirtschaft. Für Kühe haben wir ja ein relativ gutes Potenzial. Wir können die Milch in genügender Menge herstellen. Aus meiner Sicht ist Milch eines der besten Produkte, das wir zu uns nehmen können, welches auf eigenem Boden gewonnen werden kann, mittels der Tiere. Wir sollten dazu Sorge tragen und auch volksgesundheitlich sollten wir schauen, dass die Produkte, die wir selber produzieren, erhalten bleiben und nicht mit chemischen Sachen oder irgendwelchen gesundheitsfördernden oder stimulierenden Produkten ergänzt werden.

Szabolcs Mihalyi (SP), Einzelvotum: Ich muss meinen Vorredner darauf hinweisen, dass die Milch, über die wir sprechen, sowie alle anderen landwirtschaftlichen Produkte, die in der Schweiz hergestellt werden, nicht gratis sind, sondern den Steuerzahlenden, der Ihnen ja scheinbar so wichtig ist, pro Tag 10 Millionen an Bundessubventionen kosten.

Erich Hess (SVP), Einzelvotum: Ich will nur schnell dem Vorredner von der SP Antwort geben: Es kostet genau gleichviel, ob jetzt die Schüler ein bisschen Milch bekommen oder nicht. Die Direktzahlungen vom Bund werden gleichwohl ausgerichtet, egal, ob die Schüler etwas Milch bekommen oder nicht.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Ich möchte Entwarnung geben. Franziska Geiser hat mir dankenswerterweise die von ihr genannte Internetadresse nochmals angegeben und ich habe nachgeschaut: Die FDP ist tatsächlich vertreten, aber in all den

Dokumenten erscheint nirgendwo das Logo der FDP. Es handelt sich wirklich um Informationsmaterial, damit man die Politik versteht. Unter anderen ist auch Myclimate dort zu finden, das auch Informationen übermittelt. Es ist also nicht alles nur schlecht.

Präsident: Es folgen keine weiteren Einzelvoten.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Herzlichen Dank für die interessante Debatte, die ich vielfältig finde. Es ist gut, dass ich mich gut vorbereitet habe, weil ich fast allen etwas zu bieten habe. Zu Punkt 1: Für die Stadt Bern und für die BSS ist die nachhaltige Ernährung natürlich sehr wichtig. Wir sind daran, die Strategie für nachhaltige Ernährung zu erarbeiten. Es gibt das Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen, die das Thema Gesundheit und Ernährung immer wieder in die Schulen bringen. Ich glaube, da läuft ziemlich viel. Es wurde gesagt, in der Stadt Bern solle man die Werbung an den Schulen für alle Produkte verbieten. Ich und auch der Gemeinderat sind der Meinung, dass Werbung und Sponsoring an den Schulen eigentlich nichts zu suchen haben. Aber wir sind die falsche Adresse. Der Gemeinderat kann dieses Anliegen in die Volksschulkommission einbringen, die wir aufgrund des neuen Schulreglements jetzt haben, in der alle Schulgremien vertreten sind. Wir können es dort diskutieren. Das ist die richtige Plattform, um gesamtstädtisch zu überlegen, wie man mit dem Sponsoring umgehen soll; obschon man sagen muss, dass es an den Stadtberner Schulen eigentlich sehr wenig Sponsoring gibt. Es beschränkt sich auf einige Sachen, über welche die Schulleitungen selbst entscheiden. Wenn Sie Punkt 1 als Motion überweisen, werde ich gerne meinen Beitrag leisten, wo ich kann. Aber ich möchte alle Fraktionen auffordern, dass sie dann auch ihre Mitglieder in den Schulkommissionen sensibilisieren. Die Schulkommissionen sollen das einbringen, weil sie die Vorgesetzten der Schulleiter und Schulleiterinnen sind. Sie können den Schulleitungen eine Weisung erteilen, nicht ich als Gemeinderätin. Es ist wichtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie gesunde Ernährung und konkret eben auch gesunde Znünis aussehen.

Ich kann der Seite der Milchvertreter und Milchlobbyistinnen hier im Saal sagen: Wir haben das Merkblatt von Swissmilk überarbeitet. Ich habe eins mitgebracht, damit Sie sehen, wie es aussieht. Es sieht jetzt so aus. *(Sie hält das Merkblatt hoch.)* Vielleicht ist es für Sie zu klein dargestellt, jedenfalls sieht man auf der Rückseite ganz viele Landwirtschaftsprodukte, darunter auch eine Kategorie Milchprodukte mit Käse, Frischkäse und Brot, Quark nature, Joghurt nature und Milch. Das sind die Tipps für gesunde Znünis und Zvieris, die man an unseren Schulen umsetzt. Also keine Angst: Die Milch wird aus den Schulen nicht verbannt. Aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass es heutzutage auch Kinder gibt, die eine Unverträglichkeit haben oder aufgrund von verschiedenen Überlegungen Milchprodukte nicht konsumieren. Das respektieren wir selbstverständlich. Ich komme zu den Znüniboxen. Auch da kann ich Ihnen eine Freude machen: Hier ist eine. *(Sie zeigt ein Znüniböxli.)* So hat es ausgesehen. Ich gehe mit Bettina Jans nicht einig, denn ich habe mein Böxli schon sehr lange; ich bin ja nun schon eine Weile Gemeinderätin: Meines funktioniert immer noch bestens. *(Sie öffnet und schliesst die Box.)* Also die Qualität war gut. Und so sieht jetzt das neue Znüniböxli aus. *(Sie zeigt es dem Plenum.)*

Ich bin froh, dass der Motionär die Punkte 2 und 3 zurückgezogen hat. Man hätte sie auch wandeln und als erfüllt abschreiben können. Wenn Sie den Punkt 1 als Motion überweisen, bin ich bereit, das Thema im Verbund mit den Schulkommissionen weiterzutreiben. Ich finde, es ist wichtig, dass man sich über das Sponsoring an den Schulen Gedanken macht, und wie man es ausgestalten will. Aber die Kompetenz, zu entscheiden, ist klar bei uns, bei der Schulleitung und bei den Schulkommissionen.

Präsident: Wir stimmen über Punkt 1 der Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2020.SR.000258: Punkt 1 als Richtlinie

Annahme

Ja	35
Nein	26
Enthalten	4

[Namensliste](#) 017

Präsident: Sie haben Punkt 1 zugestimmt. Wir kommen zu Traktandum Nummer 11 und steigen damit in die reduzierte Debatte ein.

2021.SR.000064

11 Motion Zora Schneider (PdA), Eva Gammenthaler (AL), Simone Machado (GaP): Die Essensausgaben der Stadt Bern müssen genügen: Füllt die Kühlschränke!

Präsident: Ich frage zuerst in die Runde: Ist die Motion bestritten? – Ja sie ist bestritten. Dann übergebe ich das Wort an die Einreichenden.

Simone Machado (GaP) für die Einreichenden: Vorab danken wir dem Gemeinderat für seine ausführliche Antwort auf den Vorstoss. Wir anerkennen die Hauptstossrichtung, nämlich die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Hilfsorganisationen. Selbige schaffen ein niederschwelliges Angebot, was insbesondere für Ausländer*innen, Sans-Papiers und Sexarbeiter*innen wichtig ist, die nicht zu staatlichen Unterstützungsstellen gehen können, weil sie je nachdem Repressalien zu befürchten haben. Zu Punkt 1 der Antwort des Gemeinderats: Wir sind einverstanden, dass Einkaufsgutscheine ein gutes Mittel sind, um die Not der Armutsbetroffenen zu lindern. Es gibt inzwischen auch mehr von den öffentlichen Kühlschränken und das Angebot von Madame Frigo ist auf 14 Standorte in der Stadt Bern erhöht worden. Hier sind wir zufrieden mit der Antwort. Zum Punkt 2: Schade ist, dass der Bericht, in dem die Auswirkungen von Corona auf die Armutssituation in der Stadt Bern erwähnt sind, nicht öffentlich im Internet publiziert ist. Wir sind einverstanden mit der Hauptstrategie, nämlich dass nichtstaatliche Hilfsorganisationen ein Schwerpunkt sind, und dass die Stadt Bern mit ihnen zusammenarbeiten will. Bei Punkt 3 nehmen wir zur Kenntnis, dass Pinto wieder in seinem Kernbereich tätig ist. Festzuhalten ist aber, dass derzeit in der Stadt Bern wieder deutlich mehr Menschen unter freiem Himmel übernachten, also obdachlos sind. In dem Bereich gibt es aktuell dringenden Handlungsbedarf. Diesen Menschen muss geholfen werden. Nötigenfalls müssen wieder Wohnungen zugemietet werden und es muss ein Angebot für Notschlaf-Betten geschaffen werden. Zu Punkt 4 nehmen wir die Antwort des Gemeinderats zur Kenntnis und erwarten, dass die Stadt Bern bei der Bewilligung von öffentlichen Kühlschränken weiterhin eine liberale Praxis verfolgt.

Wir beantragen dem Stadtrat, diese Motion für erheblich zu erklären und nehmen den Begründungsbericht an.

Präsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Die Analyse der Konjunkturforschungsstelle der ETH sagt uns, dass die Pandemie bestehende Ungleichheiten verschärft hat. Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung waren und sind deutlich am stärksten von der Coronakrise betroffen. Für armutsbetroffene Personen ist das nicht nur ein trockener Fakt, sondern die harte Lebensrealität. Die Notlage wird sich, aufgrund der dazu gekommenen Krise, jetzt noch weiter verschärft haben. Für die SP/JUSO-Fraktion ist darum klar, dass die Armutsbekämpfung immer Priorität haben muss, insbesondere während Krisensituationen. Wir begrüßen daher auch die Einführung des Runden Tisches zu Corona und Armut, der sich mit den Folgen der Coronapandemie auseinandersetzt. Es ist richtig, dass dieser Runde Tisch weitergeführt wird. Wir vertreten klar den Standpunkt, dass es ein Gremium dieser Art weiterhin braucht, auch nach Corona. Dabei ist uns wichtig, dass ebendieses Gremium ernstgenommen wird, und dass die vorgeschlagenen Massnahmen eine gewisse Verbindlichkeit bei der Umsetzung haben. Die Zusammensetzung des Runden Tisches in seiner heutigen Form hat jedoch ein grosses Manko: Aus welchem Grund werden armutsbetroffene Personen nicht als Expert*innen miteinbezogen? – Zum Beispiel stellt der Gemeinderat im Begründungsbericht die Frage, ob die zielgerichtete zusätzliche Befüllung von Kühlschränken mit Lebensmitteln wirklich sinnvoll sei. Er sagt weiter, dass die Abgabe von Einkaufsgutscheinen seiner Meinung nach ein sehr wirksames Unterstützungsmittel sei. Das kann meggagut sein, aber ich kann das nicht abschliessend beurteilen. Wer das wirklich beurteilen und eine fundierte Meinung beitragen könnte, wäre ein Expert*innengremium der betroffenen Personen. Wie könnte das umgesetzt werden? Dazu steht im von der BFH entworfenen Praxisleitfaden: «Wenn ihr mich fragt: Das Wissen und die Erfahrung von Betroffenen einbeziehen.» Und: «Es braucht Grundlagen und Schritte für die Beteiligung von betroffenen Personen in der Armutsprävention und Bekämpfung». Dieser Leitfaden ist in einem intensiven Beteiligungsprozess mit Personen mit Armutserfahrung und mit Fachpersonen erarbeitet worden. Eines der Modelle beschäftigt sich mit der Beteiligung an der Weiterentwicklung politischer und rechtlicher Grundlagen durch den Einsatz von permanenten Gremien.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion und nimmt den Begründungsbericht positiv zur Kenntnis. Wir schätzen es, dass der Gemeinderat die Armut mit allen Mitteln bekämpft. Wir raten dem Gemeinderat, das Konzept des Runden Tisches anhand des Praxisleitfadens zu überarbeiten.

Vanessa Salamanca (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion nimmt die vorliegende Motion an und dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Wir begrüßen die Unterstützung der BSS bei der Identifizierung von neuen armutsbetroffenen Gruppen sowie bei der laufenden Einschätzung der Situation der betroffenen Bevölkerungsgruppen durch den Runde Tisch. Es ist sehr wichtig, dass die Stadt Bern, wenn immer möglich zeitnah Massnahmen zur Unterstützung von Armutsbetroffenen ergreift. Wir sind froh, dass es keine einschränkenden Regelungen gibt, und dass der Gemeinderat unkomplizierte Aktivitäten von Freiwilligen und Initiativen für Essensabgaben weiterhin einfach bewilligt.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Anmeldungen. Gemeinderätin Franziska Teuscher hat das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich erwähne nur noch ein paar Punkte als Ergänzung zur Antwort des Gemeinderats im Bericht. Es ist so, dass in der Stadt Bern in den

letzten Monaten und Jahren die Nachfrage nach Gratislebensmitteln sehr zugenommen hat. Darum hat Pinto organisiert, dass zusätzlich zu den Kühlschränken, die am Abend gefüllt werden, auch ein Kühlschrank am Morgen gefüllt werden kann. Es werden Lebensmittel, Früchte, Gemüse, Salat, Milchprodukte und Backwaren hineingetan. Das alles können wir nur machen, weil es immer Freiwillige gibt, die bereit sind, die Lebensmittel auf die Kühlschränke zu verteilen, auch bei der zusätzlichen Befüllung am Morgen. Die Lebensmittel für den Morgen kommen von zwei Lebensmittelläden. Dank der Angebote dieser Lebensmittelläden kann die Stadt Bern Lebensmittel im Wert von 80'000 bis 140'000 Franken pro Jahr verteilen. Die gestiegene Nachfrage nach Essen hat sich auch beim Sonntags-Znacht gezeigt. Pinto musste einen grösseren Standort suchen, damit man alle, die gerne zum Nachtessen kommen, mitberücksichtigen kann. Der neue Standort ist das Dok 8 im Holliger. Jeden Sonntag kommen rund 100 Personen zum Abendessen dorthin. Auch die Abgabe von Gratisessen hat in den letzten Monaten deutlich zugenommen.

Vorher wurde auf den Runden Tisch zur Armut hingewiesen. Auch dort ist das Thema Essensabgabe immer wieder Thema. Die Essensgutscheine, die verteilt werden, waren früher schon sehr nachgefragt und sind es immer noch. Ich nehme das Votum von Sofia Fisch auf, genauer den Hinweis, dass man Armutsbetroffene beim Runden Tisch einbeziehen muss. Das ist noch nicht passiert, aber ich nehme das gerne auf und werde es einbringen. Wir haben es bei der Sozialhilfekommission auch so gemacht. Die Sozialhilfekommission hat Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger befragt. Es ist tatsächlich so, dass sich daraus wichtige Hinweise ergaben. Für das laufende Pilotprojekt mit den Überbrückungshilfen, bei dem auch Essensgutscheine abgegeben werden, ist die Evaluation jetzt angelaufen.

Sicherlich kann man sich auch überlegen, wie man die Leute, die Überbrückungshilfen bekommen haben, miteinbeziehen kann. Nichtsdestotrotz muss ich sagen: Wir am Runden Tisch machen uns grosse Sorgen. Ich glaube, wir alle in diesem Saal müssen uns Sorgen machen, denn man sieht es und bekommt immer wieder zu hören, dass es Leute in der Stadt Bern gibt, die nicht genug Geld haben, um Essen zu kaufen, welche Hunger leiden müssen. Wir müssen politisch überlegen, insbesondere aufgrund der Evaluation des Projekts Überbrückungshilfe, welche wichtigen und richtigen Massnahmen wir ergreifen wollen, um eine dauerhafte Armutsbekämpfung in der Stadt Bern zu betreiben, nicht nur im Rahmen des Pilotprojekts Überbrückungshilfe. Denn es ist eigentlich ein Armutszeichen für die Stadt Bern, dass es hier immer noch Armut gibt.

Präsident: Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2021.SR.000064: als Richtlinie inkl. Begründungsbericht

Annahme

Ja	47
Nein	15
Enthalten	0

[Namensliste 018](#)

Präsident: Die Motion ist als Richtlinie angenommen. Wir nehmen gleichzeitig auch den Begründungsbericht zur Kenntnis.

2022.SR.000160

12 Motion Fraktion AL/PdA (David Böhner, AL): Anmeldefristen Ferieninseln verkürzen

Präsident: Wir stehen fünf Minuten vor Schluss. Ich frage in die Runde, ob Traktandum 12 bestritten ist? – Es ist nicht bestritten. Dann hat David Böhner von der Fraktion AL/PdA das Wort für ein kurzes Votum von einer Minute.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Ich probiere, es schnell zu machen, zu so später Stunde. Es geht um die neue Verordnung für die Tagesbetreuung von Schülern und Schülerinnen, die ja grundsätzlich ein grosser Fortschritt ist, indem das Schulamt die Betreuung der Kinder auch während der Schulferien anbietet und die Erziehungsberechtigten einen Rechtsanspruch auf Ferienbetreuungsplätze haben. Der Grund für die Einreichung dieser Motion lag in den Anmeldefristen, die am Anfang extrem lang waren. So lange, dass es für Erziehungsberechtigte sehr schwierig war, so weit im Voraus zu planen und zu wissen, wann sie ihre Kinder in die Ferieninsel schicken möchten, wenn sie selbst beim Arbeitgeber noch nicht verbindlich Ferien eingeben konnten. Wir anerkennen, dass die publizierten Anmeldefristen mittlerweile nicht mehr ganz so lang sind wie vorher. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, dass die Verwaltung Zeit braucht, um Betreuungspersonal einzustellen, finden aber trotzdem, dass da noch Luft nach oben ist.

Die Kinder bereits am 26. Februar für die Sommerferien anmelden zu müssen, ist sehr früh. Darum hoffen wir, dass die Verwaltung das noch einmal überdenken kann und die Fristen so kurz wie möglich halten kann.

Stillschweigende Annahme als Richtlinie

Präsident: Wir können hier Schluss machen. Ich danke allen für die Aufmerksamkeit, die Konzentration und den Einsatz. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

13. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, FDP/JF (Bettina Stüssi/Fuat Köçer, SP/Ursula Stöckli/Claudine Esseiva, FDP): Schulraumkrise nie wieder!; Annahme als Richtlinie
14. Interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/GAP/PdA (Regula Bühlmann, GB/Eva Gammenthaler, AL/ Ruth Altmann, FDP): Nötige Infrastruktur im Schulkreis Länggasse rasch sicherstellen; Annahme als Richtlinie
15. Interfraktionelles Postulat GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Jelena Filipovic, GB): Sind Kinder und ältere Menschen vor kommenden Hitzewellen geschützt?; Annahme
16. Postulat Simone Machado (GaP), Zora Schneider (PdA), Je-mima Fischer (AL): Wird Gesichtserkennungssoftware auch in der Stadt Bern eingesetzt?; Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht

17. Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Jemima Fischer, 2022.SR.000054 AL/Simone Machado, GaP): Bäume für Abwesenheit – Wer an den Sitzungen der Energie- und Klimakommission fehlt, pflanzt einen Baum; Ablehnung
18. Motion Alexander Feuz (SVP) und Simone Machado (GaP): Ver-2021.SR.000195 anstaltungen in Bern: die Quartiere dürfen nicht total abgeriegelt werden!; Ablehnung/Annahme als Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht
19. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Marieke Kruit/Lena 2019.SR.000309 Sorg, SP/Rahel Ruch, GB) - übernommen durch Lea Bill (GB): Keine Immobilienspekulation unter Gemeinwesen: Die Stadt soll kantonale Immobilien zum Schätzwert kaufen können; Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Begründungsbericht
20. Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Matthias 2019.SR.000311 Stürmer, EVP/Michael Burkard, GFL/Johannes Wartenweiler, SP/Devrim Abbasoglu-Akturan, GB): Mehr Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen; Annahme als Richtlinie
21. Postulat Fraktion GFL/EVP (Mirjam Roder, GFL/Therese Streit-2022.SR.000140 Ramseier, EVP): Reduktion der Parkplätze der öffentlichen Verwaltung (Pendlerparkplätze); Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht
22. Postulat Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Gleichberechtigung beider Eheleute im Rahmen der Steuererklärung; Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht
23. Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP): Unterstützung des bernischen Baugewerbes; Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Begründungsbericht

Eingänge

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães / Lena Allenspach, SP): Immobiliensystemkrise angehen – wem gehört der Boden in der Stadt Bern?
2. Kleine Anfrage Claude Grosjean (GLP): Schliessung von Rasensportfeldern für Grossveranstaltungen verhältnismässig?
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Glauser, SVP): Kirchenfeldschulhaus. Veränderte Verhältnisse. Gibt es Anpassungen an das Projekt?
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Wie will die Stadt den ungehinderten Zugang der aktiven SVP Politiker und Rasta-Zopfträger und Zopfträgerinnen weisser Ethnien oder asiatischer Herkunft in die Kulturinstitutionen der Reithalle und anderer mit Leistungsvertrag subventionierter Kulturinstitutionen sicherstellen? Was sind die Konsequenzen für die betreffenden Institutionen, die den Zugang und den Auftritt für ihnen politisch oder ethnisch missliebige ungerechtfertigterweise Personen verweigern?
5. Dringliches interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JA (Tanja Miljanovic, GFL / Mirjam Roder, GFL / Anna Leissing, GB): Technologieneutrale Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in Gebäuden

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.12.2023

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

24.11.2023

X 

Signiert von: Anita Flessenkämper (Qualified Signature)

Redaktion: Barbara Waelti